

Landeskirchen unterwegs

Transformationsprozesse im Vergleich, Teil X

Steffen Bauer, im Januar 2026

steffenbauer@gmx.info

Mit Szenarien aus der Zukunft Schritte in die Zukunft wagen



Dr Jörg Mayer • 1.

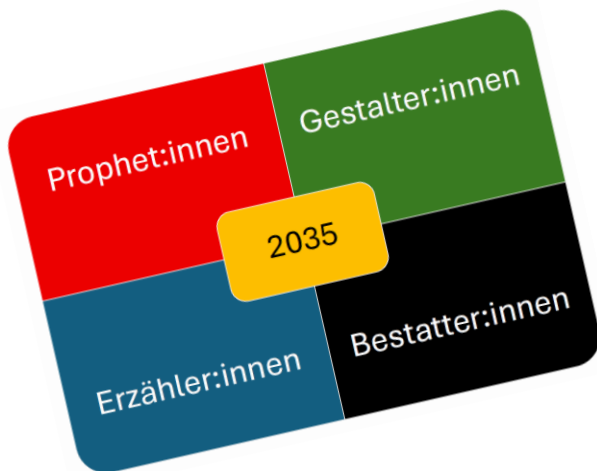
CFO - Leiter der Finanzabteilung bei Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig

1 Monat •

Yes we can - yes we did it!!

Landesbischof: Kirche steht vor einer Zeitenwende

24. November 2025, 16:00 Uhr Quelle: dpa Bayern



SPEYER



Protestanten: Neue Strukturen sollen Zukunft sichern

Strategiepapier schlägt Abschaffung von Kirchenkreisen und Landes-
kirchenrat vor

ANHALT-SYNODE

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
15 kurze Einschätzungen zu den aktuellen Themen und den Landeskirchen	03
Über (neue) Bilder aus der Zukunft braucht es eine Verständigung	05
Der Stand bei den einzelnen Landeskirchen:	06
Braunschweig	06
Pfalz	09
EKKW	11
Baden	12
Sachsen	14
Anhalt	15
Bayern	16
EKIR	18
Württemberg	20
Nordkirche	21
Hannover	23
EKHN	24
Lippe	26
Schaumburg Lippe	27
Oldenburg	28
Bremen	29
Reformierte Kirche	30
EKM	31
EKBO	32
Westfalen	33
Die Landeskirchen untereinander in der Optimierungslogik	34
Klimaschutz der Landeskirchen zwischen Anspruch und Realität	36
Skizzen einer evangelischen Kirche im Jahr 2040	39
und wie es zu dieser Kirche kommen kann...	41
Anhang 1: Kirchliche Immobilien neu denken	42
Evangelische Wohnungswirtschaft gibt Orientierung und Unterstützung Evangelischer Immobilienverband Deutschland e. V	
Anhang 2: Kirche auf dem Weg zur Klimaneutralität:	49
Der „EB Kirchlicher Energiekreislauf“ als strategisches Investmentmodell	
Anhang 3: EB-Immo-Scoring: Wie Kirchen ihren Gebäudebestand strategisch und zukunftsfähig steuern können	53

Die Entwicklung bei den Kirchenkreisen: siehe „Kirchenkreise unterwegs“

„Landeskirchen unterwegs“ kürze ich in den Anmerkungen mit „LU“, „Kirchenkreise unterwegs“ mit KU ab

Alle Teile von „Landeskirchen unterwegs“ und die PDF zu „Kirchenkreise unterwegs“ sind hier zu finden und natürlich frei abrufbar: [Landeskirchen unterwegs](#)

15 kurze Einschätzungen zu den aktuellen Themen und den Landeskirchen¹

1. Die Antworten von **über 1400 Ehren- und Hauptamtlichen** haben es bei einer Befragung der **badischen** Landeskirche überdeutlich gezeigt: Die **Förderung der Ehrenamtlichen und die Erarbeitung einer inhaltlichen Vision für die Kirche der Zukunft** rangieren dort bei den Nennungen an der Spitze. Es braucht mehr Zeit für Theologie, Zeit für Zukunftsbilder von Kirche, Zeit für Antworten auch auf Fragen wie die von Michael Domsgen aus dem Rat der EKD auf der letzten EKD-Synode: „Worin stoppt der Mitgliederschwund uns?“ Die Förderung der Ehrenamtlichen (als Aufgabe gerade des Hauptamtes) nehmen **Braunschweig, Sachsen, Anhalt und die Reformierten explizit** auf, in der **rheinischen Kirche** war synodal sogar von einer „**Ehrenamtskirche**“ die Rede.
2. Das Jahr 2025 war in mehreren Landeskirchen das **Jahr großer Entscheidungen**. Die Landeskirchen von **Braunschweig** und der **Pfalz** sind dabei schon am weitesten „gesprungen“. **Kurhessen-Waldeck, Baden, Sachsen, Anhalt, Bayern, Rheinland** sind mit durchaus unterschiedlichen Prozessen unterwegs, die ich aber jeweils als Versuch verstehe, eine **Transformation by Design²** anzugehen. Notwendige Bausteine dazu sind für mich:
 - der weite, möglichst umfassende und realistische Blick in die Zukunft;
 - das Entwerfen von Bildern und Szenarien aus dieser Zukunft heraus;
 - das Einleiten von Maßnahmen zur Umsetzung, was u.a. ein gutes Prozessdesign braucht;
 - dabei die Bearbeitung sowohl der Kirchenentwicklung (Wie wollen wir theologisch-geistlich Kirche sein?) als auch der Ressourcensteuerung in der Organisation (Kultur, Struktur?);
 - konkrete Aktivitäten, die Zukunft mit anderen Landeskirchen, in welcher Form auch immer, gemeinsam zu denken und anzugehen.
3. **Auch alle anderen Landeskirchen** sind seit längerem mit vielfältigen Prozessen unterwegs. Das ist gut und wichtig. Meine Befürchtung aber ist, dass alle Landeskirchen, die auch im Jahr 2026 die genannten Bausteine nicht zu einem (durchaus mit der Zeit veränderbaren) Gesamtprozess koppeln, über einzelne Optimierungsschritte nicht hinauskommen. Ich nehme wahr, dass Erfahrungen und Analysen zu Reformprozessen der Vergangenheit gegenwärtig zunehmend hinderlich werden, denn sie stammen, vor allem im Westen, alle aus einer gänzlich anderen Situation. Gerade wegen der galoppierenden Ressourcenverknappung gilt aus meiner Sicht mehr als je zuvor, dass es nicht (mehr) um die Frage geht, ob Kirche sich transformieren muss oder nicht, sondern (nur noch) um die Frage, ob diese **Transformation by Design**, proaktiv und gestaltend, oder **by Desaster**, reaktiv und getrieben, geschieht.
4. Auf allen Ebenen von Kirche gibt es noch die **vier Verhaltensmuster** im Umgang mit dem Thema „Veränderung“: **1 = „totstellen“, 2 = „nur optimieren“, 3 = „schon transformieren“, 4 = „aus der Zukunft her Bilder entwerfen“**.³ Nur die beiden letzten stehen für eine Transformation (und schließen als solche Optimierungsbestandteile mit ein).
5. Schon der erste Baustein, der „weite, möglichst umfassende und realistische Blick in die Zukunft“ (mindestens bis in die Jahre 2035/2040) führt zu der Klarheit: **Es wird nicht so bleiben wie es ist**. Das ist die Voraussetzung zu einer Transformation mindestens nach Muster 3. Dieser Blick MUSS überall zur Grundlage werden und die oben genannten Landeskirchen zeigen, dass dies möglich ist.
6. Landeskirchen, die ihre **Bilder und Szenarien von Kirche sogar aus der angenommenen Zukunft heraus entwerfen** (Muster 4), kommen wie die **Pfalz** (unter starkem Druck stehend) und **Braunschweig** (ohne extreme Drucksituation) noch wesentlich **weiter in ihren Vorstellungen einer Transformation** (auch über Grenzen der eigenen Landeskirche hinaus). Neben einem klaren

¹ Weitere Infos und Quellenangaben zum Nachlesen folgen unter den Abschnitten zu jeder Landeskirche.

² Infos zu „Transformation by Design“ und „Transformation by Desaster“ siehe LU Teil IX, Seite 2 f

³ Infos zu den vier Verhaltensmustern, siehe LU Teil IX, Seite 12-16

Blick weit nach vorne sind dort umfassende Beteiligungs- und Aushandlungsprozesse der Leitungsorgane, aber auch in der Fläche der Landeskirchen wesentliche Erfolgsfaktoren gewesen.

7. Zeitgleich zum Unterschreiten der 50% Prozent Marke an Mitgliedschaft der beiden großen christlichen Kirchen bezogen auf die Gesamtbevölkerung wird hinter einigen wesentlichen inhaltlich-strukturellen Veränderungen eine **Abkehr bzw. Verringerung einzelner Landeskirchen von staatsanalogen Prinzipien** deutlich. Wenn **Baden** als erste Landeskirche die **Wahl ihrer Leitungsorgane** auf der lokalen Ebene im Jahr 2025 erstmals durch **Gemeindeversammlungen** ergänzt durch die Möglichkeit der Briefwahl auf Antrag durchgeführt hat, die **rheinische Kirche** „bald“ **keine Neuverbeamten** mehr durchführen möchte, **Anhalt** das im Herbst 2025 schon beschlossen hat und auch in anderen Landeskirchen privat-rechtliche Dienstverhältnisse immer mehr neben öffentlich-rechtliche treten, wenn schließlich gerade im Jahr 2025 **in vielen Landeskirchen** über die Frage diskutiert wurde, auf welcher Ebene bzw. ab welcher Größenordnung der Kirche vor Ort der **Körperschaftsstatus** des öffentlichen Rechts zukommt, dann wird deutlich, welche Bedeutung diesen Veränderungen auch historisch gesehen zukommt. **Das ist eine Zeitenwende für die Verfasstheit der Kirche.**
8. Die Landeskirchen einen die **Fusionsbemühungen auf der mittleren Ebene** (Zusammenlegung von Kirchenkreisen = Dekanate = Kirchenbezirke = Propsteien) und zugleich deren Stärkung in der Umsetzung der vorgegebenen Rahmenbedingungen (sofern vorhanden). Verschieden bleiben sie in der Frage, wieviel Selbständigkeit und Freiheit dieser mittleren Ebene bei ihrer Entscheidungsfindung und Umsetzung eingeräumt wird.
9. Im Jahr 2025 ist die **Debatte um den Körperschaftsstatus** der Gemeinden in vielen Landeskirchen mit ins Zentrum der Veränderung gerückt. Dabei kann unterschieden werden in Landeskirchen, die diese Veränderung verbindlich für alle als Rahmenbedingung durch die Landessynoden festschreiben oder eine Veränderung in diesem Bereich in die Freiheit der Kirchenkreise und Kirchengemeinden stellen. Klar wird, dass die **Regio-Lokale Kirche** fast überall immer mehr an Bedeutung gewinnt, ohne sich aus der lokalen Ebene entfernen zu wollen. Interessant ist, dass an vielen Orten diese Regio-Lokale Kirche auch mit dem Körperschaftsstatus des öffentlichen Rechts ausgestattet immer größer gedacht wird und sich z.T. schon über einen ganzen Kirchenkreis erstreckt bzw. erstrecken soll (die Städte in Baden, Essen, Dortmund und weitere auf dem Weg).
10. Die Debatte um den Körperschaftsstatus wird (leider) sehr stark von Fragen der Anstellungsträgerschaft, von Eigentumsfragen, der Haushaltshoheit auf der einen Seite und von Fragen einer möglichen Entlastung von Haupt- und Ehrenamtlichen auf der anderen Seite geprägt. **Kurhessen-Waldeck** und die **Nordkirche** versuchen zudem stärker danach zu fragen, was „**Gemeinde**“ heute **geistlich-theologisch** ausmacht bzw. als Mindeststandard aufweisen sollte.
11. Ob eine Verringerung der Zahl der Körperschaften des öffentlichen Rechts eher als **Optimierung** oder als **Transformation** einzustufen ist, -ob sie eher als eine **Entlastung** oder doch mehr als eine **Entmachtung** für Haupt- und Ehrenamtliche in der Kirche vor Ort ankommen wird, -ob sie als ein Signal für eine zunehmende **Entfremdung von vor Ort** oder ganz im Gegenteil endlich wieder als eine **Ermöglichung für verstärkt geistliche Arbeit vor Ort** zu begreifen sein wird - das sind Fragen, die theologisch, strukturell und kulturell (Haltung) gut zu bedenken sind.
12. In vielen Landeskirchen ist die **Veränderung der Verwaltungsstrukturen** einschließlich der **Digitalisierung** ein zentrales Thema. Eine Befragung in **Bayern** hat im Sommer 2025 ergeben, dass die Pfarrer:innen selbst von einem **Entlastungspotential** von mindestens **8 h pro Woche** allein durch die Installation einer Verwaltungsgeschäftsführung verbunden mit der Errichtung von regionalen Pfarrbüros ausgehen. Hochgerechnet würde das in dieser Landeskirche fast 400.000 h Stunden Arbeitszeit im Jahr für andere Aufgaben freisetzen. Überall geht es neben der Entlastung von Haupt- und Ehrenamt in der Verwaltung um Fragen der **Professionalisierung** und

Standardisierung. Zu klären ist auch, wieviel **Zentralisierung** sein soll. In mehreren Landeskirchen wird zudem über die Einrichtung von **Dienstleistungszentren** nachgedacht.

13. Die meisten Landeskirchen organisieren die Arbeit der Hauptamtlichen in **multi- oder interprofessionellen Teams** (in allerdings verschiedener Zusammensetzung).
14. Landeskirchen, die aus der Zukunft heraus Bilder von Kirche entwerfen, kommen dabei zu **neuen Aufgabenbeschreibungen von Pfarrdienst und Ehrenamt**. Hier sind Aussagen bzw. Beschlüsse z.B. von **Braunschweig, Sachsen, Anhalt, Westfalen und der Reformierten** bemerkenswert. Landeskirchen, die noch keine Bilder aus der Zukunft heraus entwerfen, bleiben in der Fortschreibung der Aufgaben vor allem des Gemeindepfarramtes eher der Vergangenheit von Kirche verhaftet.
15. Die **Kooperationsbemühungen** der **Landeskirchen** haben zugenommen und erstrecken sich über immer mehr Arbeitsfelder. Gleichzeitig wurden im Jahr 2025 Stimmen⁴ laut, die entweder direkt die Zahl von 20 Landeskirchen für die Zukunft in Frage gestellt oder aber zumindest **Fusionen** zwischen einzelnen Landeskirchen angesprochen haben. Damit ist ein wichtiger **Elefant im Raum** benennbar geworden, eine Art Tabu durchbrochen worden. Allerdings hält der Rat der EKD diese Bemühungen schon beim Herstellen von Synergien und Kooperationen noch für zu zaghaft. Ich stelle zudem vor allem die Frage, was auf dieser Ebene als „nur optimieren“ oder als „schon transformieren“ zu gelten hat, wie weit und tiefgreifend hier also im Moment schon gedacht wird. Auf der letzten EKD-Synode wurde beiläufig allerdings auch deutlich, wie verhängnisvoll hier offenbar von wenigen mit dem Thema „Fusion“ und dem Thema „Macht“ umgegangen wird.

Über (neue) Bilder aus der Zukunft braucht es eine Verständigung

Mehr und mehr Landeskirchen machen es vor und die Antworten von Haupt- und Ehrenamtlichen aus Baden bekräftigen es: **Es braucht Bilder aus der Zukunft für die Zukunft der evangelischen Kirche**. Natürlich ist der Blick voraus immer mit Unsicherheiten und Unwägbarkeiten verbunden. Aber ohne diese weiten Blicke werden alle eingeschlagenen Wege ein Stolpern in die Zukunft hinein sein, ein ständiges „Nur-Optimieren“ und vor allem ein Festhalten an überholten Bildern aus der Vergangenheit. Die Transformation by Design braucht den Blick nach vorne, braucht auch ein Maß an Verwegenheit und Mut, Zukunft gedanklich anzugehen, um selbst Kraft und Lust zu gewinnen für das Weitergehen.

Die synodalen Entscheidungen großer Umwälzungen in **Braunschweig** und der **Pfalz**, in finanzieller Hinsicht auch in **Baden** und in **Württemberg** machen Mut. Das bestehende Leitungssystem kann solche Entscheidungen treffen. Das zeigt sich auch in Kirchenkreisen (=Dekanate, =Kirchenbezirke, =Propsteien), die für ihren Raum ebenfalls Transformationen by Design beschlossen haben.

Wenn Klarheit über die Rahmenbedingungen geschaffen und dieser Rahmen von der Leitung gehalten wird, wenn die Entscheidungsorgane in den Prozess eingebunden sind und gemeinsam Lösungen erarbeiten bzw. Lösungsansätze offen diskutieren können, dann werden selbst innerhalb kurzer Zeit einschneidende Entscheidungen getroffen. Es gibt keinen Grund (mehr), dass landeskirchliche Leitungen (und die EKD-Ebene?) sich **umfassenden Prozessen** nach wie vor verweigern, die **erstens weit in die Zukunft reichen und zweitens mit Bildern aus der Zukunft heraus arbeiten**.

Meine Überzeugung ist, dass nur über diese beiden Prozessschritte eine Transformation by Design angegangen werden kann. Ganz bewusst spreche ich dabei immer von Bildern im Plural. Eine Pluralität der möglichen Antworten wird immer gegeben sein, und dennoch glaube ich, dass gewisse inhaltliche und strukturelle Linien schon erkennbar sind, die die Zukunft der Kirche prägen können und es aus meiner Sicht auch sollten. Kirche wird anders, inhaltlich und strukturell. Aber unter Beteiligung vieler Menschen vergewissert sie sich vor allem theologisch-geistlich neu über ihre Aufgabe in unserer Gesellschaft und lebt mehr denn je Kernaussagen der Reformation. Das kann sehr gut werden.

⁴ Vergl. Seite 35 hier

ZUKUNFTSPROZESS LANDESKIRCHE BRAUNSCHWEIG

“Yes we can - yes we did it!!”⁵

Mit dieser Überschrift beschrieb der Finanzdezernent der Landeskirche von Braunschweig, Dr. Jörg Mayer, die Ergebnisse der Herbstsynode 2025 und man kann ihm nur zustimmen. Mit über 90% Zustimmung der Synodalen in geheimer Abstimmung wurden die weitreichendsten Veränderungen aller Landeskirchen beschlossen. In der Braunschweiger Vierteljahreszeitschrift „Evangelische Perspektiven“ macht deren Chefredakteur Michael Strauß in der Ausgabe 4/25 die historische Bedeutung der Beschlüsse deutlich. Anknüpfend an die gleichzeitig erfolgte Wahl von Dr. Christina-Maria Bammel zur Landesbischöfin schreibt er:

„Sie wird in einer Landeskirche tätig, die sich stärker als in den vergangenen hundert Jahren verändert. Die Beschlüsse zur Strukturreform bedeuten, dass staatskirchenrechtlich etablierte Verhältnisse abgelöst werden. 263 Kirchengemeinden, die in rechtlicher Selbstbestimmung das kirchliche Leben geprägt haben, sollen das künftig als „Kirchliche Ortsausschüsse“ in 16 neuen Regionalkirchengemeinden tun. Sie können Gemeinde vor Ort im theologischen Sinn als „ekklesia“ (herausgerufene Versammlung) sein, aber keine kirchliche Institution mehr als Körperschaft öffentlichen Rechts.

So sollen unter anderem leidige Pflichten und unzumutbare Belastungen für Haupt- und Ehrenamtliche entfallen, damit diese sich auch künftig auf den Auftrag der Kirche konzentrieren können: Verkündigung und Seelsorge, Unterweisung im Glauben und Diakonie; wie es die Kirche im Wandel der Zeiten stets versucht hat.“⁶

Auf der sehr informativen Homepage zum Zukunftsprozess liest sich das u.a. so:

- „4 vergleichbar große **Propsteien** (sb: statt bisher 11; Propsteien = Dekanate, Kirchenkreise, Kirchenbezirke in anderen Landeskirchen)
- in jeder Propstei bis zu 4 **Regionalkirchengemeinden** mit jeweils ca. 10.000–15.000 Mitgliedern (oder mehr) als Körperschaften öffentlichen Rechts
- **Kirchliche Ortsausschüsse** gestalten vor Ort mit eigenen Budgets das kirchliche Leben

Die neuen Regionalkirchengemeinden bekommen starke Leitungs- und Beteiligungsstrukturen: Ein gewählter **Regionalkirchengemeindevorstand** als zentrales Entscheidungs- und Steuerungsgremium, unterstützt durch beschließende Ausschüsse mit eigenen Budgets. In den Propsteien arbeiten künftig **multiprofessionelle Teams** u. a. theologische und betriebswirtschaftliche Geschäftsführung sowie Fachkräfte für Bau- und Liegenschaftsfragen eng zusammen.

Zum Beschluss gehört auch ein Blick auf die **Verwaltung**: Im Rahmen eines Prüfauftrages soll der Personalbestand bis 2035 in der kirchlichen Verwaltung sozialverträglich und im Wesentlichen durch Altersfluktuation um 35 % reduziert und die Verwaltungsstrukturen vereinfacht werden. Bis zum 31.07.2027 ist eine Neuordnung der Verwaltung zu prüfen.

⁵ [Posten | Feed | LinkedIn](#)

⁶ [EP_4-2025.pdf](#), Seite 2

Spätestens 2036 wird geprüft, wie sich die neuen Strukturen bewährt haben und ob weitere Schritte nötig sind“⁷

Die Landeskirche von Braunschweig macht auch durch die folgende Grafik ihre Schwerpunktsetzung deutlich:



Hieraus wird deutlich, dass die „Musik“ zukünftig vor allem in starken Regionalgemeinden spielt, die die Aufgabe haben, in ihren Regionen ein Netzwerk kirchlicher Orte zu bilden oder zu stärken, in jedem Fall zu ermöglichen. Unterstützt werden soll das durch ein multiprofessionelles Team an Hauptamtlichen, die noch viel stärker als bisher in ihrer Arbeit auf die Stärkung der ehrenamtlichen Mitwirkung ausgerichtet sein werden. Diese Schwerpunktsetzung braucht vor allem auch eine Kulturveränderung als Grundlage für solch eine hauptamtliche Aufgabenbeschreibung. Zur Entlastung des Haupt- und Ehrenamtes gehören zudem weitreichende Beschlüsse, die in der Frühjahrssynode 2025 schon getroffen worden waren und die Dr. Jörg Mayer ebenfalls auf LinkedIn so zusammengefasst hat:

„Die Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig hat sich in den letzten zwei Tagen auf den Weg gemacht in eine gute Zukunft. Reformbereit, veränderungswillig, mutig, stark, beherzt!!

> das Management der Kirchengemeinden („Geschäftsführung“) dürfen jetzt neben Pfarrer*innen auch andere Berufsgruppen und qualifizierte Ehrenamtliche übernehmen.

> Pfarrstellen, die aufgrund des Fachkräftemangels nicht durch Theolog*innen besetzt werden können, dürfen auch durch andere Berufsgruppen (z.B. Manager*innen für die Geschäftsführung, Liegenschaftsbeauftragte etc.) besetzt werden.

> Diakon*innen können über die Pfarrverwalterausbildung in den Pfarrdienst aufgenommen werden.

> Prädikant*innen können mit einer Spezialausbildung Beerdigungen übernehmen.

Die Landeskirche ist in vielfältiger Weise auf dem Weg in eine gute Zukunft:

* die Finanzen sind geordnet,

* Pfarrer*innen werden weiter verbeamtet, das ist für die Nachwuchsgewinnung ein Pfund

* dort wo sich die Versorgung durch Pfarrer*innen nicht mehr realisieren lässt, können andere Berufsgruppen vor Ort tätig sein und kirchliche Arbeit weiter ermöglichen

* Die Aufgaben der Pfarrer*innen werden in drei Aufgabenschwerpunkte aufgeteilt:

>> Geschäftsführung im Kirchenvorstand

⁷ mit Segen unterwegs

>> *Liegenschaftsmanagement*

>> *Kasualien (Beerdigungen, Taufen etc.) und Verkündigung*

* *In diesen Schwerpunkten wurden und werden neue Berufsgruppen eingerichtet und angestellt:*

>> *Geschäftsführer*in*

>> *Liegenschaftsbeauftragte*

>> *Diakone im Verkündigungsdienst.*

* *Das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD hat die dafür geschaffenen Projekte evaluiert, mit sehr guten Bewertungen!*⁸

Was aus meiner Sicht besonders vorbildlich ist:

- 1.) Die Leitung der Landeskirche hat weit in die Zukunft geblickt und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Drucksituation noch nicht so groß geworden ist, aber insbesondere bei der Anzahl der Pfarrer:innen schon fast überall spürbar wurde. Finanziell aber hat man gute Vorsorge getroffen und z.B. auch Versorgung und Beihilfe mit dem Wissen von heute im Gegensatz zu vielen anderen Landeskirchen ausfinanziert.
- 2.) Das Bild der Zukunft mit weniger Geld, Personal, weniger Gebäuden, weniger Mitgliedern hat zur Bildung von zwei Zukunftsszenarien geführt und damit exemplarisch gezeigt, wie wichtig und zielführend die Arbeit mit Szenarien ist.⁹
- 3.) Die Landessynode hat sich in geheimer Abstimmung mit einer 90% Mehrheit für das Modell entschieden, das von der Leitung nach langen Diskussionen in der ganzen Landeskirche in die Synode eingebracht worden ist. Das ist überwältigend.
- 4.) Gleichzeitig ist aber deutlich, dass das radikalere zweite Szenario vielleicht nur aufgeschoben ist. In jedem Fall ist ein noch weitergehendes Zukunftsbild schon in der Welt: Aus den 16 Regionalgemeinden könnten irgendwann nur noch 4 werden und die Ebene der Propstei vollständig ablösen. In meiner Lesart: Die Regio-Lokale Kirche wird dort in Regionalgemeinden als Körperschaft des öffentlichen Rechts nicht nur jetzt schon die entscheidende Rolle spielen, sondern zukünftig wohl an die Stelle der mittleren Ebene treten und zu einer noch größeren Verschlinkung führen. Es gibt dann in Braunschweig eben nur noch Landeskirche und Regionalgemeinden.¹⁰
- 5.) Die Regionalgemeinden, die jetzt beschlossen wurden, haben ganz viel Flexibilität bis in die Ausstattung mit Stellenschwerpunkten erhalten und können traditionelle Gemeindeformen mit Ortsausschüssen, aber auch neue Gemeindeformen und kirchliche Orte bilden. Genau auf diese Flexibilität kommt es aus meiner Sicht jetzt an.
- 6.) Besonders hervorheben möchte ich den Prozess und hier ganz besonders den Projektmanager Steven Burek.¹¹ In allen Propsteien wurde in Vor-Ort-Veranstaltungen informiert und diskutiert. Vertreter:innen der Kirchenleitung waren immer dabei. Ohne diesen intensiven Vor-Ort-Prozess hätte es diesen Erfolg nicht gegeben.¹² Und nun muss dieses Projektmanagement für und in der Umsetzungsphase eher noch gestärkt werden, denn die Beschlüsse bedeuten ja eben nicht nur eine Strukturreform dieser Landeskirche, sondern vor allem eine Haltungs- und Kulturveränderung vor allem bei Haupt- und Ehrenamtlichen auf allen Ebenen und in allen Einrichtungen (einschließlich Verwaltung), die beständig eingeübt werden muss.

7.) Die Landeskirche in Braunschweig hat gezeigt, dass es geht und wie es geht.

⁸ (1) [Dr Jörg Mayer | LinkedIn](#), Die Evaluation durch das SI ist hier nachzulesen: [Microsoft Word - SI Gesamtbericht zu den Erprobungsräumen in MpT. LK Braunschweig..docx](#)

⁹ Die Synodendokumente sind auf der Homepage unten nachlesbar: [mit Segen unterwegs](#)

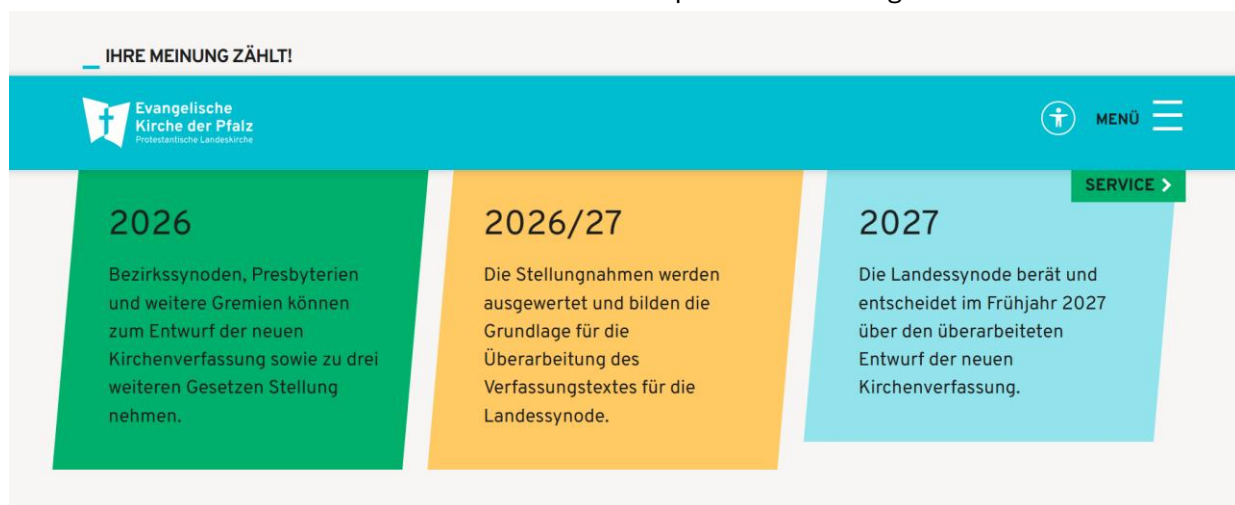
¹⁰ [TOP-6.2-Eckpunkte-zur-Strukturreform.pdf](#), Seite 37

¹¹ Zu erreichen unter: steven.burek.lka@lk-bs.de

¹² Weitere Infos zu Braunschweig hier: [mit Segen unterwegs](#)

In Teil IX von „Landeskirchen unterwegs“ habe ich ausführlich über die wegweisenden Beschlüsse der Landessynode vom Frühjahr 2025 berichtet.¹³ Gebilligt wurden damals die meisten der vorgelegten Eckpunkte und es wurde der Auftrag erteilt, bis zur Herbstsynode 2025 daraus Gesetzesvorlagen zu erarbeiten. Dies ist geschehen. Wichtig ist, dass es bei Verfassungsänderungen in dieser Landeskirche ein vorgeschriebenes Stellungnahmeverfahren gibt, das nun von der Landessynode in Gang gesetzt wurde. In den Abstimmungen wurde jetzt also erst darüber bestimmt, über welche Inhalte Rückmeldungen eingeholt werden sollen. Wie im Frühjahr ist aber auch auf der Herbstsynode deutlich geworden: Die synodal beschlossenen Veränderungen gegenüber der Einbringung sind in Einzelfällen zwar durchaus gewichtig (z.B. wer die zukünftigen nur noch 4 Dekan:innen bestimmt bzw. wählt), aber insgesamt sind die Gesetzesentwürfe in ihrer Grundsubstanz mit jeweils ganz großer Mehrheit so auf den Weg gebracht worden. Gleich zu Beginn der Herbstsynode wurde versucht, das Verfahren wegen der zunehmend heftiger werdenden Diskussionen innerhalb der Landeskirche zu stoppen bzw. zu verschieben. Das war ein völlig legitimes Vorgehen. Es zeigt die Bedeutung der Veränderung. Der Vorschlag wurde allerdings von einer ganz großen Mehrheit der Synode abgelehnt.

Es gilt aus meiner Sicht der Eindruck vom Frühjahr: Die erforderliche 2/3 Mehrheit der Synode steht hinter den großen Veränderungen, die zuerst im Eckpunktepapier und nun auch in den Gesetzesentwürfen formuliert werden. Der weitere Zeitplan sieht wie folgt aus:



Nähere Infos zu den einzelnen Inhalten und dem Verlauf gibt es hier in einer guten Übersicht:

[Zukunftsprozess - Zukunft bauen | Evangelische Kirche der Pfalz](#)

Dort ist auch ein Text zu dem am meisten umstrittenen Punkt zu lesen. Vor allem die Aufgabe des Körperschaftsstatus des öffentlichen Rechts für die fast 400 Kirchengemeinden ist Gegenstand intensiver Diskussionen. Dazu ist auf der Homepage zu lesen:

„Ein zentrales Thema für die Gemeinden ist der Beschluss der Landessynode, die rund 400 Ortskirchengemeinden in Körperschaften kirchlichen Rechts zu überführen. Das bedeutet im Klartext, dass Immobilien und Vermögen der Gemeinden an den zuständigen Kirchenbezirk übergehen werden. Darin steckt für die Gemeinden eine große Chance: Denn mit der Abgabe des Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdöR) wandert gleichzeitig die Verantwortung für das Finanz- und

¹³ LU IX, Seite 22ff

Gebäudemanagement von der Gemeinde zum Kirchenbezirk. Damit kann endlich die Forderung der Gemeinden nach einer spürbaren Entlastung von Verwaltungsaufgaben erfüllt werden. Bei Haupt- und Ehrenamtlichen wird wertvolle Energie frei, die in das Gemeindeleben fließen kann. Bei einem Wechsel des Körperschaftsstatus erhalten die Gemeinden Budgets zur eigenständigen Verwaltung, festgeschriebene Entscheidungskompetenzen sowie die Möglichkeit, Spenden oder Erbschaften dauerhaft an ihre Gemeinde zu binden.“¹⁴

In „Kirchenkreise unterwegs“ beschreibe ich das Pfälzer Modell auf dieser Ebene genauer. Hier verweise ich für den Gesamtprozess nochmals auf „Landeskirchen unterwegs IX“¹⁵, möchte aber betonen: Genauso wie die Landeskirche in Braunschweig hat die Pfälzer Landeskirche einschneidende strukturelle Veränderungen auf den Weg gebracht. Für mich ist besonders interessant, dass die Pfälzer Synode zwar ebenfalls zwischen 2 Szenarien zu entscheiden hatte, die denen in Braunschweig durchaus vergleichbar waren, sich aber mehrheitlich für das „radikalere“ Szenario entschieden hat. Auch in der Pfalz hatte das eine Szenario neben vier Dekanaten noch die Bildung von Regionalgemeinden vorgesehen, die fast mit dem in Braunschweig beschlossenen Modell übereingestimmt hätten. Aus meiner Sicht lässt sich der „radikalere“ Beschluss mit den unterschiedlichen Drucksituationen in den Landeskirchen erklären. Die Pfälzer Landeskirche nämlich hat nicht nur einen vergleichbar großen Druck durch den personellen Aderlass (Baby Boomer treten ab), sondern steht vor allem auch jetzt schon finanziell mit dem Rücken zur Wand. In einem Interview mit dem Eulemagazin hat Kirchenpräsidentin Wüst auf die Frage, warum man in der Pfalz so heftig umsteuern müsse, offen eingestanden:

„Weil wir bei der Größe des Einsparvolumens nicht sehen, wie es anders gehen soll. So lang ich dienstlich denken kann, gibt es Einspar- oder Transformationsprozesse, die aber mal mehr, mal weniger erfolgreich waren. In der Vergangenheit haben wir viel auf Freiwilligkeit gesetzt oder Beschlüsse nicht wirklich konsequent durchgezogen. Jetzt merken wir: Ab einem bestimmten Preisschild kann man sich das schlichtweg nicht mehr leisten. Wir können die Einsparungsziele nur erreichen, wenn wir das System verschlanken.“

Und weiter:

„Bei einem Einsparvolumen von 45 % bis 2035 kämen wir mit stückchenweisen Maßnahmen in Verzug, um es einmal freundlich zu formulieren. Es geht aber nicht in erster Linie darum, den Kirchengemeinden Rechte zu nehmen, sondern darum, Einsparungsziele bis in den Landeskirchenrat durchzuziehen. Wenn wir nicht mehr 400 Haushaltspläne haben, sondern nur noch fünf, brauchen wir auch keine eigene Rechnungsprüfung mehr im Landeskirchenrat.“¹⁶

Die Pfälzer Landeskirche macht für mich eindrücklich deutlich, was passiert, wenn man mit einschneidenden Maßnahmen zu lange wartet bzw. längere Zeit in nur kleinen Schritten vorangegangen ist. In meiner Lesart: Um eine Transformation by Disaster noch abzuwenden, müssen jetzt ganz radikale, tiefgreifende und große Schritte gemacht werden, während in einer Landeskirche wie Braunschweig bei deutlich geringerem Finanzdruck Zwischenschritte noch möglich sind. Was aber in der Pfalz besonders gelungen erscheint: Die Synode dieser Landeskirche war bei der Ausarbeitung der Vorlagen in den Arbeitsgruppen intensiv und über ein Jahr lang beteiligt. Das Jahr 2025 war zudem davon geprägt, insbesondere auf Bezirkssynoden über die Vorlagen zu diskutieren, wobei die Kirchenregierung sich immer gestellt und die Informationen gegeben hat. Dass es bei solch radikalen Veränderungen auch Konflikte, andere Meinungen, auch Ärger, Wut und Enttäuschung gibt, halte ich für unumgänglich. Es führt aber kein Weg daran vorbei, frühzeitig und klar im vollen Umfang zu informieren, wie das in der Pfalz auch versucht wurde und weiter geschieht. Die Klarheit und Offenheit halte ich für wegweisend.

¹⁴ [Q&A Gemeinden #kirche.mutig.machen](#), Seite 2

¹⁵ LU IX, Seite 22ff

¹⁶ [„Kirche ist eine Solidargemeinschaft“ | Die Eule](#)

Die finanzielle Drucksituation in der EKKW ist ähnlich hoch wie in der Pfalz und auch in dieser Landeskirche sind einschneidende Maßnahmen schon beschlossen worden. Ich nenne hier nur den Beschluss, wonach nur noch für 30% der kirchlichen Gebäude Anträge auf Bezuschussung aus Kirchensteuermitteln gestellt werden können. Keine andere Landeskirche kürzt die Zuweisungen in diesem Bereich so stark. Was in der EKKW aber besonders herausragt, ist die Betonung der Tiefe und des Umfangs der Transformation; beides drückt sich schon in der Überschrift und der folgenden Übersicht auf der Seite zum Reformprozess aus:¹⁷

Anders Kirche werden – anders Kirche sein



DOWNLOAD > Bericht zu den Veränderungsprozessen unserer Landeskirche für die Herbstsynode 2025

Hier erfahren Sie den aktuellen Stand und die Fortschritte in den fünf Teilprozessen: Gebäudestrategieprozess 2026+, Profilierung der Ämter und Berufe, Überarbeitung der Grundordnung, Haushaltskonsolidierung und Kirchenverwaltung der Zukunft.

Wir teilen mit Ihnen, was wir aus unserer Perspektive als Stabsstelle Reformprozess beobachten, einordnen und anregen im landeskirchlichen Veränderungsgeschehen: von einer Kultur des Wandels, von der Perspektive, von der Zukunft her zu denken, vom Verändern in Spannungen – Themen, über die wir gern zusammen mit Ihnen nachdenken wollen

Neben den Projekten, die eher im Bereich „Ressourcensteuerung“ angesiedelt sind (Gebäude, Finanzen, Haushalt) ragen zwei weitere Punkte heraus: Die EKKW ist dabei, aus der vermuteten Zukunft heraus die Ämter und Berufe zu profilieren und überarbeitet ihre Grundordnung, in der z.B. der Gemeindebegriff neu bestimmt wird. Ich greife diesen in der PDF „Kirchenkreise unterwegs“ auf, weil er sich geistlich-theologisch um ein erweitertes Verständnis bemüht und überall als Grundlage für viele weitere Diskussionen dienen kann. Daneben kann man schon an der knappen Übersicht oben erkennen, dass diese Landeskirche die Bedeutung eines kulturellen Wandels ebenso aktiv angeht, wie auch die Perspektive starkmacht, aus der Zukunft heraus Kirche zu denken. Ich halte dies für vorbildlich. Ein vertiefter Blick auf diese Homepage lohnt sehr: So kann man sehr wohl auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen den Prozess umfassend denken und angehen. Und auch hier gilt wieder: Die Synode wird nicht bruchstückhaft einbezogen, sondern es ist längst ein Gesamtbild entstanden, das nun nach und nach bearbeitet wird. Dass sich dabei immer wieder neue Erkenntnisse zeigen, gehört zu einem Transformationsprozess dazu. Aber nur so kann man ihn angehen.

¹⁷ [Reformprozess 2026: Anders Kirche werden - Anders Kirche sein](#)

In Baden laufen schon seit Beginn der 20er Jahre drei großer Prozesse, die im Überblick so dargestellt werden:

„Mit dem Strategieprozess **ekiba2032 – Kirche.Zukunft.Gestalten** stellen wir uns den Herausforderungen für unsere Kirche: Wie können wir Gottes gute Botschaft in unserer Zeit hörbar, sichtbar und spürbar machen? Was brauchen die Menschen und wie erreichen wir auch die, die kaum mehr Kontakt zu Kirche oder Glauben haben? Wir gehen neue Wege, weil die finanziellen und personellen Spielräume kleiner werden. Kooperation ist der Schlüssel, miteinander gestalten wir Kirche. Wir führen Gutes weiter, probieren Neues aus und Manches lassen wir auch. Wir sind auf dem Weg, im Vertrauen auf Gottes Segen für seine Kirche.

Im Transformationsprozess **EOK2032** werden in einer klaren Struktur übergreifende Projekte und Linienmaßnahmen der Abteilungen des EOK nach Projektmanagementmethoden gesteuert. Ziel aller Projekte und Linienmaßnahmen ist die Transformation des EOK zu einem Impulsgeber – Unterstützer und Vorbild für eine zukunftsfähige Evangelische Landeskirche in Baden unter Einhaltung der von der Landessynode beschlossenen Reduktionsziele.

Das Ziel des Transformationsprozesses **VSA-Zukunftskonzept** ist die Entlastung der Haupt- und Ehrenamtlichen in den Gemeinden von administrativen Aufgaben durch die Festlegung klarer Verantwortlichkeiten und standardisierter Prozesse. Mittelfristig wird es nur noch drei regionale Dienstleistungszentren geben.“¹⁸

Baden hatte sich von Anfang an vorgenommen, von 2022 bis 2032 insgesamt 30% einzusparen, 20%, weil man diese Summe tatsächlich würde sparen müssen, 10%, um sie umzuschichten bzw. für Investitionen und Neuausrichtungen zur Verfügung zu haben. Die Beschlüsse der Herbstsynode 2025 haben nicht nur die 12 Millionen Euro zu den auf den vergangenen Tagungen schon beschlossenen 138 Millionen Euro erbracht, sondern sogar rund 2,5 Millionen mehr. Damit hat man Ende 2025 das selbst gesteckte Ziel erreicht und der Zeitraum bis 2032 ist damit von heute aus finanziell abgedeckt. Wer die Liste mit den Einsparungen einsehen möchte, der wird hier fündig: [beschluesse-herbsttagung-2025.pdf](#)

Folgende Aspekte halte ich in diesem Prozess weiter für sehr wichtig und hilfreich:

- 1.) In Baden hat man nach eigenem Bekunden einen „theologischen Paradigmenwechsel“ in Sachen „Amtshandlungen“ vorgenommen und den Begriff der „Segenshandlung“ stark profiliert. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Bereich Kirchenentwicklung¹⁹.
- 2.) Prozessual hat man dort nicht nur betont, dass man den Dekanaten wesentliche Aufgaben in der Umsetzung der Einsparungen und der Transformation zuschreibt, sondern die unterschiedlichen Wege, die sich darauf vor Ort aufgetan haben und weiter auf tun, werden von der Kirchenleitung unterstützt und ermöglicht. Dem dient auch ein einzigartiges Erprobungsgesetz.²⁰ Diese Haltung braucht es, damit Kirche im Sozialraum als Regio-Lokale Kirche sich wirklich ausprägen darf (und nicht flächendeckend alle gleich ausgerichtet werden). Es geht in Baden einerseits um die klare

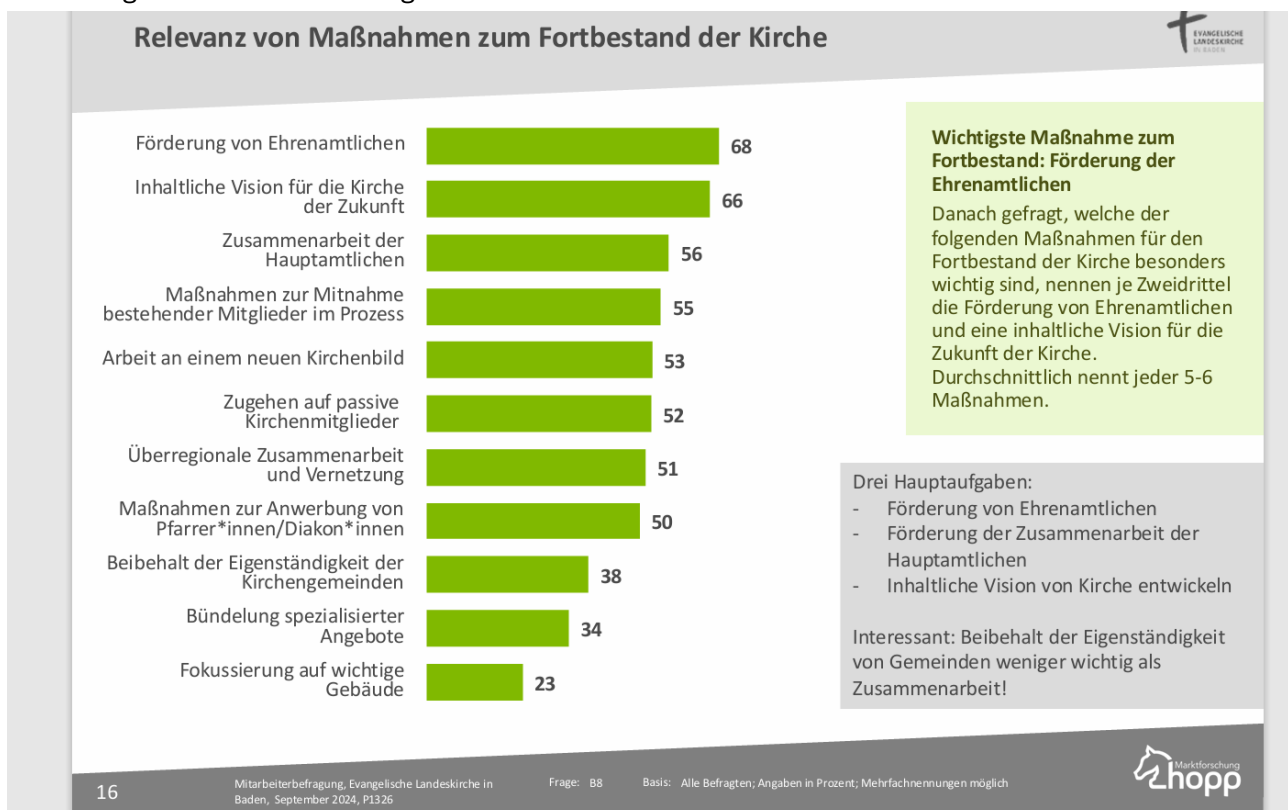
¹⁸ [Transformationsprozesse](#)

¹⁹ Siehe LU IX, Seite 18

²⁰ [Geltendes Recht: 100.130 Erprobungsgesetz Kooperationsräume \(ErpG-KoR\) - Kirchenrecht Online-Nachschlagewerk | Ev. Landeskirche in Baden](#)

Zuteilung von Ressourcen, aber wie diese eingesetzt werden, hängt andererseits von der Kirchenentwicklung vor Ort ab.

- 3.) In immer mehr Landeskirchen gewinnt an Bedeutung, was in Baden in der Grundordnung schon seit Jahrzehnten verankert ist: Die Unterscheidung zwischen Gemeindeformen als Körperschaft des öffentlichen (=Kirchengemeinde) und des kirchlichen Rechts (=Pfarrgemeinde genannt)²¹. Gerade in den Städten dort lässt sich die Entwicklung des Gemeindeverständnisses über die letzten Jahrzehnte hinweg gut ablesen. Die Bedeutung, in welcher Haltung (!) welche Form wie gelebt wird, kann nach meiner Erfahrung dabei nicht hoch genug eingeschätzt werden. Auch dazu mehr in „Kirchenkreise unterwegs“.
- 4.) Bereichernd für alle Landeskirchen ist aus meiner Sicht zudem eine Befragung von Haupt- und Ehrenamtlichen über den dortigen Prozess. Den Ergebnissen liegen Antworten von über 1400 Personen zugrunde. Ich greife hier nur eine Folie heraus, die deutlich macht, welche Themen den Befragten besonders wichtig sind.²²



Ich kann nur empfehlen, sich die Ergebnisse insgesamt anzuschauen, denn daraus lassen sich viele Erkenntnisse über den gewünschten und wohl auch notwendigen Ablauf von Prozessen lernen. Insgesamt ist Baden sehr weit in seinem Prozess der Erneuerung, auch wenn vor Ort, also in den Dekanaten, die Umsetzung der Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich verläuft. Genau das aber ist Teil der Anlage eines Prozesses, der den Dekanaten und damit der Kirche vor Ort einen weiten Spielraum lässt. Für den Oberkirchenrat dort bedeutet das, den Gedanken einer weitgehenden zentralen Gesamtsteuerung aufgegeben zu haben und die wachsende Verschiedenheit der Regio-Lokalen Kirche, der Dekanate, der Kooperationsräume eher als Gewinn und als Chance für die Entwicklung von Kirche zu begreifen.

²¹ [gemeindeleitung-aufgaben.pdf](#)

²² [evaluation-ekiba2032---kommentierte-zusammenfassung.pdf](#), Seite 16 [Grafische Auswertung](#), Folie 25



Im Teil IX von „Landeskirchen unterwegs“ habe ich ausführlich den Stand des Prozesses in der sächsischen Landeskirche beschrieben.²³ Ich zeige hier nur ein Schaubild aus der damaligen Präsentation vor der Synode, mit dem die dort eingesetzte Arbeitsgruppe ihre Überlegungen in Form einer Waage mit ihren beiden Seiten vorgestellt hat.²⁴



Wie auf der Frühjahrssynode zugesagt, gab es seitdem die Möglichkeit sich an dem Prozess analog in mehreren Veranstaltungen direkt vor Ort oder mit schriftlichen Rückmeldungen bis Ende November 2025 digital zu beteiligen. Das Echo spricht für sich. Allein über 300 schriftliche Rückmeldungen sind eingegangen und können hier nachgelesen werden.²⁵ Sachsen zeigt, wie wichtig Beteiligungsmöglichkeiten sind und wie richtig es ist, vor einer Beschlussfassung wenigstens die Möglichkeit zu geben, zu der ersten Vorlage Voten abzugeben. Natürlich wird dadurch die Arbeit der beauftragten Steuerungsgruppe nicht leichter, denn die Resonanzen weisen durchaus in unterschiedliche Richtungen.²⁶ Aber die Entwicklung dieser Kirche wird überall diskutiert, mehrere hundert interessierte Menschen haben sich deswegen mit den Vorlagen schon befasst. Man darf gespannt sein, was der März 2026 und die Sondersynode an Ergebnissen bringen wird. Landesbischof Bilz hat in einem Interview Ende Dezember 2025 den Prozess gewürdigt und z.B. schon eine Idee vorgebracht. An Orten, an denen es keine Hauptamtlichkeit mehr geben kann, sollen vor Ort Kurator:innen mit verschiedenen Aufgaben ehrenamtlich beauftragt werden können. Bilz betont u.a.:

„In der jetzt anstehenden Reform sind nicht nur größere Strukturen zu finden. Es geht auch darum, Rechtsstrukturen zu schaffen, damit Kirchengemeinden vor Ort weiterarbeiten können. Die Menschen brauchen örtliche Nähe. Man kann in einer Region nicht alles nur zentral organisieren. Da kommt den Kirchen vor Ort eine enorme Bedeutung zu. Wenn in einem Dorf eine Kirche steht, ist das immer ein Statement, auch ein Statement zu sagen, der Glaube ist hier vorhanden.“²⁷

Die Balance von Kirche vor Ort mit klarer Identität und mehr Beweglichkeit auf der einen und tragfähigen Strukturen auf der anderen Seite wird sicher ein bedeutendes Moment im kommenden März werden.

²³ Landeskirchen unterwegs IX, Seite 32ff

²⁴ [Microsoft PowerPoint - 20250410 KiW - Präsentation v4](#), Folie 4

²⁵ [EVLKS | Beteiligung Kirche im Wandel Rückmeldungen](#)

²⁶ Besonders heftig ist die Kritik auf [KIRCHE VON UNTEN SACHSEN](#) – Auch dazu mehr auf „Kirchenkreise unterwegs“. Mehr dazu auch hier: [Der Prozess geht alle an | DER SONNTAG \(Sachsen\)](#)

²⁷ [Landesbischof Bilz: Kirche vor Ort ist ein Statement | evangelisch.de](#)



Das Jahr 2025 wird der Landeskirche Anhalts im Gedächtnis bleiben. In der Frühjahrssynode wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Zukunft dieser Kirche beschäftigen sollte. Und deren Beschlusspapier wurde in weiten Teilen dann in der Herbstsynode als Grundlage für die Zukunft der Landeskirche angenommen. In dem Papier heißt es:

„Die Organisationsstrukturen sind auf allen Ebenen nicht nur zu optimieren, sondern bis zum Ende der laufenden Legislatur grundhaft zu erneuern. Einzelnen punktuellen, vor allem aus finanziellen Gründen kurzfristig (2025/26) nötigen Maßnahmen sind mittelfristig systematische, gut geplante Reformen hinzuzufügen, deren Gerüst eine neue Kirchenverfassung bilden soll. Sie muss am Ende dieser Legislatur (Frühjahr 2030) ebenso verabschiedet und umgesetzt sein wie alle weiteren dazu nötigen Gesetze. Für beide Ziel Horizonte (kurz- und mittelfristig) sind im Folgenden auf drei Feldern Eckpunkte formuliert.“²⁸

Diese drei Felder sind:

- „Landeskirchliche Ebene: Verkleinerung und Zentralisierung“
- „zukunftsfähige regio-lokale Strukturen,
- „Gebäude und Grundstückmanagement“.

Zu den regio-lokalen Strukturen gehe ich in „Kirchenkreise unterwegs“ noch ein. Aus dem Beschlusspapier hier noch zwei kurze, aber doch sehr gewichtige Zitate, die dessen Tragweite verdeutlichen. Die Synode hat als erste Landeskirche innerhalb der EKD den Beschluss gefasst:

„Verbeamtungen sollen nicht mehr stattfinden.“²⁹

Und das zweite Zitat soll deutlich machen, dass auch über Inhalt und Aufgabenstellung von Kirche bis hin zu konkreten Maßnahmen schon vor-gedacht worden ist. Eine Beschlussempfehlung lautet:

Hauptamt soll Ehrenamt als das eigentliche Rückgrat von Kirche unterstützen und begleiten.³⁰

Folgende Wahrnehmungen sind mir weiter wichtig: Der neu gewählte Kirchenpräsident von Anhalt, Karsten Wolkenhauer, hat seinen maßgeblichen Anteil an diesem Prozess. Auch seinen Impulsen ist es zu verdanken, dass der weite Blick in die Zukunft gewagt wurde und von dort aus nun überlegt wird, welche Maßnahmen jetzt schon für eine gute Zukunft eingeleitet werden sollen. Dabei geht es in Anhalt nicht nur um Strukturen. Die kulturelle Veränderung wird ebenso stark betont wie die Notwendigkeit einer geistlichen Vergewisserung über den Auftrag der Kirche und dessen Umsetzung. Anhalt zeigt zudem, wie schnell erste und gewichtige Einsichten formuliert und strukturiert weiter bearbeitet werden können. Auch von daher lohnt sich ein intensiver Blick auf die Seite der Landessynode dieser Kirche.³¹ Ich kenne keinen anderen Prozess, der so schnell zu vorzeigbaren Veränderungen in dieser Tiefe geführt hat. Anhalt zeigt, was möglich ist und nun intensiv debattiert wird.

²⁸ [2025_11_Herbstsynode_Strategie_Beschlusssammlung.pdf](#), ab Zeile 295

²⁹ Ebenda, Seite 31

³⁰ Ebenda, Zeile 600

³¹ [Landessynode : Evangelische Landeskirche Anhalts](#)



Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern

Am 26.11.2024 hat Landesbischof Christian Kopp ausgerufen: **2025** ist das "Jahr der Entscheidungen" für Kirche.³² Genau ein Jahr später, am 24.11.2025, wurde er aufgrund der Ausführungen des Landeskirchenrats vor der Landessynode zurecht mit der Aussage zitiert: „Kirche steht vor einer Zeitenwende.“³³ 2025 war tatsächlich ein Jahr der gewichtigen Vor-Entscheidungen dort.

Im Synodeninfo wurde näher dazu ausgeführt:

„Bis 2035 rechnet die Landeskirche mit rund 40 Prozent weniger Mitgliedern, etwa 40 Prozent weniger hauptamtlichen Mitarbeitenden und mindestens 40 Prozent weniger finanziellen Mitteln. Landesbischof Christian Kopp verband diese Prognose in seinem Bericht an die Landessynode mit einem starken geistlichen Fundament. Im Zentrum steht Jesu Zusage: „Ich bin das Licht der Welt.“ Dieses Licht, so Kopp, gebe Orientierung, Kraft und Hoffnung. „Wir richten uns konsequent auf sein Licht aus“, sagte Kopp – eine Einladung, mutig und zugleich getragen nach vorne zu sehen. Grundlegende Entscheidungen Veränderungen seien notwendig, um auch künftig wirksam bleiben zu können. Kopp unterstrich: „Wir müssen heute Entscheidungen treffen. Und diese Entscheidungen ändern grundlegend Gegebenheiten in unserer Kirche.“ Die vorgeschlagenen Regionalgemeinden sollen die Arbeit vor Ort entlasten und zugleich stärken – durch multiprofessionelle Teams, geteilte Verantwortung und klarere inhaltliche Schwerpunkte.“³⁴

Dieser letzten Synodentagung der laufenden Legislatur kam die Aufgabe zu, sich über das „big picture“, über diese Annahmen bis 2035 zu verständigen (früher wurde schon die Zahl von minus 50% der Gebäude genannt), um dann erste Pflöcke u.a. in Bezug auf die kommende Landesstellenplanung und die Verwaltungsreform einzuschlagen. Dies ist auch geschehen. So verringert sich die Zahl der Kirchenkreise von 6 auf 2 mit 4 statt 6 Regionalabschöf:innen, die Zahl der Dekanate von 66 auf maximal 44 und überall sollen „Regionalgemeinden“ mit mindestens 5 Vollzeitäquivalenten aus verschiedenen Professionen gebildet werden. Die Empfehlung des Landeskirchenrats lautet aber auch: Wenn vor Ort möglich, dann noch größere Einheiten anstreben, um sie zukunftssicherer aufzustellen.

Damit springt die Landeskirche mit dem Blick in die weite Zukunft in die Gegenwart zurück, um die Weichen richtig zu stellen. Im Jahr 2026 werden nun die entsprechenden Gesetze ausgearbeitet und der (neuen) Synode vorgelegt.

Ich greife aus der Fülle des Materials hier noch eine sehr beachtenswerte Untersuchung heraus. Die Landeskirche hat im Sommer 2025 insgesamt 950 geschäftsführende Pfarrer:innen nach ihrem Verwaltungsaufwand befragt. Der Rücklauf belief sich auf erstaunliche 65%. Der zuständige Oberkirchenrat Florian Baier hat der Synode darüber berichtet und deutlich gemacht, welchen Umfang an Entlastung eine Verwaltungsgeschäftsführung verbunden mit der Errichtung von regionalen Gemeindebüros aus Sicht der Befragten haben würde. Das Ergebnis ist eindeutig. Die Veränderungen würden sich nur in Bayern und nur für diesen Personenkreis auf fast 400.000 Arbeitsstunden an Entlastung addieren. Zeit, die also für andere Aufgaben zur Verfügung stehen würde.³⁵ Unabhängig davon, ob diese Zahl auf andere Landeskirchen übertragbar ist: Der Aufwand für Verwaltungsarbeit für die geschäftsführenden Pfarrer:innen ist viel zu hoch und so ist es nur zu verständlich und notwendig,

³² [Landesbischof: 2025 ist "Jahr der Entscheidungen" für Kirche | BR24](#)

³³ [Landesbischof: Kirche steht vor einer Zeitenwende](#)

³⁴ [202511_Synode_Info_Herbst_2025_web.pdf](#), Seite 3 f. Den gesamten Bericht von Christian Kopp findet man hier: [Landessynodalbericht Herbst 2003](#). Die Berichterstattung des BR u.a. hier: [Prognose: 40 Prozent weniger Geld für evangelische Landeskirche | BR24](#)

³⁵ Nachzuhören: [Landessynode in Amberg: Montag 24.11.2025](#), ab Stunde 9, Minute 42ff

dass im Prinzip alle Verwaltungsveränderungen in allen Landeskirchen darauf abzielen, diesen Aufwand für Haupt-, aber auch für Ehrenamtliche deutlich zu verringern. Diese Analyse bestätigt diese Zielrichtung sehr und man wird später evaluieren müssen, ob dieser Effekt sich dann auch einstellt.

Verwaltungsaufwand & Entlastungspotential

Aufwand für administrative Tätigkeiten (Pfarramtliche Geschäftsführung, Vorsitz KV, Finanzen & Personal der KG etc.):	Ø 14,38 h / Woche	Kapazitäten von PfarrerInnen werden gebunden
Welches Entlastungspotential sehen Sie? (Mehrfachnennungen möglich)		
Ausweitung der Sekretariats- bzw. Assistenzstunden in einem regionalen / übergemeindlichen Pfarrbüro (also nicht im örtlichen Pfarrbüro!), um Ihre Arbeit ein Stück weit zu entlasten	Ø 2,66 h / Woche	eine Verwaltungs- geschäftsführung verbunden mit regionalem Pfarrbüro verspricht eine signifikante Entlastung
Professionelle Verwaltungs-Fachkraft an Ihrer Seite (ggf. mit Entscheidungsbefugnissen analog einer Kita-, Friedhofs- oder Kirchengemeinde-Geschäftsführung), der Sie bisherige administrative und organisatorische Aufgaben von Ihnen zur eigenständigen Erledigung abgeben können	Ø 6,14 h / Woche	
Durch De-Regulierung / Reduzierung des Verwaltungsaufwandes	Ø 2,28 h / Woche	
Digitalisierung von Prozessen und IT-Unterstützung	Ø 1,49 h / Woche	
Sonstiges	Ø 2,60 h / Woche	

17

Insgesamt ist die ELKB auf dem Weg und das unter dem Signum „Zeitenwende“. Die Leitung dieser Kirche macht deutlich, wie gravierend die Veränderungen sein werden. Das hebt sich wohltuend von Leitungsausprägungen in anderen Landeskirchen ab. Aus meiner Sicht ist genau dies jetzt die wichtigste Aufgabe einer jeden Leitung auf allen (!) Ebenen von Kirche: Diese „Zeitenwende“ ist zu diskutieren, man muss sich über die Folgen bewusst werden und Resonanzen miteinander ins Gespräch bringen. Dazu gehören eine gute und umfassende Informationspolitik und das Werben für die eigenen Einsichten. Von guter Kommunikation hängt nun vieles ab.

Wie überall wird es nun inhaltlich auch in Bayern u.a. darauf ankommen, das Verhältnis zwischen den bestehenden Kirchengemeinden und den neuen, großen Regionalgemeinden zu bestimmen: Wer ist für was zuständig, welche Rechte und Pflichten kommen wem zu?

Eine Besonderheit in Bayern ist aber, dass es dort im Gegensatz zu anderen Landeskirchen in den letzten Jahren kaum Veränderungen an der Zahl der bestehenden Kirchengemeinden gegeben hat. Zusammenschlüsse sind dort kaum eingetreten. Umso größer könnten Beharrungskräfte nun sein und umso schwieriger könnte es werden, die Regionalgemeinden von Anfang an mit starken Rechten (und Pflichten) auszustatten, zumal die Kirchengemeinden in den Regionalgemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts bestehen bleiben sollen.

Zudem muss man in Bayern sehen, dass sich dort alle Ebenen von Kirche im gleichen Zeitraum, nämlich jetzt, verändern: Nicht nur die Anzahl der Kirchenkreise und Dekanate wird verkleinert und mit den Regionalgemeinden eine neue Ebene eingezogen. Auch der Landeskirchenrat wird weiter verkleinert und das Landeskirchenamt mit der gesamten Verwaltungsstruktur auch in der Fläche befindet sich ebenfalls in einem umfassenden Veränderungs- und Verkleinerungsprozess, der auch eine gute Aufgabenkritik erfordert. Aus meiner Sicht sind die entscheidenden und vor allem notwendigen Überlegungen gut auf dem Weg und harren der Übersetzung in die Realität. Damit hat auch eine der ganz großen Landeskirchen das Jahr 2025 für die Weichenstellungen genutzt. Die Hauptarbeit aber kommt erst jetzt.

Die rheinische Landeskirche hält Kurs. Sie nimmt sich vor:

„Ab einem Stichtag x werden Pfarrerinnen und Pfarrer in privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigt.“³⁶

Sie wartet noch weitere Gespräche auf EKD-Ebene ab und hofft, dass andere Landeskirchen ihrem Kurs folgen. Interessant sind die vielfältigen Ausführungen zum Thema „Arbeitsrecht“ und schließlich auch zur Finanzierbarkeit des Umstiegs. In den Unterlagen der Kirchenleitungen ist als Zwischenfazit der Berechnungen zu lesen:

„Die Systemumstellung ist damit nicht nur finanzierbar: Sie führt ab 2046 sogar zu deutlichen Einsparungen bei den Personalkosten bei erheblich reduzierten Risiken für die mittelfristige und längerfristige Finanzplanung.“³⁷

Die Synode im Januar 2026 war wesentlich geprägt durch ein zu beschließendes Sparpaket in Höhe von strukturell rund 33 Mio. Euro bis 2030, was ca. 20% des gesamtkirchlichen Haushalts der rheinischen Kirche bedeutet. Wie überall haben sich an den Vorschlägen hitzige Debatten entzündet, die vor allem zeigen, dass nichts einfach gestrichen und beendet werden kann, was Kirche tut. Es hat(te) alles seinen guten Sinn. Interessant auch im Vergleich z.B. zu dem Vorgehen der Landeskirche Württemberg, die Beschlüsse über knapp 30% Volumen getroffen hat, war für mich zweierlei: Die rheinische Kirche hat sich dezidiert mit ihrem Kirchenbild auseinandergesetzt und sie hat eine Extra-Arbeitsgruppe mit dem Titel „Kirche der Zukunft“ eingesetzt, die auf diese Kirche aus dem Jahr 2040 geblickt hat.

So sind drei Stränge zusammengebunden worden:

- „1. Die Kirchenordnung mit ihren Aussagen zum Auftrag der Kirche ist Grundlage und Richtschnur aller zu treffenden Entscheidungen.*
- 2. Die strategischen Leitlinien, die auf der Landessynode 2025 verabschiedet wurden, geben die Richtung von Priorisierung und Profilierung im Finanzprozess vor.*
- 3. Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Kirche der Zukunft liefert wichtige Erkenntnisse und Anhaltspunkte für Entscheidungen im Prozess.“³⁸*

Ich konzentriere mich hier auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, weil die Einsetzung und die Aufgabenstellung einer solchen Gruppe in den Prozessen bisher einzigartig sind:

Die Gruppe schreibt in ihrem Abschlussbericht zum Thema „Kirchenbild“:

*„Im Jahr 2040 hat sich die Evangelische Kirche im Rheinland grundlegend verändert. Sie ist kleiner und fokussiert auf ihr „**Why**“. Sie definiert sich nach innen wie außen über ihren Sinn und Auftrag. Die Strukturen folgen dabei dem Why, gemäß der Formel „form follows function“
Zentrale Gestaltungsebene ist die regionale Ebene. Hier gibt es eigenständige Gestaltungsräume, in denen individuelle Lösungen entwickelt und gelebt werden. In ihnen vernetzen sich viele unterschiedliche Formen von Gemeinde. Neben parochial geprägten Gemeindeformen gibt es*

³⁶ infotek.ekir.de/pages/download.php?direct=1&noattach=true&ref=3260&ext=pdf&k=, Seite 101

³⁷ Ebenda, Seite 106

³⁸ [download.php](#), Seite 18 im gesamten Dokument

vermehrt Personal- und Onlinegemeinden, soziale und spirituelle Netzwerke und vieles mehr. Der **Gemeindebegriff** hat sich geweitet. Gemeinsam nehmen die Gemeinden die Verantwortung für das „Why“ in ihrer Region wahr.....

Ermöglichung ist dabei die zentrale Handlungsprämisse allen leitenden Handelns. Erprobung und Innovation wiederum sind selbstverständlicher Bestandteil aller kirchlichen Aktivität. **Multiprofessionelle Teams** aus Ehren- und Hauptamt prägen das Gesicht der Kirche. Dies betrifft auch und gerade die pastoralen Tätigkeiten.

Die **Verwaltung** hat vornehmlich eine unterstützende serviceorientierte Funktion. Sie wird in großen Kooperationsräumen wahrgenommen. Grundständige Verwaltungsarbeit ist dabei für die gesamte EKIR vereinheitlicht³⁹

Es folgen kurze Ausführungen zu den Themen „Haltungen“, „Aufgaben“, „Struktur“ und dann zu den sieben Themenfeldern: „Aus- und Fortbildung, Begleitung von Ehrenamtlichen“, „Digitalität“, „Finanzmanagement“, „Innovationsmanagement“, „Kampagnenfähigkeit“, „Kinder und Jugendarbeit mit missionarischem Schwerpunkt“, „Personalentwicklung“, die allesamt lesenswert sind.⁴⁰

Die rheinische Kirche zeigt, dass die Frage der Kirchenentwicklung nicht nur immer mitzudenken, sondern bestimmend zu sein hat. Das mindert nicht die Härte von zu treffenden Entscheidungen, aber es lädt ein, sich über Zukunftsbilder zu verständigen. In der mündlichen Vorstellung des Berichts ist dann z.B. das Stichwort „Ehrenamtskirche“ im Zusammenhang mit Kirche der Zukunft gefallen. Ich halte es für wichtig, dass in solchen Diskussionen weite Horizonte geöffnet werden, die die Entscheidungen heute schon prägen.

Ein weiteres Dokument zur Synode ist aus meiner Sicht besonders wichtig. Der rheinischen Kirche geht es bei Überlegungen zur Rechtsform von „Körperschaften des kirchlichen Rechts“ um die Stärkung der „Mixed Ecology Church“, also um die Ermöglichung verschiedener Gemeindeformen, die sich gerade in den Kirchenkreisen dort zu einem neuen „Wir“ verbinden mögen. Die rheinische Kirche schreibt:

„Die Einführung einer innerkirchlichen Rechtsform erscheint einerseits als ein adäquates Instrument, um strukturell die Partizipation vielfältiger Formen gemeindlichen Lebens zu ermöglichen. Zugleich erscheint diese Rechtsform eine sinnvolle Möglichkeit zu bieten, wie überlastete Leitungsgremien von Kirchengemeinden sich wieder stärker auf inhaltliche und geistliche Arbeit ausrichten können und Gemeindeleben wieder neu aufleben könnte.“⁴¹

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie sehr auch die rheinische Kirche eine Transformation by Design anstrebt, Ressourcensteuerung und Kirchenentwicklung gleichzeitig im Blick hat und gezielt vorangeht. Gerade der weite Blick in die Zukunft und die harten, aber realistischen Ausführungen zur gegenwärtigen Lage von Kirche in der Gesellschaft in den Dokumenten beschönigen nichts, führen aber gerade nicht zu Agonie oder Fatalismus. Die zahlenmäßig zweitgrößte Landeskirche in der EKD hält Kurs.

Und noch eine letzte Bemerkung: Die rheinische Kirche ist in der Lage, schon im Januar eines Jahres über die Gemeindegliederentwicklung des letzten Jahres Auskunft zu geben. Der Rückgang fiel im Jahr 2025 mit 3,2% so hoch aus wie im Jahr davor. Man darf gespannt sein, ob damit die Prozentzahl über den Rückgang für die ganze EKD schon wieder klar geworden ist, denn im letzten Jahr war der Rückgang in der rheinischen Kirche genauso hoch wie in der gesamten EKD.⁴²

³⁹ [download.php](#), Seite 22f im gesamten Dokument

⁴⁰ Ebenda, Seite 23 – 27 im gesamten Dokument

⁴¹ [download.php](#), Seite 3

⁴² Vergl: [Gemeindeglieder und Bevölkerung - www.ekir.de](#)



Württemberg hat es geschafft. Der von einer großen Mehrheit in der Sommersynode getragene Beschluss über 103,9 Millionen Euro an strukturellen Einsparungen sichert sowohl den Haushaltsausgleich wie auch die Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen voraussichtlich bis in die dreißiger Jahre zu 100% ab. Damit ist Württemberg weiter als fast alle anderen Landeskirchen, die entweder gerade erst mit entsprechenden Prozessen beginnen oder sich noch mitten darin befinden, Ausgang ungewiss. Ganz bewusst hat der Evangelische Oberkirchenrat in Stuttgart darauf verzichtet, einen langwierigen Prozess zu Fragen der Kirchenentwicklung und Kirchenbilder zu starten. Der Verlauf und das Ergebnis geben diesem Vorgehen zunächst scheinbar recht. Die Synode hat die Vorlage intensiv diskutiert, an mehreren Stellen mit großer Mehrheit Veränderungen eingetragen und schließlich in großem Einvernehmen innerhalb nur eines Jahres diese Beschlüsse treffen können. Das ist prozessual vorbildlich, die Ressourcensteuerung ist gelungen. Indes bleibt bei mir die Frage, ob diese Einsparungen tatsächlich eine Transformation der Organisation Kirche darstellen oder doch „nur“ als eine notwendige und immerhin nachhaltige Optimierung im Blick auf die Herausforderungen der schwindenden Ressourcen zu begreifen sind.

Aus meiner Sicht gilt es nun, in einer sich rasch verändernden Umwelt Antworten zu finden auf die Frage: „Wie wollen wir künftig Kirche sein?“. Hier erlebe ich diese Landeskirche als zögerlich und sehr uneinheitlich, was sich zuletzt auch wieder in der Abstimmung über die Ehe für alle Paare gezeigt hat. Die dafür notwendige Mehrheit kam auch nach langwierigen Gesprächen und intensiven Debatten nicht zustande.⁴³

Meine Hypothese ist, dass die Frage „Wie wollen wir Kirche in einer Minderheitensituation sein?“ die ganze Landeskirche durchziehen und also insbesondere auch auf der Ebene der Kirchenbezirke gestellt und beantwortet werden sollte. Dabei wird dann die Gesamtkirche, wie überall, vor allem zuzulassen haben, dass die Ergebnisse unterschiedlich ausfallen dürfen. Stadtbezirke werden zu anderen Ergebnissen kommen als klassisch dörfliche Kirchenbezirke. Die Zukunftsbilder werden also von Ort zu Ort unterschiedlich sein, aber ohne wird es nicht gehen. Wie diese Kirche sich aber in Zukunft in ihren Dekanaten aufgestellt sieht (Größe, Anzahl, Aufgabenstellung), das erscheint mir noch nicht aus der weiten Zukunft heraus bedacht. Obwohl Prozesse zum Pfarrplan, Gebäude, Verwaltung und Digitalisierung auf dem Weg sind, kann ich nicht genau erkennen, wie die Struktur dieser Landeskirche im Jahr 2035 sein soll, welche Rolle die mittlere Ebene zugewiesen bekommt, wie groß die Freiheitsgrade der wie auch immer genannten Regio-Lokalen Kirche sein werden, wie (neue?) geistlich-theologisch begründete Bilder als Fundament vor Ort erarbeitet werden. So sehr in der Ressourcensteuerung der Sprung in die Zukunft gelungen ist, weil Entwicklungen offen und klar benannt und daraus dann auch weitreichende Maßnahmen abgeleitet wurden, so sehr vermisse ich, dass in ähnlicher Klarheit und Entschiedenheit über die Fragen der Kirchenentwicklung vor-gedacht wird.

Die Synode in Württemberg konstituiert sich in 2026 neu und man darf gespannt sein, inwieweit dieser Bereich und damit die Notwendigkeit der Transformation auf diesem Feld nun angegangen werden wird.

⁴³ Zur Herbstsynode siehe hier: [Herbsttagung 2025 | Ev. Landeskirche in Württemberg](#)



Die Nordkirche hat schon im ersten Abschnitt ihres Prozesses aus meiner Sicht die tiefgründigsten Zukunftsfragen diskutiert, mögliche Optionen erörtert und schon 2022 in einem „Synodenreader“ wunderbar zusammengestellt.⁴⁴ Das ist nach wie vor vorbildlich. Die Frage, die ich mir seitdem stelle: Was davon wird wann in der Nordkirche auch beschlossen und dann auch Realität?

Für mich ganz typisch war auf der Novembersynode die Aussprache zu den „Grundlinien kirchlichen Lebens“ als ein Synodaler mit voller Zustimmung zu diesen Regelungen sinngemäß anmerkte: Wir haben jetzt schon so lange darüber diskutiert und in der Praxis sind wir an manchen Stellen schon wieder weiter.⁴⁵

Vergleichbares ist beim Thema „Eckpunkte zu den kirchlichen Körperschaften“ passiert. Die Synode hat auf Basis der Einbringung eines umfangreichen Papiers u.a. beschlossen:

„Die Landessynode bittet die Kirchenleitung und das Landeskirchenamt, ihr bis November 2026 den Entwurf für ein „Kirchengesetz zur Neuordnung der kirchlichen Körperschaften“ zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. 4. Diese Aufträge hat die Synode erweitert um einen Prüfauftrag aus dem Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg. Dessen Kirchenkreissynode bittet um die rechtliche Prüfung, ob und wie der Kirchenkreis die Rechtsnachfolge sämtlicher zu ihm gehörender Kirchengemeinden werden könnte.“⁴⁶

Während nun also ein Gesetz ausgearbeitet werden soll, dass die bestehende Grundstruktur von Körperschaften auf der Ebene der Kirchengemeinden, der Kirchenkreise und der Landeskirche bestätigt, ist der Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg schon weiter und bittet wenigstens zu prüfen, ob man die Ebenen der Kirchengemeinden und des Kirchenkreises auch zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammenfassen könnte. Ich stelle deren Bitte in „Kirchenkreise unterwegs“ ausführlich vor.⁴⁷ Für mich ist die Vorlage im Eckpunktepapier ein typisches Beispiel für eine Optimierungsstrategie, die nicht aus der Zukunft heraus denkt und Transformationen wenigstens in den Blick nimmt, sondern die den Versuch unternimmt, ein bestehendes System so lange wie möglich aufrecht zu erhalten und deswegen nur behutsam verändern will. Dabei ist mir bewusst, dass die Bildung der im Eckpunktepapier vorgeschlagenen Gesamtkirchengemeinden ebenfalls schon heftige Widerstände auslöst, aber das spricht nicht dagegen, noch weiter aus der Zukunft in die Gegenwart zu blicken. Gerade so wird deutlich, dass Optimierungsschritte bald nicht mehr ausreichen. Das Netz ist aus meiner Sicht mit den bisherigen Mitteln strukturell nicht mehr (lange) aufrecht zu erhalten.

An späterer Stelle bespreche ich hier noch die Klimapolitik der Nordkirche, die inhaltlich vorbildlich ist, die aber aus meiner Sicht nach dem Erstellen einer Vollkostenrechnung überhaupt nicht ausfinanziert ist. Die im Eckpunktepapier Finanzen im Herbst 2024 vorgestellten mittel- und langfristigen Finanzfragen sind Makulatur, wenn man sich die Kosten für den nun gesetzlich vorgeschriebenen Klimaschutz ansieht. Da passen Überlegungen und Beschlüsse einfach nicht zusammen.⁴⁸

⁴⁴ [Dokumentation der Zukunftssynode inkl Synodenreader.pdf](#)

⁴⁵ [Journal zur Landessynode im November 2025, Tag 2 - nordkirche.de](#)

⁴⁶ [Layout 1](#)

⁴⁷ [TOP 6.3 Beschluss zum Zukunftsprozess der PG Eckpunkte Koerperschaften.pdf](#)

[TOP 6.4 selbststaendiger Antrag der KKSynode Luebeck-Lauenburg.pdf](#)

⁴⁸ Siehe Seite 36 hier in LU X.

Das Eckpunktepapier Finanzen findet sich hier: [noki_ECKPUNKTEPAPIER_FINANZEN_5.9.24.indd](#)

Spannend ist auch noch eine weitere Diskussion, die im Jahr 2026 von der Synode zu entscheiden ist. Dabei geht es um einen notwendigen Priorisierungsprozess. In einer Zusammenfassung liest man dazu:

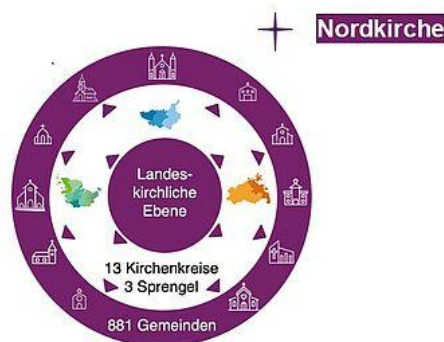
„Die Nordkirche hat einen Vorgang angestoßen, bei dem alle ihre Aufgabenfelder priorisiert werden sollen: Welche Aufgaben sollen in Zukunft noch bedient werden, welche müssen aus finanziellen Gründen gestrichen werden? Die Schwierigkeit besteht darin, dass die Synodalen bei ihrer letzten Beratung zu dem Schluss gekommen sind, dass ein landeskirchlicher Gesamtprozess sehr ressourcenintensiv ist und die regio-lokalen Entwicklungen in den Kirchenkreisen unterlaufen könnte. Deswegen hat die Steuerungsgruppe verschiedene Modelle entwickelt und bereits bei der vorherigen Synodentagung zur Diskussion gestellt.

Modell A sieht vor, dass auf landeskirchlicher Ebene zentrale Themen benannt und festgelegt werden und dafür zweckgebundene Mittel eingestellt werden.

Modell B geht davon weg. Es bevorzugt eigenständige Prozesse auf landeskirchlicher und Kirchenkreis-Ebene.“⁴⁹

Option A: Priorisierungsprozess für die gesamte Nordkirche

- **Ermittlung zentraler Arbeitsfelder und Themen** für alle Bereiche der Nordkirche durch eine nordkirchenweite Befragung
- **Verbindliche Festlegung** durch Synodenbeschluss
- **Gezielte Steuerung** über den Vorwegabzug



www.nordkirche.de/zukunftsprozess

Zukunftsprozess >>>
Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland

Option B: Eigenständige Prozesse für die landeskirchliche Ebene und in den Kirchenkreisen

- **Eigenständige Priorisierung** von Arbeitsbereichen und **Festlegung der Einsparstrategien** durch Kirchenkreise und die landeskirchliche Ebene
- **Priorisierungsvorschlag auf landeskirchlicher Ebene** durch Synodenbeschluss
- **Ausbau von Kommunikationsstrukturen** zur Sicherung verlässlicher Absprachen zwischen den Ebenen



www.nordkirche.de/zukunftsprozess

Zukunftsprozess >>>
Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland

Ich bin gespannt, für welches Modell die Nordkirche votieren wird. Im Hintergrund stehen sicher auch Fragen der Steuerbarkeit von Prozessen, aber auch die Frage nach Machtverhältnissen (zwischen Zentrale und Regionen). Insgesamt sehe ich im Prozess der Nordkirche die Frage nach Rahmenvorgaben, nach Zielbildern, nach Szenarien für 2035 und länger noch nicht hinreichend geklärt.

⁴⁹ Journal zur Landessynode im November 2025, Tag 2 - nordkirche.de

Im Teil IX von Landeskirchen unterwegs habe ich über den Stand des Prozesses in Hannover berichtet und sowohl den 10 Punkte Plan als auch den Welle-Prozess kurz erläutert.⁵⁰ Im Herbst 2025 fand die letzte Zusammenkunft der „alten“ Synode statt. Darüber berichtete man kirchenintern u.a. so:

„Die Synode der hannoverschen Landeskirche will einen 2023 begonnenen Zukunftsprozess zur strukturellen, finanziellen und personellen Neuausrichtung der Kirche fortsetzen. Auf der letzten Tagung der laufenden Amtsperiode empfahlen die Kirchenparlamentarier am Dienstagabend in Hannover eine Weiterführung durch die nächste Synode, die sich im kommenden Frühjahr konstituieren wird.

Dabei äußerten sich einige Synodale enttäuscht über Verlauf und Ergebnisse des bisherigen Prozesses und kritisierten unter anderem eine mangelnde Beteiligung der synodalen Fachausschüsse. Auch fehlende Einbeziehung außerkirchlicher Expertise in den Prozess sowie ein „Klein-Klein“ des Zwischenberichtes, der der kommenden Synode als Grundlage zur Weiterarbeit dienen soll, wurden bemängelt.

Hintergrund des Prozesses sind unter anderem prognostizierte Einbußen bei der Kirchensteuer sowie steigende Inflation, Preise und Personalkosten. Die Planungen der Landeskirche sehen Einsparungen der Ausgaben um 30 Prozent bis 2035 vor. Ihr Haushalt beläuft sich derzeit auf rund 740 Millionen Euro.“⁵¹

Auch der Bericht aus dem zentralen Landessynodalausschuss machte deutlich, wie sehr diese Landeskirche noch an präzisen Vorgaben, Zielbildern und an einem aufeinander abgestimmten Prozessablauf arbeiten muss und wie groß die Aufgabe für die „neue“ Synode sein wird. Immerhin ist dies offenkundig auch größtenteils angesprochen worden:

„Mit einem Appell zu Kirchenreformen hat am Dienstag die Herbstsynode der evangelischen Landeskirche Hannovers begonnen. „Unsere Kirche der Zukunft wird sich weiter verändern müssen, keine Frage“, sagte der neue Vorsitzende des zentralen Landessynodalausschusses (LSA), Ruben Grüssing, vor dem Kirchenparlament. „Sie wird beweglicher werden müssen, mutiger, schneller im Anpassen an die Welt um uns herum, ohne dabei ihre Mitte zu verlieren..... In seinem Bericht mahnte Grüssing insbesondere eine Stabilisierung der Finanz- und Verwaltungsstruktur sowie eine verlässliche Personalplanung an, damit kirchliche Stellen handlungsfähig blieben. Zudem betonte er, beim Handeln der Kirche müsse ihr Profil klar erkennbar bleiben.“⁵²

Hannover ist im Prozess im Moment noch deutlich hinter anderen Landeskirchen zurück.

An dieser Stelle noch eine Beobachtung. Die Landeskirche von Hannover ist die mitgliederstärkste Gliedkirche der EKD, aber in der Berichterstattung über die Synoden ist sie aus meiner Sicht unzureichend: kaum oder gar keine Liveübertragungen, Aktenstücke, die erst nach Monaten einsehbar sind, nur kurze Berichte über den Verlauf der Synode, kaum Originaldokumente, die man während der Synode mitlesen kann. Ich halte das alles nicht mehr für zeitgemäß. Hannover kann sich z.B. an Württemberg oder der EKHN orientieren, die vorbildlich informieren. So aber spiegelt sich für mich in dieser Art der Nicht-Berichterstattung auch ein Teil des Zukunftsprozesses dieser Landeskirche während Synodaltagungen wider: Verwirrend, unklar, kaum nachvollziehbar.

Die eigentliche Homepage zum Zukunftsprozess ist demgegenüber wesentlich besser.⁵³

⁵⁰ LU IX, Seite 35f

⁵¹ [Schlankere Kirche: Landessynode will Zukunftsprozess fortsetzen](#)

⁵² [Kirchensynode beginnt mit Aufruf zu Veränderungen](#)

⁵³ [Zukunftsprozess](#)

Es kam wie angekündigt. Mit der Herbstsynode hat sich die EKHN noch tiefer in ihre selbstgewählte Optimierungsfalle eingegraben.⁵⁴ Zum vierten Mal hat sie sich von der Kirchenleitung vorgelegte Zahlen über den Rückgang der Gemeindeglieder zu eigen gemacht, die zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung von der Realität schon überholt waren. Welche Konsequenzen solch ein Verhalten hat, konnte man an der Diskussion über die Finanzprognose sofort ablesen. Schon vor zwei Jahren hatte die Kirchenleitung Zahlen errechnet, wonach die 140 Mio. an Einsparvolumen bis 2030 wohl nicht ausreichen würden. Dennoch wollte man diese im Herbst 2023 schon vorliegenden Daten damals nicht zur Grundlage des weiteren Prozesses machen, sondern mit einer Neubewertung eben bis Herbst 2025 warten. Und nun erst führte an der Neuberechnung kein Weg mehr vorbei. Die Summe wurde bis 2030 um 30 Mio. hochgesetzt und erstmals ein natürlich noch höheres Einsparziel bis 2035 vorgelegt. Das Problem: Man hatte zwei Jahre lang Prozesse mit den alten Grundannahmen weiterlaufen lassen und deswegen z.B. Stellen ausgeschrieben und besetzt, die man eigentlich damals dringend hätte hinterfragen müssen. Es war ein merkwürdiger Moment in der Synode, als von Seiten der Kirchenleitung das Argument kam, man könne jetzt nicht auf noch höhere Annahmen gehen, weil man dann sogar zu Entlassungen kommen würde. Dass man sich selbst in diese Situation hineinmanövriert hat, wurde verschwiegen und gleich der nächste Stolperstein eingebaut, indem nun auch der weitere Prozess wieder auf Zahlen aufbaut, die von der Realität schon überholt sind.

Zur Optimierungsfalle gehören deswegen ständig neue Verschärfungen der Einsparziele, neue Kürzungen, neue Runden an Fusionen oder ähnlichem. Während andere Landeskirchen frühzeitig von der Annahme ausgegangen sind, dass man bis 2035 nur noch für 50% der Gebäude würde Kirchensteuermittel aufbringen können, hält die EKHN an ihrer Kürzung der Zuweisungen um nur 20% bis 2030 fest. Ein weiterer Horizont wurde hierzu noch gar nicht in den Blick genommen. In allen Nachbarschaftsräumen wird nun allein auf dieses Ziel hingearbeitet und die kirchliche Landschaft daraufhin neu geordnet, um dann – alsbald – gesagt zu bekommen, dass die 20% Kürzung viel zu wenig sei. Dann geht es sofort in die nächste Runde. Zudem macht gerade der Gebäudeprozess dort im Vergleich zu anderen Landeskirchen deutlich: Der Steuerungs-zentralismus und Dirigismus der Zentrale ist extrem stark ausgeprägt. In anderen Landeskirchen (z.B. Baden) haben die Kirchenkreise und Dekanate viel größere Gestaltungsspielräume, um über ihre Gebäude zu entscheiden. Es geht jeweils „nur“ darum, die Einsparerfordernisse zu erbringen, die allerdings von Anfang an über einen deutlich längeren Zeitraum bemessen waren und deren Grundannahmen sich nun im Gegensatz zur EKHN bestätigen.

Die Optimierungsfalle gilt vor allem auch für die Annahme über den Gemeindegliederrückgang in den Nachbarschaftsräumen. Schon Ende 2025 wird man die Prognosen über die Abnahme erreicht haben, die eigentlich erst 2030 eintreffen sollten. Das aber führt dazu, dass die Nachbarschaftsräume viel zu schnell kleiner und in vielen Fällen zu klein werden. Aber auch das wird noch nicht offen kommuniziert.

⁵⁴ Meine genauere Darstellung ist nach wie vor auf meiner Homepage mit gleichnamigem Titel abrufbar.

An der EKHN kann man gut ablesen, was passiert, wenn man nicht frühzeitig und weit genug in die Zukunft blickt und sich von dort her Perspektiven für den weiteren Weg der Landeskirche holt. Gerade weil die Abnahme der Gemeindegliederzahl dort schnell voranschreitet, ist davon auszugehen, dass die EKHN z.B. im Jahr 2035 nur noch 900.000 Mitglieder zählen wird. Daraus könnte man gut das Bild entwerfen, dass man dann nur noch maximal 15 statt 25 Dekanate mit je 60.000 Gemeindegliedern haben würde und dort vielleicht nur noch jeweils 4 Nachbarschaftsräume mit ca. 15.000 Gemeindegliedern, d.h. statt 159 Nachbarschaftsräume jetzt, dann nur noch 60. Der Vorteil eines solchen Bildes: Die jetzt alsbald zu installierenden Verwaltungsleitungen würden nicht aufgrund des Ist-Zustandes berechnet und mit Stellenanteilen gestückelt eingesetzt, sondern auf Zukunft hin auf diese Größenordnung mit ganzen Stellen (plus eventuell Verwaltungsleitungen für die dann nur noch maximal 15 Dekanate). Ein weiterer Vorteil: Es wird deutlich, dass man 2035 die Propsteiebene gar nicht mehr braucht, die Kirchenleitung neu zusammengesetzt wird, dabei z.B. auch die Rolle des Kirchensynodalvorstandes in der Kirchenleitung überdacht werden kann und vieles andere mehr. Leider ist aber vielmehr davon auszugehen, dass stattdessen weiter nur in kleinen Optimierungsschritten in die Zukunft gestolpert wird. Daran werden im Übrigen auch die strategischen Ziele nichts ändern, die man sich als EKHN nach Jahren eines schon laufenden Prozesses endlich gegeben hat. Es sind nämlich schlicht und einfach viel zu viele. Die Synode hat sich auf insgesamt über 30 im- und explizite Ziele, Schwerpunkte und strategische Ausrichtungen verständigt.⁵⁵ Schon jetzt sagt die Kirchenleitung selbst, dass man z.B. zur Umsetzung des Klimaschutzgesetzes nicht genügend Mittel zur Verfügung hat.⁵⁶ Die Landeskirche von Bayern hat ein ähnliches Problem übrigens dadurch gelöst, dass sie in einem zweiten Durchgang auf einer eigens einberufenen Zukunftskonferenz aller kirchenleitenden Organe aus über 70 Zielen eine Fokussierung auf 5 vorgenommen hat.

Interessant ist auch, wie die EKHN in dem Papier „Auf dem Weg zu einer neuen Gestalt des Pfarramts im Nachbarschaftsraum. Theologische Analysen und Impulse“ versucht, das Proprium des Pfarrberufs zu bestimmen. Während die EKKW insgesamt dabei ist, Ämter und Berufe zu profilieren und also die Dienstgemeinschaft als Ganzes in den Blick nimmt, heißt es in dem EKHN-Papier vor allem:

*„Statt durch eine spezifische Praxis mit einer generellen Aufgabenabgrenzung lässt sich der besondere Auftrag von Pfarrer*innen unter den neuen Bedingungen besser als eine besondere Verantwortung und Perspektive beschreiben: Pfarrer*innen sind Anwalt*innen eines größeren Zusammenhangs. Ihr Proprium besteht darin, im Kontext der Nachbarschaftsräume in besonderer Weise Verantwortung für das Ganze der Kirche und die Verantwortung für die theologische Gestalt der Kirche zu tragen.“⁵⁷*

Aus der Synode kam der Wunsch, dieses Papier mit Blick auf die anderen Berufsgruppen und das mehrheitlich ehrenamtlich besetzte Leitungsorgan im Nachbarschaftsraum zu erweitern und man darf gespannt sein, wie diese jeweils vor allem zu der „besonderen Verantwortung und Perspektive“ des Pfarramtes ins Verhältnis gesetzt werden. Gut wäre dabei auch, einen Blick auf das Leitungserprobungsgesetz der westfälischen Landeskirche⁵⁸ zu werfen, denn das reagiert nochmal ganz anders auf die Herausforderungen der Gegenwart und vor allem der Zukunft. Im Übrigen war auch die Perspektivkommission der EKHN 1989 (!!!) mit ihrem Verständnis einer Dienstgemeinschaft aus meiner Sicht in Teilen schon weiter als dieses jüngste Papier der EKHN.⁵⁹

⁵⁵ [56981.pdf](#), Seite 2ff

⁵⁶ Siehe Seite 36ff hier in LU X

⁵⁷ [60194.pdf](#)

⁵⁸ [UEberblick_zum_KGLEG.pdf](#), siehe auch hier Seite 33 zu Westfalen

⁵⁹ Vergl. Person und Institution. Arbeitsergebnisse und Empfehlungen der Perspektivkommission der EKHN, epv 2. Auflage 1992, vor allem Seite 175ff

Auf einer wunderbaren Seite informiert die Lippische Landeskirche umfassend über ihren Zukunftsprozess⁶⁰. Demnach geht es auch in dieser Landeskirche u.a. um Themen der Konsolidierung und der Stärkung der Regio-lokalen Kirchenentwicklung. Bei letzterem können sich Gemeinden auch auf neue Rechtsstrukturen verständigen und also auch hier die Anzahl der Körperschaften des öffentlichen Rechts verringern.⁶¹ Im Moment soll dies wohl als Möglichkeit nahegebracht, aber nicht verpflichtend sein. Innerhalb der letzten 10 Jahre ist die Zahl der Kirchengemeinden von 69 auf 65 zurückgegangen. Eine „Landkarte“, wie dies in 2035 sein könnte oder sollte, ist für mich noch nicht erkennbar. Was wird dann noch tragfähig sein? Welche Ressourcen gibt es dann tatsächlich noch?

Zwei weitere Teilaspekte möchte ich herausgreifen. Zum einen wird von der Einrichtung einer Transformationsagentur gesprochen, die aufgrund einer nachfolgend zuerst genannten spannenden Absichtserklärung dann folgende Aufgabe übernehmen soll:

„Zielbild aller Veränderung in der Lippischen Landeskirche ist es, eine lernende Kirche zu werden. Dabei geht es angesichts der Herausforderungen unserer Zeit um eine Haltung von kritischer Selbstreflexion, auf die Veränderungen im Handeln und in der Organisationsstruktur folgen. So wird Kirche zu einem relevanten Ort weiterzuentwickeln (sb: sein), an dem Menschen Erfahrungen von sinnhaftem, spirituellem Leben machen, Hilfestellung in Lebensfragen erfahren und die gesellschaftspolitische Dimension von Kirche erleben. Die bisherigen Schritte auf diesem Weg (Erprobungsräume, Zukunftsprozess) haben gezeigt, dass im Rahmen innerkirchlicher Transformation eine Stelle notwendig ist, die die Prozesse koordiniert. Außerdem braucht es inspirierende Impulse, um die vorhandenen Strukturen zu hinterfragen und festgefahrene Denkmuster aufzubrechen. Gleichzeitig ist eine Fokussierung auf wenige Prozesse notwendig, um effektiv Veränderung voranzubringen.“⁶²

Besonders aufschlussreich wird sein, wie weit diese Agentur nach vorne und ganz offen vordenken darf, denn Lippe muss davon ausgehen, dass es im Jahr 2035 kaum mehr als 100.000 Mitglieder haben wird. Umso überraschender ist für mich, dass nun alsbald ein Corporate Identity Prozess beginnen wird.⁶³ Spätestens dort müsste man aus meiner Sicht fragen, ob es wirklich klug ist, solch einen Prozess als einzelne und kleine Landeskirche „neben“ der rheinischen und der westfälischen Landeskirche zu unternehmen, oder man nicht gerade bei diesem Thema mutig Kräfte bündeln müsste.

Sehr positiv fällt bei der Homepage zum Zukunftsprozess auf, wie zahlreich hier von „Erprobung“, „Beteiligung“ und „Transformation“ die Rede ist. Es wird aus meiner Sicht umso spannender, ob in Zeiten deutlich zurückgehender Ressourcen dafür auch weiterhin personelle und finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung stehen, ohne dass man verbindlich in vielen anderen Bereichen wird erheblich einsparen müssen. Dazu sind sehr bald Konzepte und Vorlagen zu erwarten.

⁶⁰ [Zukunft der Kirche in Lippe |](#)

⁶¹ [Empfehlung_lokale-Kirchenentwicklung.pdf](#)

⁶² [Skizze_Serviceagentur_Transformation.pdf](#)

⁶³ [CI-Prozess – Wir brauchen euch! | Zukunft der Kirche in Lippe](#)


Auch die Landeskirche Schaumburg-Lippe hat einen Kirchenentwicklungsprozess aufgelegt. Auch hier stellt sich für mich die Frage, inwieweit allein die Ressourcenverknappung Treiber der Entwicklungen ist, damit also vor allem eine Optimierung im Vordergrund steht? Diese Landeskirche ist mit 43.000 Gemeindegliedern die zweitkleinste in der EKD und müsste sich nach meiner Meinung noch ganz andere Zukunftsfragen stellen. Die kleinste Landeskirche, Anhalt, geht jedenfalls noch wesentlich weiter in ihren Struktur- und Kirchenentwicklungsüberlegungen. In Schaumburg-Lippe heißt es u.a.:

„3. Der Kirchenentwicklungsprozess zielt darauf ab, eine lebendige vielfältige Kirche unter veränderten Rahmenbedingungen zu sein. Auf Grund der sich in den nächsten zehn Jahren stark verändernden Rahmenbedingungen, wie insbesondere dem weiter anhaltenden Rückgang der Gemeindegliederzahl, einem daraus resultierenden Rückgang der Finanzkraft der Landeskirche um jeweils etwa 30% und einem sich in allen kirchlichen Berufen verschärfenden Fachkräftemangel, beschließt die Landessynode, den bisherigen Kooperationsprozess zu verdichten, als Kirchenentwicklungsprozess fortzuführen und bis zum Jahr 2031 auszugestalten und umzusetzen.

4. Die Landessynode sieht es als erforderlich an, dass sich die Kirchengemeinden eines Kooperationsraumes bis zum Jahr 2031 jeweils zu einer rechtsverbindlichen Struktur mit eigener Rechtspersönlichkeit, insbesondere Gesamtkirchengemeinde, gegebenenfalls auch Kirchengemeindeverband, zusammenschließen. Dieses geschieht gleichermaßen zur Entlastung der bisherigen Kirchengemeinden und ihrer Organe in Bezug auf die stetig komplexer werdenden Verwaltungsaufgaben und zur gemeinsam verantworteten und gestalteten Konzeption und Umsetzung der Gemeindegemeinschaft. Es ist zu prüfen, ob und inwieweit die Kirchengemeinden innerhalb der Gesamtkirchengemeinde selbst Körperschaften des öffentlichen Rechts und / oder Körperschaften des Kirchenrechts bleiben. Die konkrete Ausgestaltung der Gesamtkirchengemeinden ist Kern des Kirchenentwicklungsprozesses. Ergebnis der gemeinsamen Beratungen soll ein verbindliches und klares Modell der Aufgabenverteilung und Entscheidungsfindung sein.

5. Um auch dort, wo sich die Menschen begegnen, weiterhin die Kommunikation des Evangeliums auf vielfältige Weise lebendig zu gestalten, bilden sich innerhalb einer neu zu bildenden Rechtsstruktur kirchliche Orte. Dieses werden zuvorderst die heutigen Kirchengemeinden sein. Es bilden sich aber auch neue Ausdrucks- und Gemeinschaftsformen.“⁶⁴

Verkürzt werden die Ziele so dargestellt:



Teamarbeit statt Vereinzelung

- flexible und gemeinsam verantwortete Arbeitsteilung
- eigene Ressourcen schonen, Arbeitsfähigkeit erhalten

Kirche bleibt nah am Menschen

- regionale statt stationäre Angebote in Wohnortnähe
- vielfältige Angebote und mehr Möglichkeiten im größeren Radius
- stärkerer Austausch unter Ehrenamtlichen

Entlastung auf allen Ebenen

- Landeskirche und Gemeindegemeinschaft übernehmen Verwaltungsaufgaben
- Freiräume für Kreativität und Spiritualität

65

⁶⁴ [TOP_9_2025_06_14_Kirchenentwicklungsprozess_Beschluss.pdf](#)

⁶⁵ [20250613_Synode_Präsentation_KEP2031](#), Folie 9,

das Kooperationsgesetz steht hier; [1120_Kooperationsgesetz_2022_07_02_ge_2025.pdf](#)

Der neue Finanzdezernent der Landeskirche hat auf der Frühjahrssynode die Notwendigkeit eines Sparkurses deutlich gemacht. In zwei Szenarien hat er den Synodalen mitgeteilt, dass bis 2035 kumuliert ein Defizit zwischen 77 Millionen (bei 30% Mitgliederverlust) und 94 Millionen (bei 40% Mitgliederverlust) zu erwarten ist. Bischof Thomas Adomeit hatte auf dieser Synode erklärt, dass „diese Prioritätensetzung zwei sich ergänzende, aber auch spannungsvolle Ziele verfolge. Zum einen ginge es darum, durch gezielte Einsparungen die finanzielle Zukunftsfähigkeit der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg zu sichern. Zum anderen sollen Ressourcen freigesetzt und bewusst reserviert werden, um neue, zukunftsweisende kirchliche Formen und Projekte zu ermöglichen.“⁶⁶

Auf der Herbstsynode hat das Projektteam „Zukunftsfähigkeit der Ev.Luth. Kirche in Oldenburg“ schließlich berichtet. Demnach wurde als Projektauftrag definiert:

„Erstellen eines Gesamtkonzeptes für die finanzielle und inhaltliche Zukunftsfähigkeit der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg als Entscheidungsvorlage für die 50. Synode“, mit den beiden Aufträgen:

- 1. Inhaltliche Überprüfung und Neuaufstellung der Aufgaben auf der Basis der Prioritäten*
- 2. Aufsetzen eines Innovationsprozesses zur Identifikation von innovativen Projekten, Kooperationsmöglichkeiten und abzubauenen Parallelstrukturen.“*⁶⁷

Die Synode bestätigte diesen Auftrag und gab der im Jahr 2026 neu zusammentretenden Synode mit auf den Weg, im Herbst 2026 „ein Gesamtkonzept zur finanziellen und inhaltlichen Zukunftsfähigkeit der ELKiO“ zu beschließen.⁶⁸

Im Vergleich zu anderen Landeskirchen kommt in dieser Aufgabenstellung eine umfassende Transformation nur sehr vage zum Ausdruck und man wird abwarten, ob diese Kirche sowohl den selbst vorgegebenen Zeitplan wird einhalten können und ob der Auftrag den Veränderungsdynamiken und Herausforderungen in Kirche und Gesellschaft tatsächlich ausreichend gerecht wird. Zudem sind für mich die langfristigen Perspektiven noch nicht im Blick. Oldenburg hat im Jahr 2035 möglicherweise nur noch maximal 250.000 Gemeindeglieder. Was heißt diese Aussicht für das Handeln jetzt, auf was bereitet man sich vor? Gerade die Fortentwicklung der Konföderation in Niedersachsen mit insgesamt 5 Landeskirchen zurzeit müsste doch ganz oben auf der Prozessliste stehen.

Sehr positiv hervorzuheben ist die Klarheit, die in 2025 über die Entwicklung der Finanzkraft gegeben worden ist. Das ist nach wie vor nicht in allen Landeskirchen so gegeben. Die Rahmenbedingungen in Oldenburg sind damit gut geklärt, die Annahmen verlässlich.

⁶⁶ [Synode der oldenburgischen Kirche setzt sich mit sexualisierter Gewalt auseinander - Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg](#)

⁶⁷ [12. Tagung der 49. Synode, Freitag - Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg](#)

⁶⁸ Ebenda

Die Bremische Evangelische Kirche hat seit dem 1.1.2025 eine neue Verfassung in Kraft, deren Erarbeitung über ein Jahrzehnt gedauert hat.⁶⁹ Seitdem hat diese Kirche an ihrer Spitze einen „Kirchenpräsidenten“ und keinen „Schriftführer“ mehr. Die Schwierigkeiten, in der sich auch diese Landeskirche befindet, werden deutlich, wenn man Äußerungen von Anfang 2025 mit denen von der Herbsttagung im November 2025 vergleicht. Sie stehen stellvertretend für die Herausforderungen, mit denen alle Landeskirchen zu tun haben. Das betrifft vor allem den Mitgliederverlust, der in Städten aber besonders hoch ist und in Bremen für das Jahr 2024 bei fast 4% gegenüber 2023 lag.⁷⁰ Zu Beginn des Jahres hieß es deswegen:

„Der Kirchentag habe mit Kürzungsbeschlüssen und einer Gebäudestrategie auf diese Entwicklung reagiert. Der Gebäudebestand soll bis 2030 um 30 Prozent reduziert werden, Ausgabenkürzungen um 30 Prozent bis 2030 sind ebenfalls beschlossen. „Entschlossen und mutig haben Gemeinden in Kooperationen und in Fusionsprozessen an einer gemeinsamen Perspektive für ihren Stadtteil gebaut“, lobte Kuschnerus die Bereitschaft, sich den Herausforderungen durch die Mitgliederentwicklung zu stellen: „Wir müssen uns anstrengen, um handlungsfähig zu bleiben. Zugleich wäre es falsch, den Kopf zu verlieren. Kirchentag, Kirchengemeindeführung und Kirchenverwaltung tragen gemeinsam dazu bei, dass die Bremische Evangelische Kirche auch in schwierigen Zeiten den ihr gegebenen Auftrag möglichst gut erfüllen kann.“⁷¹

Im November 2025 war aber klar, dass die Kürzungen und Sparmaßnahmen in Höhe von 30% bis 2030 nicht ausreichen werden, denn der Mitgliederverlust sei höher als bislang angenommen (wie überall) und man müsse davon ausgehen, dass man schon in 10 Jahren unter die Marke von 100.000 Gemeindegliedern sinken werde. Zudem tue sich bei den Pensionsrückstellungen eine Lücke auf.⁷² Von daher hieß es dann:

“Insgesamt ist die Notwendigkeit schmerzhafter (Spar-)Maßnahmen weiterhin sehr offensichtlich, die bisherigen Maßnahmen reichen dafür nicht aus. In den nächsten vier Jahren (2024-2030) müssen elementare Weichen für die Zukunft gestellt werden, um den Haushalt auf ein stabiles, ausgeglichenes Niveau zu bringen”,⁷³

Man darf gespannt sein, ob und wie es dieser Landeskirche gelingt eine Perspektive zu eröffnen, die nicht nur aus neuen Kürzungs- und Optimierungsrunden besteht. Das gilt umso mehr, weil davon auszugehen ist, dass der Rückgang der Gemeindeglieder in einer Stadt wie Bremen weiter über dem Durchschnitt der EKD Gliedkirchen sein wird. Was es aber heißt, im Jahr 2035 wahrscheinlich keine 100.000 Gemeindeglieder zählen zu können, das bleibt bislang völlig offen. Hier würde ich mir wünschen, dass offener und weiter gedacht wird, denn sonst wird man über immer weitergehende Optimierungen in der bisherigen Struktur nicht hinauskommen.

⁶⁹ [Bremische Evangelische Kirche bekommt neue Verfassung](#)

⁷⁰ Vergl. LU IX, Seite 8. Die Bremer Landeskirche steht neben Anhalt an der Spitze des Rückgangs

⁷¹ ["Bremische Evangelische Kirche bleibt eine wichtige Stimme in der Stadt"](#)

⁷² Siehe: [Bremische Evangelische Kirche beschließt Haushalt für 2026 - buten un binnen](#)

⁷³ [Kirchenparlament tritt am 26./27. November zusammen](#)



Im Jahr 2025 steht die Evangelische-Reformierte Kirche vor den gleichen Herausforderungen wie alle anderen Gliedkirchen der EKD. So hieß es auf der Synode u.a.:

„Zum wiederholten Mal warnte Vizepräsident Johr vor den finanziellen Risiken des Mitgliederverlusts. Im Jahr 2025 habe sich die Zahl der Kirchenmitglieder weiter verringert. Ende September 2025 lag die Zahl bei 147.000 Mitgliedern. Dies seien fast 4.000 Personen weniger als im Vorjahr. Noch habe die Evangelisch-reformierte Kirche im EKD-Vergleich einen deutlich unterdurchschnittlichen Mitgliederrückgang. Die Zahlen der letzten Jahre zeigten jedoch, dass auch die Evangelisch-reformierte Kirche sich auf diese Durchschnittswerte zubewege. Johr prognostizierte für 2041 eine Mitgliederzahl zwischen 90.000 und 95.000 Personen. Natürlich habe dies Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung.“⁷⁴

Die Finanzkraft dieser Landeskirche ist aber im Moment durchaus noch in Ordnung. Im Vordergrund jetzt steht aufgrund der zurückgehenden Mitgliederzahlen vor allem die Frage nach der strukturellen Verteilung der Pfarrstellen, um eine stärkere Kooperation von Kirchengemeinden und um die Bildung von größeren Einheiten für den Einsatz der Hauptberuflichen. Inhaltlich geht es offenbar um eine stärkere Ausrichtung der Hauptamtlichen auf die Unterstützung der Ehrenamtlichen. So heißt es u.a.:

„Die Synode habe bereits mit dem begonnenen Strukturprozess die Grundlagen dafür gelegt, dass Kirchengemeinden stärker kooperieren oder sich leichter zusammenschließen können. In diesen größeren Einheiten sei dann auch die Beschäftigung von hauptberuflichen Kräften möglich. Mit dem Ämtergesetz werde nun ein Rahmen formuliert, wie multiprofessionelle Teams in zukünftig größeren Einheiten zum Einsatz kommen können.

Dieses Ämtergesetz fußt nach Angaben von Johr auf der Ämterlehre, die durch den Reformator Johannes Calvin in Genf geschaffen worden war. In heutige Situation übersetzt bedeute dies, dass Hauptamtliche mit unterschiedlichen Qualifikationen die Ehrenamtlichen stärken...

Die Gesamtsynode beschloss am Freitagvormittag, dass das Moderamen die Planung für ein Ämtergesetz fortführen und einen Beratungsprozess darüber beginnen soll. Im Frühjahr 2026 solle über den Zwischenstand berichtet werden, um im Herbst das Gesetz zu beschließen.“⁷⁵

Damit wird deutlich, dass im Jahr 2026 bedeutsame Entscheidungen anstehen. Für mich ist unklar, ob hiermit eine Transformationstiefe erreicht wird oder doch vor allem Optimierungen erzielt werden sollen, ob sich also Kultur, Struktur und Leitung dieser Kirche verändern werden, oder so lange wie möglich an der bisherigen Struktur und Kultur festgehalten wird. Die Grundüberzeugung und zugleich die Hauptaufgabe wird wie folgt beschrieben:

„Für uns als kleine Gliedkirche der EKD besteht ein wesentlicher Vorteil in einer flachen Hierarchie und schlanken Verwaltungsstrukturen. Wandel kann somit schnell gelingen. Innerhalb eines Jahres ist es gelungen, wesentliche gesetzliche Grundlagen für einen zukunftsgerichteten Wandel unserer Kirche zu erarbeiten. Es wird in den kommenden Jahren wichtig sein, dass wir auf allen Ebenen Strukturen schaffen, die eine zukunftsgerichtete inhaltliche Arbeit der Kirchengemeinden unterstützen und fördern. Daran werden wir in den kommenden Jahren arbeiten müssen.“⁷⁶

⁷⁴ [Frühjahrssynode 2025 - Zweiter Tag - Evangelisch-reformierte Kirche](#)

⁷⁵ [Herbstsynode 2025 - Evangelisch-reformierte Kirche](#)

⁷⁶ [2024-11-19Finanzbericht 2025.pdf](#)

Landesbischof Kramer hat den Ton vorgegeben. In seinem Bischofsbericht vor der Herbstsynode der Mitteldeutschen Kirche hat er das Wort „Transformation“ auf elf Seiten insgesamt neunmal in den Mund genommen. Zwei markante Stellen seiner Rede möchte ich zitieren:

„Wir haben in den letzten Jahren von Reformen gesprochen, von Umbau, auch von Rückbau, aber all das scheint nicht mehr hinreichend zu beschreiben, in welchen Fahrwassern wir uns befinden. Einige fragen sich, ob unsere mühsam und in einem für alle Beteiligten kräftezehrenden Prozess vorangetriebenen Strukturreformen der Kirchenkreise, die jetzt zum neuen Jahr nach und nach in Kraft treten werden, sich schon jetzt als in manchen Fällen zu kurz gesprungen herausstellen und wir nicht mutig genug gewesen sind. Das Tempo der Veränderungen ist höher als unsere Veränderungsbereitschaft. Aber wir alle müssen die Veränderungen, den Wandel gestalten und darin das bewahren, was unser Kern ist.“⁷⁷

„In der aktuellen Transformation geht es nicht um das Bewahren oder Verändern von Aufgaben oder Grenzen, es geht auch nicht um Befugnisse kirchlicher Ebenen oder um die Frage nach dem Verhältnis und dem Einfluss von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. In dieser grundlegenden Transformation geht es um den Kern des Auftrags der Kirche. Wie kann dieser Auftrag in einer sich verändernden Welt so wahrgenommen werden, dass die befreiende und tröstende Kraft des Glaubens die Menschen erreichen kann? Die Kirche ist in keinem Fall und nirgendwo Selbstzweck und nur für sich selbst da. Es geht um die Mitte, um den Grund, um das Warum. Kirche ist immer bestimmt durch ihren Auftrag: Gottes Wort von der Liebe und von der Befreiung kommt zu den Menschen in Wort und Tat, damit Menschen gut leben und getröstet sterben können. Und es gilt von der Hoffnung zu zeugen, die in uns ist.“⁷⁸

Bekräftigt werden seine Ausführungen durch den Bericht zum neuen Haushalt der EKM. Dort ist u.a. zu lesen:

„Wie hier in der ersten Zeile zu sehen (Bild 3), rechnen wir mit einem drastischen Sinken der gesamten Kirchensteuer von 124,5 Mio. Euro im Plan 2025 auf 114,6 Mio. Euro im Plan 2026. Das sind ungefähr 8 Prozent weniger - das gab es noch nie.

Bislang konnten die durch Mitgliederrückgang fehlenden Steuern durch eine Einkommenssteigerung der verbleibenden Mitglieder nominal kompensiert werden. Unsere Kaufkraft sinkt aber bereits seit Jahren; im Vergleich zu 2023 liegen wir aktuell bei 89 Prozent.

Wir erreichen also im Jahr 2026 auch den nominalen „Steuerkipppunkt“.“⁷⁹

Und wenn man dann noch diesen Bericht dazu nimmt, [EKM sucht Nutzungsideen für tausende Kirchen | evangelisch.de](#), dann darf man gespannt sein, wie die EKM diese Herausforderungen angeht. Sicher werden dann auch die Erkenntnisse aus den Erprobungsräumen der EKM in die weitere Gestalt dieser Kirche einfließen⁸⁰, denn verschiedene Formen von Erprobungen hat diese Landeskirche früher (seit 2015) und deutlicher als andere Landeskirche möglich gemacht und wichtige Erfahrungen gemacht. Trotz vieler Prozesse in der Vergangenheit und Gegenwart steht aber auch diese Kirche nun vor der Aufgabe, sich der Transformation ganz neu und anders zu stellen.

⁷⁷ [ds-02-1-bericht-des-landesbischofs-zur-herbstsynode-2025.pdf](#), Seite 4

⁷⁸ Ebenda, Seite 6

⁷⁹ Im Finanzbericht zum Haushalt nachlesbar [Evangelische Kirche in Mitteldeutschland \(EKM\) | Tagungen | 10. Tagung der III. Landessynode vom 19. bis 21. November 2025 in Erfurt](#), Seite 5

⁸⁰ [Wer wir sind | Erprobungsräume](#)



Wie alle ostdeutschen Landeskirchen hat auch die EKBO viele Reformprozesse durchlebt⁸¹ nachdem sie sich 2004 überhaupt erst zu einer Landeskirche zusammengetan hat. Das 2021 nach vielen Diskussionen verabschiedete „Mindestmitgliedergesetz“ betraf 642 Gemeinden mit 300 oder weniger Gemeindegliedern von insgesamt 1.135 Gemeinden in der EKBO⁸² und hat schnell zu einer deutlichen Verringerung der Anzahl an Kirchengemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts geführt. Und auch auf der Ebene der Kirchenkreise gab es seit der Gründung dieser Landeskirche ständig Veränderungen durch Zusammenschlüsse. So gab es zu Beginn 40 Kirchenkreise, 2025 noch 25 und zum 1.1.26 ist eine Fusion von drei Kirchenkreisen zum neuen Kirchenkreis Havelland vollzogen.⁸³

Auch in Sachen Kirchenentwicklung und Innovationsförderung hat die EKBO mit ihren „Dritten Orten“ seit 2020 einen Schwerpunkt gesetzt. Dazu heißt es:

„Mit dritten Orten werden Angebote bezeichnet, die die kirchliche Arbeit der Kirchengemeinden als parochialer Verbund (= erste Orte) sowie Einrichtungen, Werke und funktionale Dienste (= zweite Orte) ergänzen.

Dritte Orte liegen quer zu Formen von Gemeinde – oft sind sie sogar institutionskritisch. Sie sind Innovationsräume kirchlichen Lebens, die probenhalber Antworten auf Herausforderungen bei der Erfüllung des kirchlichen Auftrags entwickeln. Dabei lernen sie von Kritik und aus Niederlagen.“⁸⁴

Gegenüber ihren östlichen Nachbarkirchen, nämlich der EKM und der Landeskirchen von Sachsen und Anhalt ist auffallend, dass die EKBO offenbar derzeit nicht akut unter einem Spardruck steht. Im Vergleich der ostdeutschen Landeskirchen steht die EKBO mit einem wesentlich höheren Pro-Kopf-Kirchensteueraufkommen auch relativ gut da.⁸⁵ Das mag erklären, warum es dort im Gegensatz zu Sachsen und Anhalt (noch) keinen umfassenden Zukunftsprozess gibt, der sich auch mit der Frage auseinandersetzt, wie sehr unter geänderten Finanzbedingungen und weiterer Ressourcenverknappung diese Landeskirche z.B. im Jahr 2035 aussehen könnte. Es ist jedenfalls gerade im Jahr 2025 auffallend gewesen, dass in Sachsen, Anhalt und zuletzt auch im Bischofsbericht in der EKM ganz stark von dieser Ressourcenverknappung, aber eben auch von der Notwendigkeit gesprochen wurde, sich den Fragen nach dem Auftrag der Kirche und dessen Umsetzung neu zu stellen.

Ganz klar ist, dass die EKBO mit einem Rückgang ihrer Gemeindeglieder im Jahr 2024 zum Jahr 2023 in Höhe von 3,7% von dieser Seite besonders unter Druck steht⁸⁶ und von daher stellen sich vergleichbare Zukunftsfragen wie überall und man darf gespannt sein, wie diese Kirche mit ihrem reichen Schatz an Veränderungserfahrungen diese angehen wird.

⁸¹ Hier ein guter Überblick für die Zeit von 2207-2017: [Portrait_Reformprozess_1_.pdf](#),

⁸² [News-Detail | Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz](#)

⁸³ [Kirchenkreise der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz – Wikipedia](#)

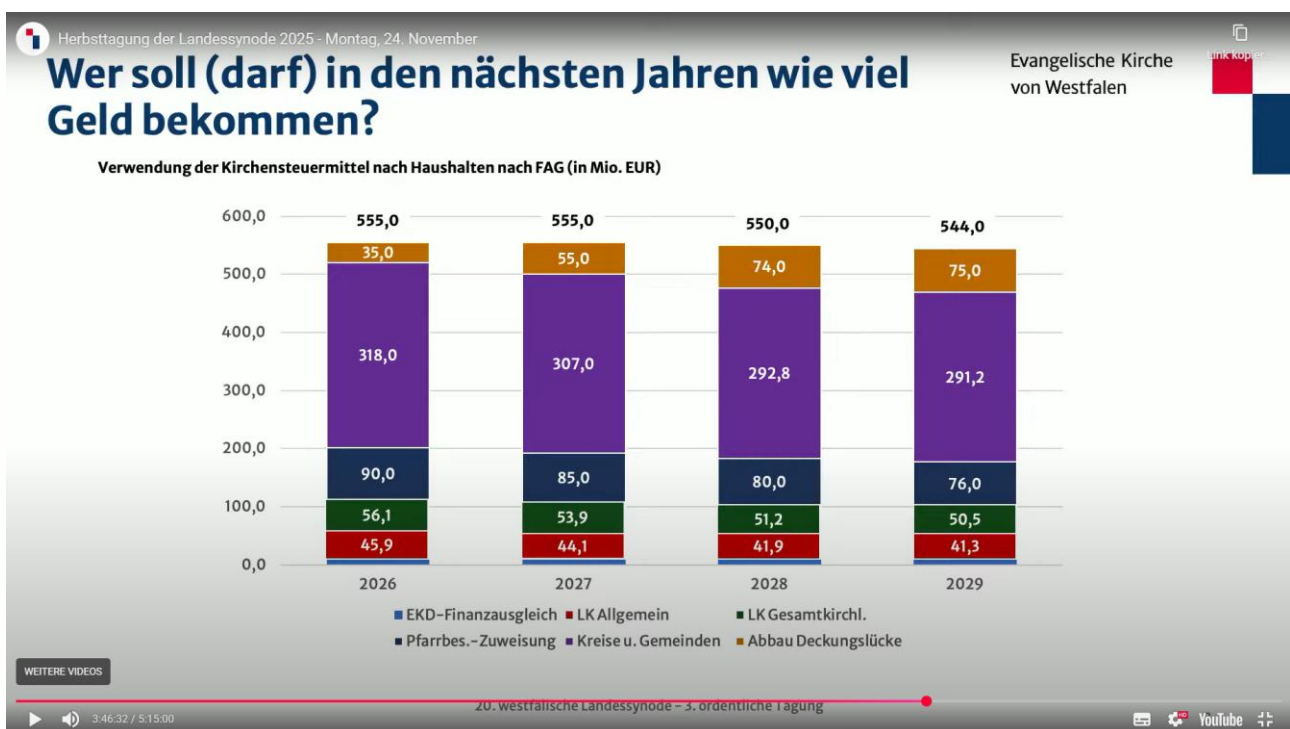
⁸⁴ [Dritte Orte – Innovationsräume kirchlichen Lebens – Amt für kirchliche Dienste \(AKD\)](#)

⁸⁵ Vergl. LU IX, Seite 9

⁸⁶ Vergl. Ebenda, Seite 8



Im Jahr 2025 hat sich die westfälische Landeskirche personell neu aufgestellt. Im Frühjahr erfolgte die Wahl von Adelheid Ruck-Schröder zur Präses und nun im Herbst mit Susanne Falcke die Wahl zur Theologischen Vizepräsidentin. Die Herausforderungen aber sind groß, denn gerade in Sachen Haushaltskonsolidierung wartet eine Baustelle, die diese Landeskirche noch über Jahre beschäftigen wird. Immerhin ist mit Ralf Henning Krause seit Frühjahr 2025 ein Ökonom in hauptamtlicher Kirchenleitungsfunktion tätig und übernimmt die Aufgabe des Finanzdezernenten und vor allem eben die Aufgabe, den Haushalt wieder auf guten und verlässlichen Boden zu stellen. Aus seinem Bericht greife ich nur eine gezeigte Folie heraus, die eine zu schließende Deckungslücke für das Jahr 2029 mit 75 Millionen Euro bei einem Kirchensteueraufkommen von vermuteten 544 Millionen Euro aufweist.⁸⁷



Für mich besonders eindrücklich war die Andacht des scheidenden Theologischen Vizepräsidenten Ulf Schlüter am letzten Tag der Herbsttagung. Wer verantwortlich geistlich-theologisch über Transformation reden möchte, dem sei sie sehr, sehr empfohlen: So kann man das machen.⁸⁸

Erfreulich ist, dass das „Kirchenleitungserprobungsgesetz“⁸⁹ Anklang findet. Bis zu 10% der Gemeinden können sich statt dem Presbyterium eine „Gemeindeleitung“ geben, der z.B. keine Pfarrer:innen und auch keine anderen Hauptamtlichen mehr angehören müssen (!). Das Gesetz erhöht Freiheitsgrade und die Möglichkeiten der Zusammensetzung und kann durchaus auch für andere Landeskirchen Vorbild sein. Umso wichtiger ist, dass es nun die ersten Kirchengemeinden gibt, die damit in die Erprobung gehen wollen. Eine Beschäftigung mit dem Gesetz lohnt sich in jedem Fall für alle.

⁸⁷ Sein sehenswerter Bericht ist hier ab 3h 43min zu finden: [Herbsttagung der Landessynode 2025 - Montag, 24. November](#)

⁸⁸ Ab Minute 9:40 bis Minute 20 hier zu finden: [Herbsttagung der Landessynode 2025 - Mittwoch, 26. November](#)

⁸⁹ [UEberblick zum KGLEG.pdf](#)

Die Landeskirchen untereinander in der Optimierungslogik

Zunächst verlief die Fragestunde zum Thema Kooperationen bis hin zu Fusionen zwischen Landeskirchen auf der letzten EKD-Synode in erwartbaren Antworten von Bischof Christian Stäblein, der im Namen des Rats der EKD sprach. Vor dem Hintergrund der bekannten Herausforderungen vor allem bei der Verknappung von Ressourcen wurde dargelegt, welche Entwicklungen es vor allem auch in der Kirchenkonferenz im Jahr 2025 gegeben hat. Stäblein zitierte dabei aus der schriftlichen Antwort des Rats, in der es zu den inzwischen vielfältigen Kooperations- und Synergiebemühungen der Gliedkirchen u.a. heißt:

*„Derzeit jedoch erscheinen angesichts dieser zu erwartenden Entwicklung manche Initiativen und Überlegungen zu zögerlich oder auch zu langsam, so dass auch mit Abbrüchen zu rechnen ist. Allseitige und langwierige Sondierungsprozesse unter den Gliedkirchen mit einer geringen Prozessverbindlichkeit, wie diese in der Vergangenheit zuweilen möglich waren, werden zukünftig eher nicht mehr bzw. nicht rechtzeitig zum Ziel führen. Es gilt deshalb, kirchliche Akteur*innen zu ermutigen, auch im laufenden System strukturell in nicht zu kleinen Schritten Innovation zu wagen, mit einem hohen Maß an Kooperationsbereitschaft und Fehlerfreundlichkeit.“⁹⁰*

Aus meiner Sicht sehr problematisch wurde es dann bei seinen frei formulierten Antworten auf spontane Nachfragen. Angesprochen auf die Möglichkeit, dass man heute als Leitung zu zögerlich bezüglich Fusionen sei, weil in „Kirche der Freiheit“ zu früh und zu vollmundig über eine Verringerung der Zahl der Landeskirchen bis 2030 auf nur noch acht gedrungen wurde, antwortete Christian Stäblein:

„Also zu Frage 1, lieber Herr Streng, ja, Sie gehen recht in der Annahme. Und das, was Sie dann hinterher gesagt haben, kann ich nur unterstreichen. Und während Sie geredet haben, habe ich so zwischendurch an die Bemerkung des früheren Innenministers gedacht und mehr Informationen an dieser Stelle könnten diese Synode beunruhigen.“

Nein, weil es natürlich ganz im Ernst sehr viele Gespräche und Prozesse dazu gibt. Das ist im Grunde auch schon die sehr ernste Antwort auf Frage 3.: Es gibt sehr, sehr viele Prozesse dazu im Detail und auch mehr als nur im Detail, und wenn ich die jetzt hier abgesprochen oder unabgesprochen als Antwort im Namen des Rates der EKD alle wunderbar in die Öffentlichkeit bringe, dann riskiere ich eher diese Gespräche, als dass ich sie befördere.“

Das muss man doch in aller Ehrlichkeit so sagen und deswegen, glaube ich, herrscht auch eine gewisse Heiterkeit, weil hier sehr viele Menschen sitzen, die sehr viel mehr wissen, als ich jetzt gerade sage, aber die mit mir ganz zornig wären, wenn ich das hier alles erzähle.“⁹¹

In einer Synode, die einen Beitrag zu einem machtsensiblen Umgang in der Kirche leisten wollte, wurde den Synodalen hier also gesagt, dass es eigentlich viel mehr zu sagen geben würde, aber Gespräche würden hinter verschlossenen Türen von ganz wenigen geführt werden und die dürften nicht in die Öffentlichkeit dringen. Als Vergleich ist dem Bischof dabei eingefallen, dass ein ehemaliger Bundesinnenminister über die bestehende Terrorgefahr im Jahr 2015 lieber auch nicht informieren wollte, um keine Beunruhigung in der Bevölkerung auszulösen. Was soll man mit so einer Aussage anfangen? Verhandeln die Mitglieder der Kirchenkonferenz wie Landesfürsten in Geheimgesprächen untereinander Landeskirchengrenzen oder auch „nur“ wesentliche Synergien und Kooperationen? Ist dieses Maß an „man darf darüber aber nicht in der Synode reden“ ein Verhalten, das man sich in der evangelischen Kirche wünschen kann? Was wird hier eigentlich Mitgliedern der EKD und der Landessynoden als höchsten Entscheidungsorganen zugetraut? Ein gelungener Beitrag zum Thema

⁹⁰ [Fragestunde - Fragen von Jonathan Mylius](#), Seite 2

⁹¹ Eigenes Transskript der Video-Aufzeichnung

„Umgang mit Macht“ in der evangelischen Kirche war das sicher nicht. Das Thema aber bleibt: Wie steht es um die Zukunft der Landeskirchen und wer redet hier eigentlich mit wem in wessen Auftrag über was?

Ich habe in Landeskirchen unterwegs IX davon berichtet, dass die Pfälzer Landeskirche in ihrem Eckpunktepapier die Kirchenleitung ausdrücklich zu Gesprächen bis hin zu möglichen Fusionsüberlegungen ermutigt hat⁹².

Bischöfin Hoffmann von der EKKW hat in einem Interview die Zahl von 20 Landeskirchen zwischenzeitlich in Frage gestellt⁹³ und die Synodalpräsidentin der württembergischen Landeskirche, Sabine Foth, hat ihrerseits in einem Interview als Fernziel eine Fusion mit Baden benannt.⁹⁴ Im Dezember schließlich hat die badische Landesbischöfin, Heike Springhart, dafür plädiert, „langfristig bei Kirchenfusionen über größere Regionen nachzudenken.“⁹⁵ Und die Präses aus Westfalen hat in ihrem Grußwort vor der rheinischen Synode gerade nochmal das Stichwort vom „stellvertretenden Handeln“ der Landeskirchen stark gemacht. Eine Landeskirche, das ist gemeint, solle stellvertretend für andere Aufgaben übernehmen. Eine Vielzahl an Absprachen auf dieser Basis würde dann zu erheblichen Entlastungen (und Einsparungen) führen, was sicher richtig ist. Im Bericht des Rates vor der Synode ist von folgenden Aktivitäten zwischen den Landeskirchen die Rede:

„Als konkrete Modelle des Zusammenwirkens unterhalb der Fusion zeichnen sich aktuell ab: Das stellvertretende Handeln einzelner Kirchen für alle oder mehrere (die sog. „Koalition der Willigen“), die gemeinsame Delegation von Aufgaben an Einrichtungen/ Kompetenzzentren, sowie Formen des Zusammenwirkens, die sich thematisch jenseits der Planung der Landeskirchen ergeben (sog. „Graswurzelbewegungen“).“⁹⁶

An dieser Stelle kann man aber gut den Unterschied zwischen „nur optimieren“ und „schon transformieren“ deutlich machen. Auch auf der Ebene von Gemeinden war lange Zeit die Rede davon, dass man vor Ort nicht mehr alles (allein) machen müsse. Man solle, so war und ist dann die Empfehlung, sich in Absprachen mit anderen profilieren und für sich dann Schwerpunkte bilden. Ähnliche Optimierungen könnten auch beim Stichwort „stellvertretendes Handeln“ erfolgen. Das ist sicher zu begrüßen, aber mehr als Optimierungen in der bestehenden Struktur sind das nicht. Und wie bei den Kirchengemeinden auch, wird man schnell merken, dass man als Landeskirche eben doch für ein Vollprogramm an den Start gegangen ist und Abstriche davon immer nur mühsam einander abgerungen werden. Man folgt mit diesen Empfehlungen dem Muster, das man lange Zeit an Gemeinden weitergegeben hat. Das hat seine Berechtigung, aber vor allem auch seine Begrenzung.

Ganz anders wäre es, wenn die Leitungen, vor allem der Rat der EKD und die Kirchenkonferenz, anfangen würden, sich wirklich einmal nahegehen zu lassen, wie die Lage der Evangelischen Kirche im Jahr 2035 und 2040 aussehen wird. Auch in 2025, so ist zu befürchten, wird die Evangelische Kirche wieder einen Rückgang ihrer Mitglieder um mehr als 500.000 Personen festzustellen haben. Der Druck aufgrund der verminderten Taufzahlen, der Demographie und der Austritte lässt insgesamt nicht nach. 2040, von diesem Zielbild muss man ausgehen, hat die Evangelische Kirche nur noch 10,5 Millionen Mitglieder, wenn es nicht noch schlimmer kommt. Zur Transformation kommt man nur, wenn man sich diese Zukunft ehrlich vor Augen hält, immer wieder. Dann erst merkt man, dass an sich sinnvolle Optimierungen in der bestehenden Struktur bestenfalls die Problemlagen und die Drucksituation etwas abmildern können, mehr aber auch nicht. Und ja, dann kann man Fusionen zwischen einzelnen Landeskirchen so ins Auge fassen, wie man als Kirchenleitungen Fusionen zwischen Gemeinden und

⁹² LU IX, Seite

⁹³ [Kann es weiter 20 Landeskirchen geben? | evangelisch.de](#)

⁹⁴ [Evangelische Landeskirchen in BW: "Fernziel" Fusion? - SWR Aktuell](#)

⁹⁵ [Springhart: Kirchenfusionen größer denken | evangelisch.de](#)

⁹⁶ [Fragestunde - Fragen von Jonathan Mylius, Seite 3](#)

Dekanaten auf den Weg bringt und sich langsam in den Bereich der Transformation mit einer Veränderung von Struktur, Kultur und Leitung vortasten.

Viel sinnvoller wäre es aber, wenn man nicht nur in die Zukunft schaut, sondern für diese Zukunft gemeinsam als Leitungsorgane auf der EKD-Ebene Szenarien entwirft und zwar jetzt.

Konkret gesprochen: Aus meiner Sicht sollten im Jahr 2026 in Vorbereitung der EKD-Synode im Herbst Zielbilder für das Jahr 2035 für möglichst viele Tätigkeiten und Fachgebiete bzw. Einrichtungen entworfen werden. Es geht dabei um gemeinsam entworfene Landkarten: Welche Zentren gibt es dann noch wo und für welche Handlungsfelder (Gottesdienst, Seelsorge...)? Wie sieht dann die Landschaft der Akademien, Aus- und Fortbildungen, der Organisationsberatung und Supervision, der Unterstützung für Ehrenamtliche aus usw.? Aber eben vor allem auch: Wo sitzen die Zentren für Digitalisierung und KI, wo die „Zentralen Gehaltsabrechnungsstellen“, wo die Kita-Dienstleistungszentren, wie und wo kann man Fragen der Juristerei bündeln? Meine Behauptung ist, dass man auf diese Weise, mit diesem Sprung in die Zukunft merken würde, dass man letztlich dann auch viele von den Landeskirchenämtern nicht mehr brauchen würde, Grenzen von Landeskirchen würden weniger wichtig und schließlich gar nicht mehr gebraucht werden.

Voraussetzung wäre, dass ab sofort nichts mehr nur allein für eine Landeskirche gedacht und unternommen (und gemacht) wird, sondern sofort und unbedingt von diesen gemeinsam erarbeiteten Landkarten her gedacht wird. Gerade an der schnell abnehmenden Finanzkraft der Pfälzer Landeskirche kann man sehen, was passiert, wenn man auch diesen letzten Gedanken, nämlich als Landeskirche mit anderen ein neues Gebilde zu schaffen, zu lange hinauszögert: Selbst wenn dort alle Einsparungen mit all diesen radikalen Einschnitten wirtschaftlich den gewünschten Erfolg bringen, bleibt noch eine Deckungslücke zu dem erforderlichen Einsparziel. Auch wenn das alles eine weitere Belastung bedeutet, sie den Verantwortlichen in den dreißiger Jahren aufzubürden darf keine Lösung sein, denn dann werden die Ressourcen nochmal deutlich geringer sein als heute. Was muten wir jetzt mit einem Hinausschieben diesen Leuten zu?

Klimaschutz der Landeskirchen zwischen Anspruch und Realität

Oliver Foltin von der FEST⁹⁷ in Heidelberg und Leiter der Fachstelle Umwelt und Klimaschutz der EKD ist zuversichtlich. In einem Interview sollte er seine Meinung dazu auf einer Skala von 0 bis 10 ausdrücken und sagte:

„Meine Zuversicht liegt bei acht. Unsicherheiten gibt es natürlich immer, das ist klar. Aber aktuell überwiegt mir der Elan, das, was jetzt an Zahlen und Daten zusammengestellt worden ist, auch in der Fläche mit Maßnahmen umzusetzen. Da bin ich wirklich sehr zuversichtlich. Wenn man da schaut, was in der Fläche passiert, macht mir das sehr viel Mut.“⁹⁸

Ich selbst kann diese Zuversicht nicht teilen. Foltin hat auf der letzten EKD-Synode den ersten datenbasierten Klimaschutzbericht präsentiert und diese Arbeit kann man gar nicht hoch genug bewerten. Er stellt einen Meilenstein dar. Zusammengefasst werden die Erkenntnisse u.a. in folgenden

⁹⁷ „Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) ist ein interdisziplinäres Forschungsinstitut, seit 1958 mit Sitz in Heidelberg, dessen Grundfinanzierung durch die Mitglieder des Trägervereins – die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Landeskirchen der EKD, den Deutschen Evangelischen Kirchentag und die Evangelischen Akademien – getragen wird und das darüber hinaus Forschungs- und Beratungsarbeiten durch Drittmittel finanziert.“ – näheres hier: [INSTITUT](#)

⁹⁸ [„Ich bin wirklich sehr zuversichtlich“ | zeitzeichen.net](#)

Schaubilder.⁹⁹ Es lohnt sehr, diese im Klimabericht zu studieren, denn sie geben einen hervorragenden Einblick in den Stand der Prozesse in den einzelnen Landeskirchen.

Gliedkirche	Klimaschutzgesetz in Landeskirchen (Kapitel 6.1)		Klimaschutzkonzepte in Landeskirchen (Kapitel 6.2)		Stand Energiemonitoring (Kapitel 6.3)		Aufstellung von Gebäudebedarfsplanungen (Kapitel 6.4)		Verbindliches Umsetzungs-konzept Gebäudebestand (Kapitel 6.5)		Vorgaben zum Bezug von Ökostrom (Kapitel 6.6)		PV-Potenzialanalysen (Kapitel 6.7)		Gremium zu Fragen des Klimaschutzes auf Leitungsebene (Kapitel 6.8)		Institutionelle Strukturen in den Gemeinden (Kapitel 6.9)		Entwicklung zum Vorjahr: Verbesserungen (+) und Verschlechterungen (-)	
	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	+	-
Anhalt	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	0	1
Baden	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	1	0
Bayern	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	0	0
EKBO	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	0	0
Braunschweig	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	2	0
Bremen	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	0	0
Hannover	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	1	0
Hessen und Nassau	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	1	0
Kurhessen-Waldeck	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	1	0
Lippe	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	0	1
Mitteldeutschland	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	1	0
Nordkirche	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	1	0
Oldenburg	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	1	0
Pfalz	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	0	0
Reformierte Kirche	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	2	0
Rheinland	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	1	0
Sachsen	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	2	0
Schaumburg-Lippe	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	1	0
Westfalen	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	0	0
Württemberg	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	2	0

Legende:	F3(5)	F5(7)	F7(15)	F9(21)	F11(25)	F13(36)	F15(41)	F17(57)	F19(65)	Summe:
Bezug auf Frage	Z3	Z4	Z5	Z6	Z7	Z8	Z9	Z11	Z12	17 2
Teil von Ziel	Z3	Z4	Z5	Z6	Z7	Z8	Z9	Z11	Z12	
Bedeutung der Farben	<ul style="list-style-type: none"> ● beschlossen ● in Erarbeitung oder in Klärung ● nicht geplant 	<ul style="list-style-type: none"> ● vorhanden ● in Erarbeitung ● nicht vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> ● umfassend umgesetzt ● nur in Teilbereichen ODER ● nur bei einigen wenigen Akteuren ● kein solcher Prozess geplant ● Einführung geplant ● nicht geplant 	<ul style="list-style-type: none"> ● Prozess abgeschlossen ● Prozess im Gange ● Prozess geplant ● kein solcher Prozess geplant ● keine Angabe 	<ul style="list-style-type: none"> ● Ja ● Nein, in Erarbeitung ODER ● Nein, aber konkret geplant ODER ● Nein, aber zur teilweisen Reduktion der THG-Emissionen ODER ● Nein, aber (teilweise) auf mittlerer Ebene ● Nein, derzeit nicht konkret geplant ● keine Angabe 	<ul style="list-style-type: none"> ● verpflichtet ● es wird dazu angeregt ● keine 	<ul style="list-style-type: none"> ● auf Ebene der Landeskirche ● auf Ebene der Landeskirche geplant ODER ● nicht übergreifend, aber in vielen Kirchenkreisen/Gemeinden ODER ● nicht übergreifend, aber in einigen Kirchenkreisen/Gemeinden ● keine/kaum PV-Potenzialanalysen ● keine Angabe 	<ul style="list-style-type: none"> ● Ja, Klimaschutz ist eines der Hauptthemen ● Ja, Klimaschutz allerdings nur ein Thema ● Nein, aber geplant ● Nein, nicht geplant ● keine Angabe 	<ul style="list-style-type: none"> ● in (fast) allen KG ● in einem Teil der KG ● in Planung ● nicht geplant ● keine Angabe 	

Im Bericht werden als Schlussfolgerung drei Empfehlungen gegeben.¹⁰⁰ Aus ihnen geht hervor, dass die nicht zu bestreitenden Anstrengungen zur Erreichung der selbst gesteckten Ziele noch weit hinter den Notwendigkeiten zurückbleiben. Das betrifft sowohl das Bereitstellen der erforderlichen Finanzen als auch die Umsetzungsgeschwindigkeit. Die Problematik kann man gut an zwei Landeskirchen exemplarisch aufzeigen:

Die **Nordkirche** hat wenigstens, und das ist wohl bislang einzigartig in diesem Umfang, eine externe Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse auf der September-Synode vorgestellt wurden. Die Studie ergab, dass man 100% Treibhausgasreduktion bis 2035 nur erreichen könne, wenn man pro Jahr fast 90 Millionen Euro für diese Aufgabe aufwenden würde. Wir reden für die Nordkirche also über eine Summe von fast einer Milliarde Euro an Investitionen verteilt auf zehn Jahre. Wie man eine vergleichbare hohe Summe aufbringen kann, hat gerade die Landeskirche in Württemberg gezeigt. Dort werden über 12 Jahre insgesamt 1 Milliarde Euro zugunsten der Rücklage für Versorgung und

⁹⁹ [ekd-klimabericht-2025_11.11.25.pdf](#), Seite 6 und 7

¹⁰⁰ Ebenda, Seite 4ff

Beihilfe zur Seite gelegt. Die Studie selbst empfahl übrigens, den Zeitraum für dieses Ziel bis 2045 zu strecken, um die Kosten eben auf einen längeren Zeitraum zu verteilen. Die Synode hat deshalb schweren Herzens die Zielerreichung gegenüber ihren eigentlichen Überlegungen (schon 2035) bis 2040 gestreckt, ist aber mit der 90% Reduktion bis 2035 immer noch sehr ambitioniert unterwegs. Allerdings: Die Beschlüsse der Synode über den Einsatz der Finanzmittel reichen bei weitem nicht aus. In einer Mitteilung der Nordkirche heißt es dazu:

„Verlängerung der Pflicht, mindestens 0,8 Prozent der Kirchensteuerzuweisungen für Klimaschutzmaßnahmen zu verwenden, bis zum Haushaltsjahr 2040.“¹⁰¹

Bei Kirchensteuereinnahmen der Nordkirche zwischen 500 und 600 Millionen Euro pro Jahr ergibt die Verpflichtung von 0,8% einen viel zu geringen Betrag. Tatsächlich müssten zum Erreichen des beschlossenen Klimaschutzziels ca. 10% der Kirchensteuereinnahmen jedes Jahr verwendet werden. Die Machbarkeitsstudie spricht von 44 Millionen Euro an Kosten, wenn man die Reduktion um 100% bis 2045 erreichen wolle. Will man dies nun laut Beschluss bis 2040 erreichen, dann wären eben fast 60 Millionen Euro pro Jahr zu investieren. Bei solch einem Beschluss wäre doch zu erwarten gewesen, dass mit dem Gesetz eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt worden wäre, um aufzuzeigen, was dieser Beschluss an Einsparnotwendigkeiten in anderen Bereichen bedeutet. Diese aber fehlt nach meinem Kenntnisstand vollkommen.

Keinen Deut besser macht es die **EKHN**, ganz im Gegenteil. Zwar ist der Klimaschutz auf der vorletzten Synode ausdrücklich zu einem der strategischen Ziele der Landeskirche erklärt worden, aber schon belastbare Aussagen über die Höhe der notwendigen Investitionen fehlen, denn eine der Nordkirche vergleichbare Machbarkeitsstudie wurde gar nicht erst in Auftrag gegeben. Damit bleibt man bei den Kosten ohne genaue Analyse.

An Finanzmitteln werden mit dem neuen Doppelhaushalt 26/27 die Summen aufgeführt, die die Synode auf ihrer letzten Tagung beschlossen hat: Es sind nur 35 Millionen Euro bis ins Jahr 2031. Schon im Frühjahr hieß es dazu aber in einer Erläuterung der Landeskirche:

„Das Geld soll aus dem Zukunftsfonds der Kirche, der Kirchbaurücklage der Gesamtkirche und den Baurücklagen der Kirchengemeinden entnommen werden. Die Mittel erlaubten allerdings nur eine Erfüllung der beabsichtigten Treibhausgas-Einsparung um 30 Prozent bis 2031, 70 Prozent des Plans blieben voraussichtlich unerfüllt.“¹⁰²

In sechs Jahren, so die Aussage, wird man also wahrscheinlich nur 30% des angestrebten Ziels erreichen (=90% Reduktion der Treibhausgase bis 2035) und muss dann in den verbleibenden vier Jahren eine Lücke von noch 70% schließen. Wie soll das funktionieren? Anträge aus der Mitte der Synode, das angestrebte Ziel bis 2031 effektiver anzugehen, werden von der Kirchenleitung mit Blick auf die Finanzsituation gegenwärtig nicht umgesetzt. So heißt es in den öffentlich zugänglichen Unterlagen zur Synode im November an einer Stelle u.a.:

„Aufgrund der genannten Berechnung müsste sehr viel mehr Geld als die bisher eingeplanten Investitionsmittel in Höhe von 35,3 Mio. € für weitere, effektive Maßnahmen aufgewendet werden, um die rechnerisch ermittelte THG (sb, =Treibhausgas) Reduktion bis 2031 zu erreichen (...). Die Kirchenleitung sieht aufgrund der allgemeinen Finanzlage der EKHN hier derzeit keinen Handlungsspielraum.“¹⁰³

Die Landeskirche mit dem höchsten Pro-Kopf-Kirchensteueraufkommen der EKD beschließt ein Gesetz und trifft dann solch eine Aussage. Meine Zuversicht über die Zielerreichung ist gering.

¹⁰¹ [Journal zur Landessynode im September 2025, Tag 3 - nordkirche.de](#)

¹⁰² [EKHN-Synode nimmt Klimaschutzplan über 35 Millionen Euro an](#)

¹⁰³ [60191.pdf](#) - Bericht der Kirchenleitung über die Ausführung von Synodalbeschlüssen, Seite 4

Skizzen einer evangelischen Kirche im Jahr 2040

Ich habe schon im Jahr **2024 Skizzen einer evangelischen Kirche im Jahr 2045 vorgelegt**¹⁰⁴. Mehr denn je halte ich im Jahr 2026 folgende **Grundannahmen** weiter für plausibel und verheißungsvoll, wobei ich den Zeitrahmen aufgrund der Entwicklung sogar noch verdichten muss.

- **Die evangelische Kirche zählt im Jahr 2040** (nicht erst 2045 wie ich selbst 2024 und schon gar nicht erst 2060 wie die „Freiburger Studie“ 2019 angenommen hat) **noch 10,5 Mio. Gemeindemitglieder, hat also einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von nur noch 13 – 14%.**
- **Beim hauptamtlichen Personal** hat es im Jahr 2040 auf allen Ebenen und in allen Arbeitsbereichen einen Abbau zwischen 40 – 50% gegenüber heute gegeben. Die Aufgaben von heute sind auch nicht annähernd mehr erfüllbar. Eine umfassende Aufgabenkritik hat notwendigerweise längst stattgefunden.
- Die **Zahl der Gebäude** hat sich drastisch und viel schneller als früher vermutet verringert, vor allem weil die Kosten für den Klimaschutz sonst überhaupt nicht aufzubringen gewesen wären. Im Jahr 2040 kann die evangelische Kirche auf weniger als 50% der Gebäude im Vergleich zum Jahr 2025 noch zurückgreifen.
- **Fachstellen und Einrichtungen** wie Akademien, Aus- und Fortbildungen für Haupt- und Ehrenamtliche, Zentren für Handlungsfelder sind EKD weit aufeinander abgestimmt und im Jahr 2040 ebenfalls um 50% reduziert, aber deutlich profilierter mit Schwerpunktsetzungen unterwegs.
- Als wichtige Neuerung gibt es seit geraumer Zeit agile **Innovationscenter**, in denen die Teilhabe am Gemeinwesen mit Akteur*innen der Gesellschaft und der Theologie und mit wechselnden Vertretungen aus der Regio-Lokalen Kirche eingeübt, ausgewertet, exemplarisch weiterentwickelt wird.¹⁰⁵
- Es gibt **keine Landeskirchen** mehr.
- Es gibt **keine Kirchenkreise** (=Dekanate, =Kirchenbezirke, =Propsteien) mehr, auch keine Ebene darüber (Regionalbischof:innen oder vergleichbare Ämter).
- Es werden längst **keine neuen Beamtenverhältnisse** mehr begründet.
- **Die Regio-Lokale Kirche - organisiert in Regionalgemeinden - ist in ganz Deutschland die entscheidende Strukturgröße geworden.**
- **In 2040 gibt es ca. 400** (nicht 500 wie 2024 angenommen) **Regionalgemeinden** mit dann durchschnittlich 25.000 (nicht 20.000) Gemeindemitgliedern, die, wo möglich, in ihrem Zuschnitt den zusammen 400 kreisfreien Städten bzw. Landkreisen entsprechen. Das erleichtert Verhandlungen und Absprachen mit den Kommunen.
- **Die Regionalgemeinden entscheiden in größtmöglicher Unabhängigkeit und Eigenverantwortung** über die
 - ✓ geistliche (und damit auch lutherische, reformierte oder unierte),
 - ✓ inhaltliche und
 - ✓ strukturelle Ausrichtung der Kirche vor Ort (in ganz verschiedenen Gemeindeformen und an kirchlichen Orten, auch im digitalen Raum).
- **Alle weiteren Organe und Einrichtungen der Kirche unterstützen (!) die Regionalgemeinden** mit ihrem Tun. Grundlage des Handelns ist eine Kultur der Ermöglichung: „Wir sind da, damit die

¹⁰⁴ Siehe LU, Teil VIII, Seite 42f

¹⁰⁵ (Siehe: Steffen Bauer: Grundlegende Transformation. Kirchliches Handeln nach dem Ende der Ortsgemeinde, in: Fluide Formen von Kirche, hrsg. von Philipp Elhaus und Uta Pohl-Patalong, Stuttgart 2024, Seite 179-184)

Regionalgemeinden ihre selbstgewählten Aufgaben gut erfüllen kann“. **Das ist die wohl größte Veränderung:** weg vom behördlichen Denken hin zur Dienstleistungsmentalität. Genauso versteht die Leitung der Regionalgemeinde sich in dem ihr anvertrauten Raum auch. Sie ermöglicht vielfältiges Leben in den Dörfern, den Stadtteilen, den Quartieren analog und digital.

- Der Regionalgemeinde kommt der **Körperschaftsstatus des öffentlichen Rechts** zu.
- Sie entscheidet über Anstellungen und sie nimmt die **Arbeitgeberinnenfunktion** wahr.
- Eine hauptamtliche „Versorgung“ ist flächendeckend nicht mehr möglich, obwohl z.B. das Prädikant:innenamt aufgewertet und zahlenmäßig deutlich verstärkt und an vielen Stellen als Nebenamt im Angestelltenverhältnis ausgeübt wird.
- **Multiprofessionelle Teamarbeit** ist eingeübt und normal. Die Leitung im Team wechselt. Aufgabe aller Hauptamtlichen ist mehr denn je die Stärkung des Ehrenamtes. In dieser Kirche nimmt das Zutrauen in die vielen Ehrenämter zu und die Zumutung an das Hauptamt nimmt ab.

- In allen Entscheidungsorganen haben **Ehrenamtliche** natürlich eine 2/3 Mehrheit.
- Gelebt wird die „**Kirche der Menschen**“¹⁰⁶: Alle Menschen haben die Möglichkeit sich mit ihren Lebens-, Glaubens- und Gotteserfahrungen in der Kirche einzubringen und das auf völlig unterschiedliche Weise, an allen möglichen Orten, zu allen möglichen Zeiten.
- Die geistlichen Orte und geistlichen Gemeinschaften vor Ort leben als Körperschaften des kirchlichen Rechts oder auch in selbstgewählten anderen Rechtsformen vor allem durch selbstwirksame Ehrenamtliche mit unterschiedlichem Bindungsverhalten. Ganz im Sinne von Ernst Lange ist die „Kommunikation des Evangeliums“ allen Gemeindemitgliedern aufgetragen und auch Karl Barth ist endlich gehört worden: „Es gibt in der Kirche grundsätzlich keine Nicht-Theologen“.¹⁰⁷ Das Priestertum aller Getauften bzw. aller sich auf dem Weg des Glaubens befindlichen Menschen lebt.
- **100 Jahre Barmer Theologische Erklärung** haben zu einer Neuentdeckung und Verstärkung der Kirche als **Erzählgemeinschaft Gottes** in biblischer Tradition geführt. Aussagen wie „Christus.Miteinander.Leben“ aus dem Prozess der bayerischen Landeskirche entfalten ihre Kraft.
- **Ökumenisches und inter-religiöses** Tun befördern wechselseitig ein vertieftes Verständnis von **theologischer Existenz** bei allen, die sich als Subjekte als Teil dieser „Kirche der Menschen“ verstehen.
- **Diakonisches Handeln** ist auch durch die **Sozialraumorientierung** noch wichtiger geworden und steht mehr denn je an vielen Orten für Kirche.¹⁰⁸
- **Die verfasste Kirche** hat gelernt, wie wichtig **Freiheitsgrade für die Diakonie** sind, um auf dem „Marktplatz“ der Hilfe und Begleitung zum Leben gut bestehen und Zeichen des Evangeliums in die Gesellschaft geben zu können.

- Die Leitungen der Regionalgemeinden treffen sich in vier **Regionalkonferenzen**: Nord, West, Ost und Süd zum Austausch.
- Alles, was in den Regionalgemeinden verwaltungsmäßig nicht gelöst werden kann, wird in **Dienstleistungszentren** geographisch analog zu den Regionalkonferenzen behandelt.

¹⁰⁶ Die Gedanken dazu habe ich 2022 in dem gleichnamigen Buch ausführlich ausgeführt.

¹⁰⁷ Karl Barth: Offenbarung, Kirche, Theologie, in: ders.: Theologische Fragen und Antworten, Zürich 2. Auflage 1986, Seite 183. Weiter führt er dort aus: „Der Begriff-Laien- vollends ist einer der schlechtesten Begriffe der religiösen Sprache, ein Begriff, der aus der *christlichen* Sprache ganz einfach verschwinden sollte.“

¹⁰⁸ Vergl. Landesbischof Bilz im November 2025 vor der sächsischen Landessynode: „*Könnte es nicht sein, dass wir irgendwann in der Fläche mehr diakonische als kirchliche Orte haben und dass dann diakonische Einrichtungen übernehmen, was kirchliches Leben ausmacht? Jedenfalls denken wir auch an so etwas, wenn wir in „Kirche im Wandel“ von dritten Orten sprechen, die wir in Zukunft als Gemeinde bezeichnen wollen.*“, nachzulesen hier: [Bericht des LB_Herbst_2025.indd](#), Seite 6

- Die Regionalgemeinden haben in jedem Bundesland eine **Beauftragte** als Gegenüber zur Landespolitik.
- Diese Beauftragten treffen sich regelmäßig mit dem **Rat der EKD** und dem **Kirchenamt der EKD**, die jeweils neue Rollen und Zuständigkeiten innehaben.
- Die **beiden Ratsvorsitzenden der EKD** (eine Person im Ehrenamt) vertreten die evangelische Kirche nach außen in Ökumene und Politik.
- Das **Kirchenamt der EKD** sorgt dafür, dass die Einrichtungen der EKD und vor allem die Verwaltungen beständig in der Unterstützungs- und Dienstleistungshaltung bleiben.
- Je vier Regionalgemeinden entsenden eine Person in die **EKD-Synode** (=100 Personen).

Und wie es zu dieser Kirche kommen kann:

- durch die immer offenkundiger werdende Not der schnell geringer werdenden Ressourcen;
- durch den Mut von immer mehr Verantwortlichen auf allen Ebenen von Kirche, speziell auch im Rat der EKD, in der Kirchenkonferenz und im Kirchenamt der EKD, weit in die Zukunft zu blicken;
- durch Prozesse, die Haltungsveränderungen und verheißungsorientierte Kirchenbilder als Ziele benennen, Szenarien aus der Zukunft entwerfen und die Lust am Mitdenken und Mittun fördern;
- durch eine Stärkung der theologischen Existenz in einem wiederentdeckten Priestertum aller Getauften bzw. derer, die sich auf einem Weg des Glaubens befinden;
- durch die Stärkung einer „Kirche der Menschen“, die in einer säkularen Gesellschaft der Singularitäten Gott immer neu (überall?) entdeckt, sich von ihm entdecken lässt, dialogisch in einer Minderheitensituation von ihm erzählt und Glauben vielfältig und einladend lebt;
- durch junge Menschen in der Kirche, die nicht in den alten Strukturen „einfach weiter so“ machen wollen;
- durch Kirchenkreise, die Regionalgemeinden immer weiter und schneller ins Leben rufen, so dass diese Regionalgemeinden zum Zentrum kirchlichen Handelns werden können;
- durch das Aufbrechen von Machtstrukturen in Kirchenleitungen, Synoden, Kirchenämtern, die bislang verhindern, Kirche neu zu denken;
- durch das Überflüssigwerden sowohl der „alten“ Kirchenkreise wie auch der Landeskirchen durch die Konzentration auf die Regionalgemeinden;
- durch weniger, aber viel stärker profilierte EKD-weit orientierte Einrichtungen, Dienste und Werke;
- aus meinem Glaubensverständnis heraus durch Gott, dessen Geistkraft Menschen mehr Möglichkeiten zuspießt als es die Wirklichkeit und die sogenannten Realitäten vermuten lassen.

Anhang:

Kirchliche Immobilien neu denken

Evangelische Wohnungswirtschaft gibt Orientierung und Unterstützung

1. Warum das Thema „Immobilien“ jetzt entscheidend ist

Laut der Freiburger Studie zur Zukunft der Kirchen in Deutschland wird sich die Finanzkraft der großen Kirchen bis 2060 etwa halbieren. Ursache sind sinkende Mitgliederzahlen und rückläufige Kirchensteuereinnahmen. Diese Entwicklung hat massive Auswirkungen auf den Immobilienbestand: Voraussichtlich jedes dritte kirchliche Gebäude wird künftig nicht mehr aus eigenen Mitteln finanzierbar sein – das entspricht bundesweit bis zu 40.000 Immobilien. Dabei handelt es sich noch um vorsichtige Prognosen.

Dieser Befund macht deutlich: Kirchliche Immobilien stehen vor einem grundlegenden Transformationsprozess, der strategische Planung, neue Nutzungskonzepte und professionelle Begleitung erfordert. Was über Jahrzehnte gewachsen ist und kirchliches Leben selbstverständlich getragen hat, wird zunehmend zur Herausforderung. Steigende Bau- und Energiekosten sowie ein erheblicher Sanierungstau belasten Haushalte und Verantwortliche zusätzlich.

Viele Landeskirchen, Kirchenkreise und Kirchengemeinden sehen sich mit der Frage konfrontiert, wie sie ihren Gebäudebestand langfristig verantwortungsvoll sichern können – fachlich, finanziell und im Einklang mit dem pastoralen Auftrag. Dabei geht es längst nicht mehr nur um einzelne Gebäude, sondern um strukturelle Entscheidungen mit langfristigen Perspektiven.

Zugleich wächst der Handlungsdruck. Leerstände, ungenutzte Gemeindehäuser oder stark sanierungsbedürftige Kirchen lassen sich nicht dauerhaft verwalten, ohne andere kirchliche Aufgaben zu gefährden. Gleichzeitig fehlt es vor Ort häufig an personellen Ressourcen, fachlicher Expertise und strategischen Leitlinien. Für viele Verantwortliche entsteht so ein echtes Dilemma.

Eines sollte inzwischen allen kirchlichen Verantwortungsträgerinnen und -trägern bewusst sein: Der richtige Zeitpunkt, kirchliche Immobilien neu zu denken, ist spätestens jetzt. Was viele jedoch noch nicht wissen: Sie müssen diesen Weg nicht allein gehen. Es gibt professionelle Unterstützung.

2. Die besondere Rolle kirchlicher Immobilien

Immobilie ist nicht gleich Immobilie. Kirchliche Immobilien unterscheiden sich grundlegend von anderen Gebäuden. Sie sind Orte des Glaubens, der Begegnung, der Gemeinschaft und der sozialen Verantwortung. Kirchen, Gemeindehäuser, Pfarrhäuser und kirchliche Wohngebäude prägen Stadtbilder und Dorfkerne, stiften Identität und sind vielfach emotional tief verankert. Für viele Menschen stehen sie für prägende Lebensmomente wie

Taufen, Hochzeiten und Abschiede und für ein Gefühl der Gemeinschaft, das über Generationen hinweg trägt. Diese Bindung verdient Respekt und Aufmerksamkeit.

Gerade deshalb sind Entscheidungen über die Zukunft kirchlicher Gebäude häufig mit Unsicherheit, Sorgen und auch Schmerz verbunden. Veränderungen werden nicht selten als Verlust erlebt – als Bruch mit Vertrautem oder als Infragestellung gewachsener Traditionen. Diese Gefühle ernst zu nehmen und ihnen Raum zu geben, ist ein wichtiger Bestandteil verantwortungsvoller Entscheidungsprozesse. Gleichzeitig stehen Gemeinden und Kirchenkreise vor der Aufgabe, den Blick auch auf die langfristige Tragfähigkeit kirchlichen Lebens zu richten.

Denn die Rahmenbedingungen haben sich grundlegend verändert. Sinkende finanzielle Spielräume, steigende Unterhaltskosten und veränderte Nutzungsbedarfe machen deutlich, dass nicht alle Gebäude in ihrer bisherigen Form erhalten werden können. Entscheidungen, die heute schwerfallen, sollen nicht gegen die Menschen getroffen werden, sondern für die Zukunft lebendiger kirchlicher Gemeinschaften. Dabei geht es weniger um ein Entweder-oder als um ein Sowohl-als-auch: bewahren, wo es möglich und sinnvoll ist – und zu verändern, wo neue Wege notwendig werden.

Hinzu kommt, dass kirchliche Immobilien besonderen Rahmenbedingungen unterliegen. Sie stehen häufig unter Denkmalschutz, sind Teil historischer Ensembles oder prägen zentrale Orte in Stadt und Dorf. Ihre Zukunft berührt daher nicht nur wirtschaftliche Fragen, sondern ebenso kulturelle, soziale und theologische Dimensionen. Umso wichtiger ist es, Entscheidungen transparent, nachvollziehbar und gemeinsam zu entwickeln – im Dialog mit Gemeinden, Gremien und Fachleuten.

Diese Mehrdimensionalität macht den Umgang mit kirchlichen Immobilien anspruchsvoll. Es erfordert Zeit, Offenheit und die Bereitschaft, neue Perspektiven zuzulassen. Umnutzung oder Nachnutzung müssen dabei nicht als Verlust verstanden werden. Sie können – gut vorbereitet und professionell begleitet – neue Formen kirchlicher Präsenz ermöglichen und Räume schaffen, in denen Kirche auch künftig erfahrbar bleibt.

3. Wer ist der eid Evangelischer Immobilienverband Deutschland?

Kirchliche Immobilien neu zu denken und zu transformieren – dieser Aufgabe hat sich der eid Evangelischer Immobilienverband Deutschland e. V. verschrieben. Vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen im Immobilienbestand der Evangelischen Kirche hat sich der Verband im vergangenen Jahr eine neue strategische Perspektive gegeben. Diese formuliert eine klare Mission und Vision und schafft Orientierung in einem zunehmend komplexen Handlungsfeld.

Die Mission des eid lautet: *Das Netzwerk im eid ist Kompetenzträger für evangelische Institutionen, die Immobilien professionell entwickeln und bewirtschaften. Der eid unterstützt Institutionen, die ihr Immobilienmanagement professionalisieren wollen.* Damit bringt der Verband seinen Anspruch auf den Punkt, Kirche und Diakonie nicht nur analytisch zu begleiten, sondern sie ganz konkret bei anstehenden Entscheidungen und Entwicklungsprozessen zu unterstützen.

Diese Mission spiegelt zugleich die Haltung seiner Mitglieder wider. Als kirchliche Wohnungsunternehmen fühlen sie sich dem christlichen Wertesystem verpflichtet. Sie entwickeln und bewirtschaften ihre Immobilien nachhaltig und balancieren ökonomische,

ökologische und soziale Aspekte langfristig aus. Auf dieser Grundlage schaffen sie Wohnraum für die Gesellschaft – bezahlbar, bedarfsgerecht und zukunftsfähig.

Gerade im Bereich der Immobilienentwicklung – oder genauer: der Umnutzung und Nachnutzung kirchlicher Immobilien – stehen Kirche und Diakonie vor Aufgaben, die sie nicht allein bewältigen können. Hier bringen sich evangelische Wohnungsunternehmen als professionelle Partner ein: fachlich versiert, wertorientiert und verantwortungsbewusst.

Ihre Wurzeln reichen überwiegend in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als sie von der Kirche gegründet wurden, um den Wiederaufbau von Wohnraum aktiv mitzugestalten. Aus dieser Tradition heraus entstand auch der eid, der seitdem als Dachverband und Netzwerk die Kompetenzen evangelischer Wohnungsunternehmen bündelt und weiterentwickelt.

Der eid wurde 1952 als Spitzenverband der evangelischen Wohnungswirtschaft in Deutschland gegründet. Unternehmen, kirchliche Organisationen und Stiftungen sowie Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, der Wissenschaft und Praxis sind hier organisiert. Gemeinsam verstehen sie sich als Vertretung einer wertorientierten Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik sowie als immobilienwirtschaftlicher Kompetenzpartner für Kirche, Politik und Wirtschaft.

Die immobilienrechtlichen Bildungs- und Vernetzungsformate des eid haben eine lange Tradition und gehören zu den renommiertesten Fachtagungen ihres Fachgebiets. Unter dem Motto „Partner im Gespräch“ verbinden sie Wissenschaft und Praxis in besonderer Weise. Zu den traditionsreichsten Formaten zählen das Fachgespräch zum Wohnungseigentumsrecht, die Mietrechtstage und die Baurechtstage. Das Fachgespräch zur Geschäftsraummieta ist mit seiner dritten Ausgabe noch vergleichsweise jung. Ein weiteres Veranstaltungsformat, das sich speziell an Landeskirchen, Kirchenkreise und Kirchengemeinden richtet, ist in Vorbereitung. Dazu später mehr.

Ein Blick auf das evangelische Immobilienportfolio verdeutlicht die Dimension notwendiger Immobilienstrategien: Die Evangelische Kirche ist mit rund 22.000 Sakralbauten im Stadt- und Dorfbild präsent. Hinzu kommen etwa 30.000 soziale Einrichtungen der Diakonie sowie rund 40.000 Wohnungen evangelischer Wohnungsunternehmen und Stiftungen. Bundesweit bestehen zudem mehr als 30.000 Erbbaurechte, die als Bauland für bezahlbaren Mietwohnungsbau zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus umfasst das evangelische Portfolio einen kaum zu beziffernden Bestand an Gewerbe- und Sonderimmobilien im urbanen und ländlichen Raum sowie Parks, Friedhöfe sowie Agrar- und Forstflächen. Evangelische Gebäude und Liegenschaften sind allgegenwärtig und identitätsstiftend. Sie bieten erhebliches Potenzial für die Entwicklung von Quartieren und schaffen für viele Menschen ein bezahlbares, bedarfsgerechtes und inklusives Zuhause. Genau hier setzt die Arbeit des eid und seiner Mitglieder an: mit dem Ziel, vorhandene Ressourcen verantwortungsvoll zu entwickeln und kirchliche Präsenz auch unter veränderten Bedingungen langfristig zu sichern.

Der eid arbeitet unabhängig und zugleich kirchennah. Er verfolgt keine eigenen wirtschaftlichen Interessen an Immobilien, sondern unterstützt kirchliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dabei, tragfähige und verantwortungsvolle Lösungen zu entwickeln. Dabei steht nicht die einzelne Immobilie isoliert im Fokus, sondern ihre Einbettung in eine Gesamtstrategie.

4. Die Mitglieder des eid und warum sie so wertvoll sind

Die Mitgliedsunternehmen des eid schaffen Wohnraum, der sich an den konkreten Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert – von klassischen Mietwohnungen über betreute Wohnformen bis hin zu Quartiersbüros und sozialen Begegnungsstätten. Sie verbinden immobilienwirtschaftliche Kompetenz mit einem klaren gesellschaftlichen Auftrag.

Ein genauerer Blick auf diese Unternehmen lohnt sich, denn dabei werden bemerkenswerte Alleinstellungsmerkmale sichtbar. Ihre Professionalität und Erfahrung sind von großer Bedeutung, insbesondere für kirchliche Institutionen, die im Umgang mit ihren Immobilien vor komplexen Herausforderungen stehen. Wie in der Mission des eid beschrieben, fungieren die Mitgliedsunternehmen vielfach als Anlaufstellen und kompetente Partner für Kirche und Diakonie.

Einige Beispiele aus der eid-Mitgliedschaft verdeutlichen diese Vielfalt:

Die **Antoniter Siedlungsgesellschaft mbH (ASG)** ist die Wohnungsbaugesellschaft des Evangelischen Kirchenverbands Köln und Region (EKV). Sie befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum des EKV und der vier Kölner Kirchenkreise. Die ASG verwaltet heute mehr als 1.700 eigene Wohnungen in Köln und der Region, von denen knapp die Hälfte öffentlich gefördert ist. Ein großer Teil des Bestandes richtet sich an Menschen ab dem 60. Lebensjahr.

Die **ALEXANDRA-STIFTUNG**, das älteste Wohnungsunternehmen Deutschlands, wurde 1852 gegründet, um die Wohnungsnot im wachsenden Berlin zu lindern. Heute bewirtschaftet sie rund 1.000 Einheiten in Berlin und Brandenburg. In praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe verfolgt die Stiftung seit ihrer Gründung das Ziel, Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zu schaffen und zu angemessenen Preisen zu vermieten.

Die **Hilfswerk-Siedlung GmbH (HWS)** ist das Immobilienunternehmen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Sie verwaltet rund 10.000 Einheiten aus eigenem und fremdem Bestand. Im Mittelpunkt ihres Handelns steht die Bereitstellung guten Wohnraums zu fairen Preisen.

Das ESW - Evangelische Siedlungswerk in Bayern ist das größte evangelische Wohnungsunternehmen Deutschlands. Es bewirtschaftet rund 13.000 Wohneinheiten in ganz Bayern, davon etwa 8.300 im Eigen- und Treuhandbestand. Als christliches Wohnungsunternehmen übernimmt das ESW Verantwortung für bezahlbaren Wohnraum, insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten wie München, Ingolstadt, Nürnberg, Augsburg oder Regensburg. Darüber hinaus stellt es Räume für soziale Einrichtungen und Projekte bereit, darunter Kindertagesstätten, Quartiersbüros und ein Mutter-Kind-Haus. Nachhaltigkeit und verantwortungsvolles Wirtschaften sind fest in der Unternehmensstrategie verankert.

Die **Stiftung Schönau** aus Heidelberg verbindet kirchliches Engagement mit Verantwortung für Klima, Zukunft und Gesellschaft. Sie betreibt nachhaltige Forstwirtschaft, fördert klimaresiliente Waldstrukturen und stellt Flächen für Windenergieprojekte zur Verfügung. Im Wohnungsbau setzt sie auf Holz- und Holz-Hybridbauweisen und reduziert so CO₂-Emissionen. Mit den Erträgen ihres Vermögens finanziert die Stiftung kirchliches Bauen und Pfarrstellen in Baden und schafft dringend benötigten Wohnraum. Mit rund 13.000 Erbbaurechtsverträgen gehört sie bundesweit zu den führenden Erbbaurechtsausgebern.

Die **Aufbaugemeinschaft Espelkamp** ist mit über 3.000 Wohnungen der größte Vermieter im Kreis Minden-Lübbecke (Nordrhein-Westfalen). Sie hat die Entwicklung der Stadt Espelkamp maßgeblich geprägt und steht für ein lebendiges Miteinander. Innovative Projekte wie ein biodiverses Retentionsdach zeigen, wie Klimaschutz und Wohnqualität miteinander verbunden werden können.

Die **Kirchliche Wohnungswirtschaft Bielefeld (KWW)** ist das Wohnungsunternehmen des Evangelischen Kirchenkreises Bielefeld und seiner Kirchengemeinden. Unter dem Motto „In Bielefeld leben – bei der Kirche wohnen“ verwaltet und vermietet sie Wohnraum für unterschiedliche Bedürfnisse und betreibt darüber hinaus Pfarrhäuser, Kitas und Gemeinderäume.

5. Ein Angebot, das überzeugt

Ein Beispiel mit besonderem Vorbildcharakter ist das eid-Mitglied **„bauwerk KIRCHLICHE IMMOBILIEN“** des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Hamburg-West/Südholstein. Als rechtlich unselbstständiges Werk bündelt es sämtliche Bau- und Immobilientätigkeiten des Kirchenkreises. Insgesamt betreut es rund 550 Gebäude, darunter 73 Kirchen, 85 Kitas und etwa 100 Denkmäler für 56 Kirchengemeinden.

Das „bauwerk KIRCHLICHE IMMOBILIEN“ verwaltet, erhält und entwickelt kirchliche Immobilien und Grundvermögen mit dem Ziel, die kirchliche Arbeit langfristig zu sichern. Es handelt wirtschaftlich verantwortungsvoll und zugleich im Rahmen des christlichen Selbstverständnisses.

Der Kirchenkreis bietet seinen Kirchengemeinden damit ein besonderes Angebot: Er stellt Know-how bereit, um Potenziale von Liegenschaften zu erkennen, aufzuzeigen und gezielt zu entwickeln. Ziel der Projektentwicklung ist es, durch Neubauprojekte regelmäßige Erträge zu erwirtschaften. Diese eröffnen den Kirchengemeinden zusätzlichen finanziellen Spielraum, der nicht zweckgebunden für Immobilien eingesetzt werden muss.

Aus den Erträgen lassen sich beispielsweise Küsterstellen, Kirchenmusik oder Gemeindehausneubauten finanzieren. Der Umnutzungsprozess wird dabei konsequent als Projektentwicklung verstanden. Kirchen bleiben in der Regel sakral genutzt, auch wenn dies häufig mit einem Rückbau verbunden ist. Freiwerdende Flächen werden auf unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten geprüft, Bebauungsstudien erstellt und Baurecht gesichert. Potenzielle Mietende und Betreibende werden sorgfältig ausgewählt und langfristige Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgenommen.

Am Ende werden Investierende im Rahmen von Erbbaurechten eingebunden. Die Kirchengemeinden erhalten – sofern sie nicht selbst investieren – über 99 Jahre einen Erbbauzins, der einen relevanten Anteil des Haushalts ausmachen kann. Neben Wohnraum entstehen so Pflegeeinrichtungen, Kitas, therapeutische Angebote, Sozialwohnungen oder Anlaufstellen für obdachlose Menschen. Nachhaltige Baustoffe und regenerative Energien tragen zudem zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050 bei.

6. Was die Arbeit evangelischer Wohnungsunternehmen besonders macht

Evangelische Wohnungsunternehmen nehmen eine besondere Rolle ein. Sie verbinden wirtschaftliche Professionalität mit einer klaren Werteorientierung. Ihr Handeln ist langfristig ausgerichtet und berücksichtigt soziale, ökologische und ökonomische Aspekte gleichermaßen.

Im Unterschied zu rein marktorientierten Akteuren verfolgen sie keine kurzfristigen Verwertungsstrategien. Vielmehr stehen nachhaltige Nutzungskonzepte, stabile Quartiersstrukturen und soziale Verantwortung im Mittelpunkt. Diese Haltung macht sie zu wichtigen Partnern bei der Entwicklung kirchlicher Immobilien – insbesondere dann, wenn neue Nutzungen im Sinne des Gemeinwohls entstehen sollen.

Ihre Erfahrung in Projektentwicklung, Bestandsmanagement, Erbbaurechtsmodellen und nachhaltigem Bauen ist für kirchliche Körperschaften eine entscheidende Ressource. Die Mitglieder des eid stehen für Vielfalt, Überzeugungskraft und den Willen, mit Fachwissen, Herz und Haltung etwas zu bewegen.

7. Die großen Herausforderungen der Kirche im Immobilienbereich

Die Mitglieder des eid verfügen über umfassende Expertise in der kirchlichen Immobilienwirtschaft – und diese ist dringend gefragt. Denn die Herausforderungen im kirchlichen Umfeld sind vielfältig. Häufig fehlt es bereits an einer belastbaren Datengrundlage: Welche Gebäude gibt es? In welchem Zustand befinden sie sich? Welche Kosten entstehen mittel- und langfristig? Nur auf dieser Basis können zukunftsfähige Investitionsentscheidungen getroffen werden.

Hinzu kommen strukturelle Herausforderungen. Ehren- und hauptamtliche Verantwortliche sind vielfach stark belastet. Immobilienentscheidungen erfordern jedoch Zeit, Fachwissen und klare Prozesse. Emotionale Bindungen, unterschiedliche Interessen innerhalb von Gemeinden sowie komplexe Entscheidungsstrukturen erschweren zusätzlich sachliche Abwägungen.

Nicht zuletzt besteht Unsicherheit darüber, wann externe Unterstützung sinnvoll ist und welche Ansprechpartner geeignet sind. Viele kirchliche Körperschaften stehen daher vor der Frage, wie sie strategisch vorgehen können, ohne den Überblick zu verlieren oder Fehlentscheidungen zu treffen.

8. Transformationsprozesse kirchlicher Immobilien im Fokus

Um die in diesem Beitrag beschriebenen Herausforderungen systematisch, praxisnah und konfessionsübergreifend zu beleuchten ist der Dialog von essentieller Bedeutung. Der eid wird hierzu in diesem Jahr ein neues Veranstaltungsformat etablieren: das eid-Fachforum „Kirchliche Immobilien neu gedacht – Transformation in die Zukunft“, das am 18. November 2026 erstmals in Berlin stattfinden wird.

Das Fachforum richtet sich an ein breites Spektrum von Akteurinnen und Akteuren: Landeskirchen, Kirchenkreise, Dekanate, Mitglieder der kirchlichen und privaten Wohnungswirtschaft sowie Akteure auf Bundesebene und dies konfessionsübergreifend.



Bewusst öffnet sich das Format auch für verschiedene Konfessionen, um voneinander zu lernen und gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln.

Im Mittelpunkt steht die Transformation kirchlicher Immobilien mit einem klaren Praxisfokus. Diskutiert werden unter anderem Finanzierungsmöglichkeiten, der Umgang mit sakralen Gebäuden, die Integration kirchlicher Immobilien in Quartiere, Fragen der Denkmalpflege sowie unterschiedliche Förder- und Umsetzungsszenarien.

Das Fachforum kombiniert Plenum und Workshops. Im Plenum werden praxisnahe Berichte vorgestellt und zentrale Herausforderungen sichtbar gemacht. In Workshops vertiefen die Teilnehmenden Themen wie Förderinstrumente, Denkmalpflege, Zusammenarbeit mit Kommunen oder konfessionsübergreifenden Erfahrungsaustausch.

Mit dem neuen eid-Fachforum schafft der Verband einen Raum für Orientierung, Austausch und konkrete Lösungsansätze – und setzt ein klares Zeichen: Die Transformation kirchlicher Immobilien ist gestaltbar, wenn sie gemeinsam, professionell und werteorientiert angegangen wird. Kluge Partnerschaften können auf diesem Weg eine wichtige Begleitung sein.



Haben Sie Fragen zu diesem Beitrag, stehen Sie vor Herausforderungen im Umgang mit kirchlichen Immobilien oder interessieren Sie sich für das neue Veranstaltungsformat?

Dann kommen Sie gern auf den eid zu.

Ihre Ansprechpartnerin ist **Jannika Lange**, Geschäftsführerin des eid Evangelischer Immobilienverband Deutschland. Sie erreichen sie per E-Mail unter **lange@der-eid.de** oder telefonisch unter **030 54711253**.

Fotoquelle: Claudius Pflug/eid.

Kirche auf dem Weg zur Klimaneutralität: Der „EB Kirchlicher Energiekreislauf“ als strategisches Investmentmodell

Bundesweit suchen Kirchen nach Wegen, ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren, um das gemeinsame Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. In ihrer Klimaschutzrichtlinie formuliert die Evangelische Kirche in Deutschland etwa, dass die Sicherstellung der Energiesicherheit eine zentrale Voraussetzung für kirchliches und soziales Engagement bleibt.



KI-generiert mit Hilfe von Lucid AI

Die Evangelische Kirche in Deutschland befindet sich inmitten eines tiefgreifenden Transformationsprozesses. Die Frage ist nicht mehr *ob*, sondern *wie* dieser gestaltet wird. Denn die doppelte Herausforderung könnte größer nicht sein: Einerseits zwingen stagnierende Kirchensteuereinnahmen zu notwendigen Einsparungen und einer Priorisierung. Andererseits verlangt der Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung nach mutigen und weitreichenden Investitionen.

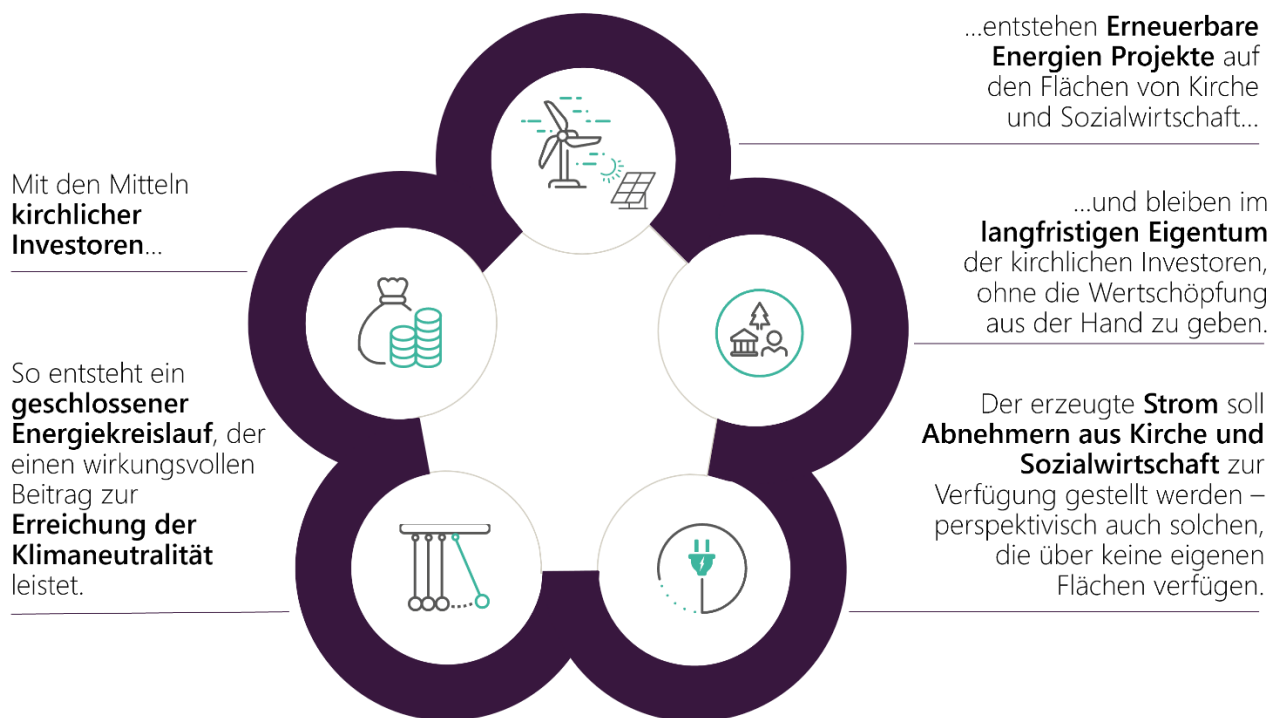
Das Prinzip: Vom passiven Verpächter zum aktiven Gestalter

Vor diesem Hintergrund bietet der Asset Manager der Evangelischen Bank, die EB – Sustainable Investment Management GmbH (EB-SIM), mit ihrem Fonds- und Dienstleistungskonzept „EB Kirchlicher Energiekreislauf“ eine innovative und ganzheitliche Lösung. Dieses Investmentmodell ist mehr als ein reines Finanzinstrument; es ist ein durchdachter Ansatz, um aus der passiven Verpächter-Rolle auszubrechen und die enormen, oft brachliegenden Flächenpotenziale kirchlicher Körperschaften als aktiven Hebel für eine nachhaltige Wertschöpfung zu nutzen. Damit bietet es eine bemerkenswerte Antwort auf die Frage, wie sich Ökologie und Ökonomie im kirchlichen Kontext synergetisch verbinden lassen.

Die bisherige Praxis, kirchliche Flächen an externe, rein kommerziell agierende Projektentwickler zu verpachten, führt oft dazu, dass die wesentliche Wertschöpfung aus der Energieerzeugung aus der kirchlichen Sphäre abfließt. Der neue Fonds „EB Kirchlicher Energiekreislauf“ kehrt dieses Muster um und etabliert einen geschlossenen Kreislauf, der Ressourcen bündelt und die Kirche zum zentralen Akteur ihrer eigenen Energiewende macht.

Energie im Kreislauf denken

Das Investmentkonzept basiert auf einem offenen Spezial-Investmentfonds, der ausschließlich institutionellen Investoren aus Kirche und Sozialwirtschaft offensteht. Kirchliche Grundeigentümer bringen ihre Flächen nicht nur gegen eine Pacht ein, sondern können sich unmittelbar wirtschaftlich an den Projekten beteiligen. Der Fonds selbst entwickelt, plant, finanziert und betreibt Wind- und Solarparks auf diesen Flächen, professionell gesteuert durch das erfahrene Real-Assets-Team der EB-SIM. Entscheidend ist der langfristige Ansatz: Die Projekte werden in der Regel bis zum Ende ihrer technischen Lebensdauer im Fonds gehalten und verbleiben somit in kirchlicher Hand.



Dieser Ansatz stellt damit einen wichtigen Baustein für eine echte Transformation dar. Er ermöglicht es Landeskirchen und Kirchenkreisen,

1. **einen messbaren Beitrag zur Klimaneutralität zu leisten** und damit ihrer Verantwortung für die Schöpfung konkret nachzukommen,
2. **langfristig planbare und ökonomisch attraktive Erträge zu generieren**, die weit über reine Pachteinahmen hinausgehen und zur Schließung struktureller Defizite beitragen können,
3. **die eigene Abhängigkeit vom Energiemarkt strategisch zu reduzieren** und die Energiesicherheit sozialer Einrichtungen zu stärken,
4. **durch Bündelung von Kapital und Expertise echten solidarischen Mehrwert zu generieren.**

Der Praxisbeleg: Die Kooperation mit der Landeskirche Braunschweig

Dass dieses Modell keine bloße Theorie ist, sondern in der Praxis bereits tragfähige Strukturen schafft, zeigt die Kooperation mit der Landeskirche Braunschweig. Auf deren Liegenschaften wird derzeit ein Windpark mit bis zu 14 Windenergieanlagen und ca. 100 Megawatt Gesamtkapazität entwickelt, der jährlich rund 250.000 Megawattstunden Strom liefern soll. Ein weiterer Solarpark mit über 27 Megawatt-Peak ist ebenfalls in Planung. Dieser soll jährlich 300.000 Megawattstunden Strom erzeugen.

Beide Projekte verdeutlichen, wie kirchliche Flächen verantwortungsvoll für die Energiewende genutzt werden können – im Einklang mit ethischen Werten und wirtschaftlicher Vernunft.

Erfahrung und Expertise für nachhaltige Projekte

Als einer der führenden Asset Manager für ethisch-nachhaltige Investments verfolgt die EB-SIM eine klare Mission: „*Investments für eine bessere Welt*“. Im Bereich Real Assets verwaltet die EB-SIM derzeit rund 60 Energieprojekte mit einer Gesamtkapazität von über 1.000 Megawatt in Deutschland und Europa. Ein spezialisiertes Team begleitet kirchliche Eigentümer von der ersten Potenzialanalyse bis zur laufenden Betriebsphase – immer mit Blick auf ökologische, soziale und ethische Standards.

Für eine erste, unverbindliche Prüfung eigener Potenziale und weiterführende Informationen zum Kirchlichen Energiekreislauf steht bei der EB-SIM Herr Florian Lüders zur Verfügung:

Herr Florian Lüders

Leiter Projektentwicklung Erneuerbare Energien

Telefon: +49 151 5049 8215

E-Mail: florian.lueders@eb-sim.de

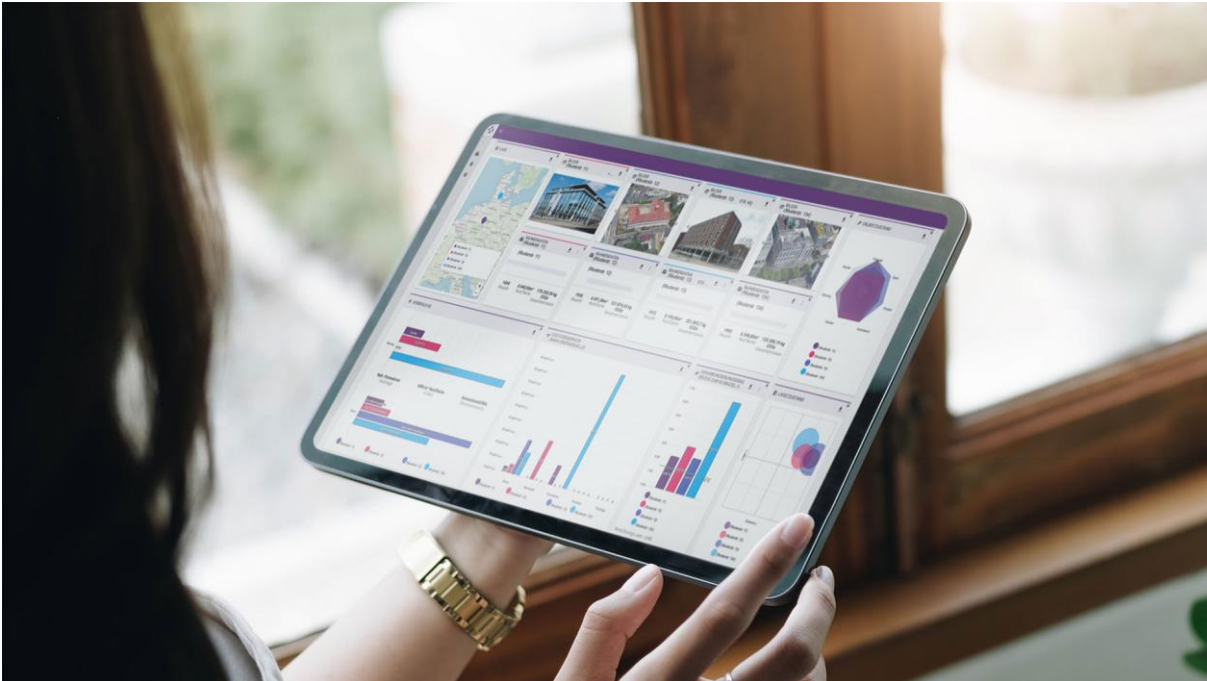
Website: eb-sim.de/erneuerbare-energien-im-kirchlichen-bereich

Rechtlicher Hinweis

Dies ist eine Marketingmitteilung und richtet sich ausschließlich an Personen, die ihren Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben. Der Inhalt ist weder eine Anlageberatung/ -empfehlung noch ein Angebot oder eine Beratung zum Kauf/Verkauf des entsprechenden Fonds. Ebenso stellen die Angaben keine Anlagestrategieempfehlung i.S.d. § 85 WpHG dar. Informationen einschl. Hinweise zu Chancen und Risiken sowie nachhaltigkeitsbezogene Eigenschaften finden Sie u.a. in den Verkaufsunterlagen, die Sie kostenlos über die EB-SIM erhalten.

EB-Immo-Scoring: Wie Kirchen ihren Gebäudebestand strategisch und zukunftsfähig steuern können

Kirchen stehen heute vor einer ihrer größten infrastrukturellen Aufgaben: Ein gewachsener Gebäudebestand trifft auf sinkende Einnahmen, steigende Kosten und ambitionierte Klimaziele. Viele Entscheidungen müssen unter unsicheren Rahmenbedingungen getroffen werden – oft ohne verlässliche Datenbasis. Genau hier setzt das EB-Immo-Scoring an: Ein Instrument, das Transparenz schafft, Investitionen bewertbar macht und kirchliche Akteure in die Lage versetzt, ihren Gebäudebestand strategisch, wirtschaftlich und zukunftsorientiert zu steuern.



Der Gebäudebestand der Kirche ist längst nicht mehr nur eine Frage von Bauunterhaltung – er ist zu einer der größten strategischen Herausforderungen der kommenden Jahre geworden. Landeskirchen und Kirchenkreise stehen vor der Aufgabe, tausende Gebäude in sehr unterschiedlicher Nutzung und Zuständen verantwortungsvoll zu steuern: Gemeindehäuser, Pfarrhäuser, Kindergärten, Kirchengebäude – und in vielen Regionen zusätzlich ein nicht unerheblicher Bestand an Wohnimmobilien, oft mit erheblichem Sanierungsstau. Was über Jahrzehnte gewachsen ist, trifft nun auf Rahmenbedingungen, die sich schneller verändern, als es viele Planungen der Vergangenheit abbilden konnten.

Der Druck steigt aus mehreren Richtungen zugleich: Auf der Einnahmenseite verschärfen Demographie und Kirchenaustritte die Lage. Sinkende Mitgliederzahlen führen zu rückläufigen Kirchensteuereinnahmen – vielerorts deutlich schneller und umfangreicher als prognostiziert. Parallel nimmt der Leerstand zu – ein Prozess, der sich angesichts schrumpfender Nutzungsgemeinschaften und veränderter Anforderungen an die kirchliche Infrastruktur weiter beschleunigen dürfte. Leerstand ist selten „neutral“: Er verursacht laufende Kosten, erhöht Risiken (Schäden, Vandalismus, Wertverluste) und bindet knappe Ressourcen, die andernorts dringend gebraucht werden.

Steigende Kosten und zusätzliche Klimaschutzanforderungen

Auf der Kostenseite zeigt sich eine Dynamik, die viele Gemeinden und Körperschaften überfordert. Instandhaltungs- und Sanierungskosten steigen seit Jahren spürbar – nicht nur durch Preisentwicklungen im Bau- und Handwerksmarkt, sondern auch durch wachsende Anforderungen an Sicherheit, Barrierefreiheit, Brandschutz und technische Standards. Gerade bei Gebäuden, die historisch gewachsen sind und mit traditionellen Bauweisen errichtet wurden, schlagen notwendige Maßnahmen schnell mit Beträgen zu Buche, die auf der Ebene einzelner Gemeinden kaum noch zu leisten sind. Wenn Entscheidungen vertagt werden, wird es meist nicht günstiger: Aus kleinen Instandhaltungen werden große Sanierungen, aus funktionalen Einschränkungen wird struktureller Leerstand.

Diese ohnehin herausfordernde Gemengelage wird durch das Ziel der Klimaneutralität nochmals verschärft – inhaltlich zwingend, wirtschaftlich jedoch anspruchsvoll. Der kirchliche Gebäudebestand besteht zu einem großen Teil aus älteren Gebäuden, die energetisch oft weit von heutigen Effizienzstandards entfernt sind. Hinzu kommt, dass ein nicht unerheblicher Anteil unter Denkmalschutz steht. Damit sind Maßnahmen nicht nur technisch komplexer, sondern häufig auch genehmigungs- und kostenintensiver. Gleichzeitig steigen die Relevanz und die Kosten von Energieverbräuchen und CO₂-Emissionen – sowohl durch Preisentwicklungen als auch durch regulatorische Rahmensetzungen. Wer Klimaneutralität erreichen will, benötigt daher nicht nur ambitionierte Ziele, sondern vor allem belastbare Grundlagen für Priorisierung, Investitionsplanung und Steuerung.

Fehlende Datenbasis als systemisches Problem

Genau hier wird eine zentrale Schwäche vieler bisheriger Ansätze sichtbar: In vielen Teilen des Landes existieren auf Ebene der Landeskirchen oder Kirchenkreise bereits verschiedene Herangehensweisen, um den Gebäudebestand zu erfassen und zu entwickeln. Was jedoch häufig fehlt, sind belastbare, vergleichbare Kennzahlen, die eine Gesamtsteuerung ermöglichen – und die zugleich so pragmatisch erhoben werden können, dass sie nicht an knappen Ressourcen und Personalmangel scheitern. Entscheidungen werden unter Druck getroffen, oft ohne konsistente Datenbasis. Prioritäten werden diskutiert, aber nicht immer transparent begründbar. Und nicht selten stehen Verantwortliche vor der Frage, wie aus Einzelfallwissen eine portfolioweite Strategie entstehen kann.

EB-Immo-Scoring: Ein pragmatisches Instrument für Transparenz und Steuerung

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die Evangelische Bank ihre Tochtergesellschaft für Immobilienentwicklung und -beratung, die EB-Sustainable Real Estate (EB-SRE), beauftragt, eine kennzahlenbasierte Anwendung zu entwickeln, die einen systematischen Überblick über den gesamten Gebäudebestand ermöglicht – mit möglichst geringem Personal- und Ressourceneinsatz. Ziel ist es, Verantwortliche in Landeskirchen und Kirchenkreisen schnell in die Lage zu versetzen, Handlungsfelder zu erkennen, Risiken einzuordnen und Maßnahmen nicht nur objektbezogen, sondern portfolioweit strategisch zu planen. Das Ergebnis ist das EB-Immo-Scoring (EBiS), das bereits seit zwei Jahren bundesweit im Einsatz ist und in diesem Jahr um weitere Simulationsmöglichkeiten erweitert wird.

Der Kern des EB-Immo-Scorings ist ein Analyse- und Bewertungsansatz, der der Komplexität kirchlicher Portfolios gerecht wird, ohne in Details zu versinken, die in der Breite kaum erhoben und gepflegt werden können. Ein Immobilienportfolio besteht in der Regel aus sehr unterschiedlichen Gebäuden – mit variierenden Nutzungsarten, Baujahren und Zuständen. Jedes Gebäude wiederum setzt sich aus zahlreichen Bauteilen zusammen, die jeweils eigene Qualitäten und Erhaltungszustände aufweisen. Um dennoch einen fundierten Gesamtüberblick über Zustand

und Entwicklungspotenziale zu gewinnen, konzentriert sich EBiS auf die wesentlichen Bauteile der Gebäude. Diese werden anhand ihres Baualters und ihrer technischen Spezifika bewertet und mit heutigen Qualitäts- und Effizienzstandards verglichen. Auf dieser Grundlage lassen sich notwendige Investitionskosten zur Erreichung aktueller Standards ermitteln – und damit erstmals in einer vergleichbaren Logik über den gesamten Bestand hinweg sichtbar machen.

Transparente Entscheidungen durch Energie- und Einsparanalysen

Indem zusätzlich die Energie- und CO₂-Einsparpotenziale der möglichen Maßnahmen quantifiziert werden, geht EBiS über eine reine Zustands- oder Kostenschätzung hinaus. Damit wird es möglich, den Amortisationszeitpunkt von Investitionen unter Berücksichtigung der erzielten Einsparungen zu berechnen. Nicht jede Maßnahme ist wirtschaftlich sinnvoll – und nicht jede wirtschaftlich sinnvolle Maßnahme ist kurzfristig finanzierbar. Eine transparente Betrachtung aller relevanten Faktoren schafft die Grundlage, nachvollziehbar zu priorisieren: Welche Objekte sind „No-Regret“-Kandidaten? Wo sind Maßnahmen zwingend, um Betriebssicherheit zu gewährleisten? Welche Gebäude können durch gezielte Investitionen langfristig werthaltig und zukunftsfähig bleiben – und wo ist eine andere Entwicklungsperspektive realistischer?

Szenarienmodellierung für strategische Entscheidungen

Ein weiterer Baustein ist die Modellierung von Entwicklungsszenarien. Um die Auswirkungen von steigenden Energiepreisen und CO₂-Kosten auf die Wirtschaftlichkeit einzelner Objekte sowie auf das gesamte Portfolio abzuschätzen, werden verschiedene Szenarien abgebildet. So entsteht ein Verständnis dafür, wie empfindlich bestimmte Objekte auf externe Kostentreiber reagieren – und welche strategischen Entscheidungen auch unter unsicheren Rahmenbedingungen robust bleiben. In der Praxis bedeutet das: Verantwortungsträger:innen können die Konsequenzen unterschiedlicher Wege – etwa „Weiterbetrieb mit Minimalmaßnahmen“, „gezielte Sanierung“, „Nutzungsänderung“, „Veräußerung“ oder „Konzentration auf Kernstandorte“ – nicht nur qualitativ diskutieren, sondern auf Basis von Kennzahlen vergleichen.

Mit EBiS haben Entscheider:innen ein digitales, dynamisches Werkzeug an der Hand, das Nutzer:innen in die Lage versetzt, eine individuelle Investitions- und Maßnahmenplanung über mehrere Jahre zu simulieren, zu bewerten und bei Bedarf anzupassen. Der Anspruch ist dabei ausdrücklich realistisch: Es geht nicht um ein theoretisches Optimum, sondern darum, dem Ideal eines CO₂-neutralen und werthaltigen Gebäudebestands im Rahmen der jeweils individuellen finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten möglichst nahe zu kommen. Gerade in kirchlichen Strukturen, in denen Verantwortung oft auf viele Schultern verteilt ist, schafft eine gemeinsame Daten- und Kennzahlenbasis eine neue Qualität der Verständigung: zwischen Gemeinden und Kirchenkreis, zwischen Kirchenkreis und Landeskirche, zwischen Bauabteilungen, Finanzverantwortung und strategischer Leitung.

Jetzt handeln, um Spielräume zu sichern

Warum ist das gerade jetzt relevant? Das Zeitfenster für eine reine Bestandsverwaltung schließt sich. In vielen Regionen wird es nicht mehr darum gehen, ob Bestand reduziert, konzentriert oder transformiert wird, sondern wie dies gesteuert und finanziell verantwortlich umgesetzt werden kann. Wer heute Transparenz schafft, gewinnt Handlungsspielraum: für Fördermittelstrategien, für priorisierte Investitionsprogramme, für kooperative Nutzungskonzepte, für Entscheidungen über Erhalt, Entwicklung oder Trennung – und nicht zuletzt für eine glaubwürdige Klimastrategie, die nicht an fehlender Umsetzbarkeit scheitert.

EBiS versteht sich damit als Brücke zwischen strategischem Anspruch und operativer Realität: Eine Anwendung, die Übersicht schafft, Vergleichbarkeit herstellt und Szenarien so sichtbar macht, dass Entscheidungen fundierter, transparenter und schneller getroffen werden können. Gerade

wenn Ressourcen knapper werden und Anforderungen steigen, ist das eine zentrale Voraussetzung, um den kirchlichen Gebäudebestand zukunftsfähig zu steuern.

Immobilien für eine bessere Welt

Die EB-Sustainable Real Estate GmbH (EB-SRE) konzipiert, entwickelt und realisiert nachhaltige Immobilienprojekte insbesondere im kirchlichen und diakonischen Umfeld. Darüber hinaus bietet sie mit dem Nachhaltigkeitstool EB-Immo-Scoring eine cloudbasierte Plattform, die den Kund:innen aus Kirche, Gesundheits- und Sozialwirtschaft einen schnellen, Kennzahlen basierten Überblick über Wert- und Nachhaltigkeitsaspekte ihrer Immobilien auf Objekt- und Portfolioebene ermöglicht.

Für weiterführende Informationen zum EB-Immo-Scoring steht bei der EB-SRE Herr Johannes Reinsch zur Verfügung:

Herr Johannes Reinsch
Geschäftsführer
Telefon: +49 69 943 109 3857
E-Mail: info@eb-sres.de
Website: www.eb-sre.de